

# NEUE ZEIT

DEZEMBER 1980

52

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus  
- Hauptbibliothek -  
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14  
Fernruf 24 305



WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

★ С НАСТУПАЮЩИМ  
НОВЫМ ГОДОМ!  
HAPPY NEW YEAR!  
★ BONNE ANNEE  
★ GLÜCKLICHES  
NEUES JAHR!  
★ FELIZ  
ANO NUEVO!  
FELIZ ANO NOVO!  
★ FELICE ANNO  
NUOVO!  
★ SZCZĘŚLIWEGO  
NOWEGO ROKU!  
★ SŁĘŻASTNE  
NOVÝ ROK!  
★ نیز سال  
بہریں!

Abgeschrieben  
aus dem Bestand der Bibliothek

Datum

Unterschrift des Leiters



## SOWJETUNION IM BILD

Stary Oskol lag vor Jahrhunderten an der südlichen Grenze des Moskauer Staates und war eine Festung. Später büßte es seine strategische Bedeutung ein und sank zu einem Provinznest mit vielen Krämern und Handwerkern herab.

Erz wird hier  
im Tagebau gewonnen

chen und sozialen Entwicklung der UdSSR für 1981–1985 und für den Zeitraum bis 1990" heißt es: „Den Ausbau des Territorial- und Produktionskomplexes auf der Basis der Kursker Magnetanomalie fortsetzen und die erste Baufolge des elektrome-



Waleri Sjablow  
montiert  
einen Bagger  
aus der DDR



Solche  
Großblaster  
befördern  
das Erz



Viktor Stscherbakow (l.),  
Parteisekretär  
des Aufbereitungskombinats  
Stoilenskoje, im Gespräch  
mit Arbeitern

Heutzutage ist Stary Oskol ein Begriff auch im Ausland. In der Stadt entsteht ein großes elektrometallurgisches Kombinat, das Qualitätsstähle herstellen wird. Der Ort hier wurde schon richtig gewählt: In der Nähe liegen die gewaltigen Eisenerzvorräte der Kursker Magnetanomalie. Im Entwurf des ZK der KPdSU zum XXVI. Parteitag „Hauptrichtungen der wirtschaftli-



tallurgischen Kombinats Stary Oskol in Betrieb nehmen.“ An der Erschließung dieses Eisenerzreviers beteiligen sich tätig andere RGW-Länder, die an Rohstoffen aus der Sowjetunion interessiert sind. Die CSSR und die DDR liefern Bergbautechnik. Schulter an Schulter mit ihren sowjetischen Kollegen arbeiten bulgarische Bauleute in Stary Oskol. Sie haben u.a. viele schöne Wohnhäuser errichtet, die Stary Oskol und andere Städte des neuen Industriekomplexes mitten in der Russischen Föderation schmücken.

Bulgarische  
Weise  
über Stary  
Oskol



Neubauten  
der alten Stadt

Fotos:  
V. Achlomow.

# ZUM JAHRESWECHSEL

Die letzten Tage dieses Jahres werden Geschichte. In der UdSSR stehen sie im Zeichen der Vorbereitungen zum XXVI. Parteitag der KPdSU. Die Partei Lenins geht ihrem Kongreß mit einem klar umrissenen Aktionsprogramm entgegen. Im Lande wird über den Entwurf für die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR im neuen Planjahr fünf und weiter bis 1990 diskutiert. Das Leitmotiv dieses Dokuments ist der Gedanke, daß unsere Gesellschaft die Hauptkräfte und -ressourcen ebenso wie bisher dem friedlichen Aufbau und einer Besserstellung der sowjetischen Menschen zuwendet.

Ebenso der Zukunft zugewandt ist das öffentliche Leben am Jahreswechsel auch in den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft. In Kuba endet das Jahr mit dem II. Parteitag der Kommunistischen Partei, der Kurs darauf genommen hat, die Schaffung der materiell-technischen Basis für den Sozialismus zu beenden und die Wirtschaft allmählich auf den Stand derjenigen der europäischen RGW-Staaten zu bringen. Um die Größe dieser Aufgabe zu ermessen, muß man bedenken, daß sich Kuba erst vor etwas mehr als zwei Jahrzehnten von der Herrschaft des US-Imperialismus befreit hat, der dieses Land zu bleibender Rückständigkeit verurteilt hatte. Noch jetzt können sich die USA mit dem Bestehen und Erstarken dieses vorgeschobenen Postens des Sozialismus nur 90 Meilen von ihrer Küste entfernt nicht abfinden. Aber auch unter diesen schwierigen Verhältnissen macht das kubanische Volk, seiner Stärke und des Beistands seiner treuen Freunde gewiß, unbirrt Pläne für seine Zukunft.

Die Wirtschaft der sozialistischen Länder entwickelt sich nicht ohne Schwierigkeiten. Auch dieses Jahr gab es welche. Bei uns sind Probleme aber nicht unlösbar. Ein machtvoller Beschleuniger beim Vorwärtkommen der RGW-Länder ist die sozialistische Wirtschaftsintegration. Die Methode, die Kräfte und Ressourcen auf die Schwerpunkte der Entwicklung zu vereinen, ermöglicht die Erfüllung volkswirtschaftlicher und sozialer Aufgaben, die für andere Länder Gleichungen mit vielen Unbekannten wären.

Die Völker in den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft haben Grund zur Freude, aber wie alle Friedenskräfte auch ernste Sorgen. Die internationalen Beziehungen gestalten sich schwieriger. Diejenigen, die die Geschicke der Welt zu lenken vermeinen, mischen sich immer rücksichtsloser und größer in die Angelegenheiten souveräner Staaten — sozialistischer und nichtsozialistischer — ein. Das provokante Ge-

wese wegen Polen hat zwar einen besonderen Anstrich, gehört aber dennoch zu den Provokationen der NATO-Strategen in anderen Gebieten der Welt. Von der Warte der Zeit aus sieht man besonders deutlich, wie so viele ihrer Aktionen ein System bilden. Voriges Jahr kam der politische Bluff mit der angeblichen Präsenz einer sowjetischen Brigade auf Kuba. Und womit endete er? Die Propagandahetze verpuffte, und inzwischen wurden in Florida Sonderkräfte mit ihrem Stab aufgezogen, um eine Invasion der USA in einem beliebigen Land Lateinamerikas zu ermöglichen.

Das Jahr 1980 hatte mit einer hysterischen Kampagne wegen der Vorgänge in Afghanistan begonnen, und unter diesem Deckmantel hat Washington mitsamt Pekings und Islamabads die Aggression gegen Afghanistan ausgedehnt. Vorher entstand das nicht mehr vorgebliche, sondern wirkliche Problem der amerikanischen Geiseln im Iran. Und womit hat der Klamauk der Regierung Carter geendet? Damit, daß die USA im Persischen Golf eine gepanzerte Faust geballt haben. Alle diese Aktionen haben außer ihren besonderen Bestimmungen auch den gemeinsamen Zweck, die Kriegspsychose anzufachen, die Militarisierung der USA und ihrer Partner innerhalb und außerhalb der NATO zu forcieren und die Welt von der Entspannung abzubringen.

In der weltpolitischen Entwicklung zeichnet sich deutlich eine negative Linie ab. Die imperialistischen Kreise haben alles getan, um viele der mit großer Mühe erzielten erfreulichen Wandlungen in den zwischenstaatlichen Beziehungen abzubremsen und den konstruktiven Dialog in eine Konfrontation umzuwandeln. Bei einer Jahresbilanz aber ist auch eine andere Linie in der Weltpolitik nicht zu erkennen. Es ist nicht gelungen, die meisten Staaten vom Kurs auf die Entspannung abzubringen. Für diese setzen sich mächtige Kräfte ein, vor allem die UdSSR und ihre sozialistischen Bündnispartner. Die Vorschläge der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten vom Mai, das Fünfpunkteprogramm, das Leonid Breschnew in Delhi für eine Normalisierung der Lage in der Golfregion vorbrachte, und die Friedensinitiativen der anderen Länder bestärken einen in dem Glauben, daß die gefährlichen Erscheinungen im weltpolitischen Leben behoben und die Grundfesten des Friedens untermauert werden können.

Nach altem Brauch nimmt man in der Silvesternacht, wenn das neue Jahr eingeläutet wird, einen Abschiedstrunk auf das alte Jahr. Das werden wir auch dieses Mal tun. Menschen auf verschiedenen Breiten werden dabei des Guten gedenken, das ihnen das Jahr 1980 gebracht hat. Ebenso der Tatsache, daß trotz der weltpolitischen Stürme der Frieden gewahrt werden konnte.

# NEUE ZEIT

# WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 52 DEZEMBER 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PIESTCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNIAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

## IN DIESEM HEFT:

<b>Zum Jahreswechsel</b>	1
I. Chusemi — Parteitag der Kubanischen KP	5
L. Skuratow — Angola. Sozialistisch orientiert	6
A. Wolkow — UdSSR—Finnland. Die Quellen der Zusammenarbeit	7
J. Gudkow — UNO. Die Mehrheit und ihre Gegner	8
J. Tawrowski — Vietnams neue Verfassung	9
E. Arsenjew — UdSSR—Frankreich. Das Kapital Vertrauen	10
M. Podwigin — Westberlin. Borsig und andere	11
R. Andreassian — OPEC wieder in Aktion	12
B. Wladimirow — Zypern. Der Dialog geht weiter	12
A. Baryschew — Dekorationswechsel	13
M. Iljinski — Afghanistan. Revolution in Aktion	14
<b>Notizen ◆ Glossen</b>	16
I. Bulai — Südostasien. Konfrontation oder gute Nachbarschaft!	18
F. Gorjunow — Kapitalistische Wirtschaft 1980. Fünf Jahre danach	20
Biographisches: Edward Seaga, Chafic Wazzan	23, 25
J. Dimów — USA—China. Wieder Streit um „zwei Chinas“!	24
P. Naumow — Mexiko — ein Land der Hoffnung	26
G. Sidorowa — Bildhauerin Klára Pataki	30
<b>Diskussion mit dem Leser</b>	31
<b>PS</b>	32
<b>Inhaltsverzeichnis „Neue Zeit“ 1980</b>	33



**Viel Glück zum Jahreswechsel, liebe Leser!**  
Titelbild: W. Rosanzew

**Gestaltung: A. Garanin**

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschadj

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

In Havanna tagte vom 17. bis zum 20. Dezember der II. Parteitag der KP Kubas. Fidel Castro Ruz, Erster Sekretär des ZK, erstattete den Rechenschaftsbericht. Zugegen waren zahlreiche Delegationen aus dem Ausland, auch eine KPdSU-Delegation, geführt von Konstantin Tscherzenko, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU. Das ZK der KPdSU richtete eine Grußbotschaft an den Parteitag. Der Parteitag wählte das Zentralkomitee der KP Kubas. Fidel Castro Ruz wurde vom Zentralkomitee zu seinem Ersten Sekretär wiedergewählt. Leonid Breschnew gratulierte ihm in einem Schreiben. (Siehe S. 5.)

Am 20. Dezember kam der Frankreichbesuch einer Delegation der Auswärtigen Kommissionen beider Kammern des Obersten Sowjets der UdSSR unter Boris Ponomarjow, Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Vorsitzender der Auswärtigen Kommission des Nationalitätensovjets des Obersten Sowjets der UdSSR, zum Abschluß. Der Delegationsleiter traf sich mit dem Vorsitzenden der Nationalversammlung Chaban-Delmas, dem Senatsvorsitzenden Poher und Außenminister François-Poncet. In einer sachlichen, konstruktiven Atmosphäre tauschten die Seiten Meinungen über den weiteren Ausbau der sowjetisch-französischen Zusammenarbeit sowie über Weltfragen von gemeinsamem Interesse. (Siehe S. 10.)

Am 18. Dezember beendete eine Delegation des Abgeordnetenhauses des Nationalkongresses Brasiliens unter Flavio Marsilio ihren offiziellen Gegenbesuch in der UdSSR. Die Gäste waren in Moskau, Leningrad, der Moldauischen und der Georgischen SSR. Sie wurden von Wassili Kusnezow, Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und 1. Stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, empfangen. Während der Unterredungen im Obersten Sowjet der UdSSR bekundeten beide Seiten ihr Interesse an der Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen unter strikter Einhaltung der Gleichberechtigung, Souveränität, gegenseitiger Achtung und Nichteinmischung.

In Luanda trat am 17. Dezember ein außerordentlicher Kongreß der MPLA—Partei der Arbeit zusammen. Zum Parteivorsitzenden wurde José Eduardo dos Santos gewählt. Gemäß der Verfassung wurde er auch zum Präsidenten des

„NEUE ZEIT“

52 · 80



Für große Verdienste um die KPdSU und den Sowjetstaat, für seine fruchtbare Tätigkeit bei der wirtschaftlichen, politischen und Verteidigungsstärkung der UdSSR, im Kampf für den Völkerfrieden wurde Leonid Breschnew mit dem zweiten Orden der Oktoberrevolution ausgezeichnet. **Unser Bild:** Nach Überreichung des Ordens

Foto: W. Mussaeljan und E. Pessow (TASS)

Landes und zum Obersten Befehlshaber seiner Streitkräfte ernannt. Das ZK der KPdSU richtete ein Grußschreiben an den Kongreß. (Siehe S. 6.)

■ Am 21. Dezember traf der norwegische Außenminister Knut Frydenlund zu einem offiziellen Besuch in Moskau ein. Er wurde von Nikolai Tichonow empfangen und hatte Gespräche mit Andrej Gromyko.

■ Am 18. Dezember kam die diesjährige Runde der 35. UNO-Vollversammlung zum Abschluß. (Siehe S. 8.)

■ Die Regierung der DDR machte eine Vorstellung beim Westberliner Senat, weil der Bundesrat und einige Landtage der BRD widerrechtlich in Westberlin tagten.

■ Vom 18. bis zum 20. Dezember hielt sich Bundesminister Genscher zu einem offiziellen Besuch in der CSSR auf. Er wurde von Präsident Husák und Regierungschef Štrougal empfangen und hatte Gespräche mit Außenminister Chroupek.

■ In Warschau kam der VIII. Kongreß der Vereinigten Bauernpartei (ZSL) zum Abschluß. In seinem Beschuß heißt es, die ZSL erkenne die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei in Staat und Gesellschaft an und werde im Rahmen der

Einheitsfront des Volkes gemeinsam mit der PVAP, der Demokratischen Partei und den anderen auf den sozialistischen Positionen stehenden Kräften darauf hinwirken, die Staatsordnung zu festigen und alle gesellschaftlichen Kräfte zu konsolidieren. Zum Vorsitzenden des ZSL-Hauptausschusses wurde S. Gucwa wiedergewählt.

■ In Madrid endete am 19. Dezember die erste Etappe des KSZE-Nachfolgetreffens.

■ In Wien schloß am 18. Dezember die 22. Runde der Truppenabbaugespräche. Die Verhandlungen sollen bis Ende Januar 1981 ruhen.

■ Der UNO-Sicherheitsrat faßte am 20. Dezember eine Resolution, in der er äußerste Besorgnis darüber zum Ausdruck bringt, daß die Bürgermeister der Städte El Khalil und Halhoul von den Israelis vertrieben wurden, und die dringende Notwendigkeit betont, beiden Bürgermeistern die Rückkehr und die Wieder-aufnahme ihres Amtes zu ermöglichen.

■ Der UNO-Sicherheitsrat faßte am 18. Dezember den Beschuß, das Mandat der UNO-Truppen in Libanon um weitere sechs Monate, bis zum 19. Juni 1981, zu verlängern.

■ Am 22. Dezember beauftragte der Präsident Portugals Ramalho Eanes den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Francisco Pinto Balsemao, die Regierung zu bilden.

■ In der vergangenen Woche gingen die Kampfhandlungen zwischen Irak und Iran weiter. Die irakische Artillerie beschoss das belagerte Abadan sowie Susangerd und andere iranische Städte, in denen erhebliche Zerstörungen verursacht wurden. Wie *France Presse* unter Berufung auf irakische Quellen mitteilt, verlor Iran in den drei Monaten des Konfliktes 6160 Menschen sowie 350 Flugzeuge und 570 Panzer.

■ Der iranische Minister für Verwaltungsfragen Behzad Nabavi erklärte, Iran entflasse die USA-Geiseln, wenn die USA Iran 24 Md. Dollar zurückstatten, die sich aus den in den USA festgehaltenen Guthaben des Schahs und den von seinen Angehörigen geraubten Reichtümern zusammensetzen.

■ In El Salvador dauern die Kämpfe zwischen den Truppen der Nationalen Befreiungsfront „Farabundo Martí“ und den Regierungstruppen an. Diese erleiden wesentliche Verluste an Menschen und Material. (Siehe S. 13.)

■ In Tschad errichteten die Truppen der Übergangsregierung Ouedei völlige Kontrolle über die Hauptstadt Ndjame-na. Im ganzen Land wurden die Kämpfe eingestellt. Ein Teil der Truppen Habrés und er selbst flüchteten sich nach dem benachbarten Kamerun, wo sie entwaffnet wurden.

■ In Denpasar (Indonesien) endete am 16. Dezember die OPEC-Konferenz. (Siehe S. 12.)

■ Am 15. Dezember beendete der japanische Außenminister Ito seine Reise nach Frankreich, Großbritannien, Belgien, den Niederlanden und der BRD.

■ In der Nacht zum 18. Dezember kam es im Negergetto von Miami (USA) er-

# Alexej Nikolajewitsch KOSSYGIN



In tiefer Trauer geben das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der UdSSR, das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR bekannt, daß am 18. Dezember 1980 der hervorragende Funktionär der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates, das Mitglied des ZK der KPdSU, der Deputierte des Obersten Sowjets der UdSSR, der zweifache Held der sozialistischen Arbeit Alexej Nikolajewitsch Kossygin nach schwerer und langer Krankheit im 77. Lebensjahr verstorben ist.

In einem Nachruf, der von den Mitgliedern der Partei- und Staatsführung der Sowjetunion, von den Leitern der Partei-, Staats- und Massenorganisationen unterzeichnet ist, heißt es:

Ein namhafter Partei- und Staatsfunktionär ist aus dem Leben geschieden, der alle seine Kräfte und Kenntnisse, seine reichen Erfahrungen der großen Sache des kommunistischen Aufbaus gewidmet hat.

Alexej Nikolajewitsch Kossygin wurde am 21. Februar 1904 in Leningrad in einer Arbeiterfamilie geboren. Seit 1927 war er Mitglied der KPdSU. Als 15jähriger trat er freiwillig in die Rote Armee ein. Später war er im System der Konsumgenossenschaften tätig.

Nach Absolvierung des Leningrader Textilinstituts „Kirow“ im Jahre 1935 war er als Werkmeister, als Schichtleiter, als Fabrikdirektor, als Abteilungsleiter im Gebietsparteikomitee Leningrad und als Vorsitzender des Exekutivkomitees des Leningrader Stadtsowjets der Werkätigendeputierten tätig.

Seit 1939 war A. N. Kossygin Volkskommissar für die Textilindustrie der UdSSR. Seit 1940 war er Stellvertretender Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der UdSSR und von 1943 bis 1946 gleichzeitig Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der RSFSR. Während des Großen Vaterländischen Krieges erfüllte er im Auftrag des ZK der Partei und des Staatlichen Verteidigungskomitees Sonderaufträge zum Umstellung der Volkswirtschaft auf die Bedürfnisse der Front.

In den Nachkriegsjahren war A. N. Kossygin als Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR und gleichzeitig als Minister für Finanzen der UdSSR, dann als Minister für Leichtindustrie der UdSSR und später als Vorsitzender des Staatlichen Plankomitees der UdSSR tätig. Seit 1960 war er Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR. Von 1964 bis Oktober 1980 war er Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR.

Auf allen Posten, auf die die Kommunistische Partei Alexej Nikolajewitsch Kossygin stellte, bewährte er sich als hervorragender Organisator des Wirtschaftsaufbaus, nahm er aktiv an der Verwirklichung des außenpolitischen Kurses der UdSSR teil, leistete er unserer Heimat und dem Sowjetvolk freue Dienste. Ihn zeichneten hervorragende Eigenschaften als Partefunktionär, gründliche Sachkenntnis, hohe Ansprüche und Prinzipienfestigkeit bei der Durchführung der Politik der Partei aus. Wegen seiner grenzenlosen Ergebnis für die Ideale des Kommunismus, seiner aufopferungsvollen Arbeit zum Wohl des Sowjetstaates, seiner Bescheidenheit und seiner Herzlichkeit gegenüber den Menschen genoß Alexej Nikolajewitsch Kossygin hohes Ansehen in der Partei und im Volk.

Seit dem XVIII. Parteitag war A. N. Kossygin Mitglied des ZK der KPdSU. Er wurde wiederholt als Kandidat und als Mitglied des Präsidiums und des Politbüros des ZK der KPdSU gewählt. Er war Deputierter des Obersten Sowjets der UdSSR und des Obersten Sowjets der RSFSR von der 2. bis zur 10. Legislaturperiode.

Für groß Verdienste um die Kommunistische Partei und den Sowjetstaat wurde Alexej Nikolajewitsch Kossygin zweimal der Titel Held der sozialistischen Arbeit verliehen. Er wurde sechsmal mit dem Leninorden, mit dem Orden der Oktoberrevolution und dem Rotbannerorden sowie mit vielen Medaillen ausgezeichnet.

Das Andenken an Alexej Nikolajewitsch Kossygin, den treuen Sohn der Kommunistischen Partei und des Sowjetvolkes, der sein ganzes Leben dem großen Werk des Aufbaus des Kommunismus geweiht hat, werden die sowjetischen Menschen für immer in ihren Herzen bewahren.

neuf zu Unruhen. Starke Polizeikräfte wurden zur Niederhaltung der Negeraktionen eingesetzt.

Eine Gruppe chilenischer Studenten trat in Santiago in einen Hungerstreik aus Protest gegen die Verbrechen der herrschenden faschistischen Junta. Die

Studenten fordern die Freilassung ihrer von der Geheimpolizei Pinochets verhafteten Führer.

Ronald Reagan gab bekannt, daß Alexander Haig zum Außenminister und Jerry Donovan zum Arbeitsminister ernannt werden.

NZ

POST

Zusammen mit allen Sowjetbürgern habe ich mich über Leonid Iljitsch Breshnews Indienbesuch gefreut, denn er trug zum weiteren Ausbau der sowjetisch-indischen Beziehungen, zur Festigung von Frieden und Stabilität in Asien bei. Möge die Freundschaft zwischen unseren beiden großen Ländern, die sich für friedliche Koexistenz, Entspannung und Weltfrieden einzusetzen, weiter erstarken.

G. Chanshin  
Perm, UdSSR

Vor kurzem begingen wir den 2. Jahrestag des Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der Sozialistischen Republik Vietnam. Unsere Zusammenarbeit ist diktiert von der Sorge für das gemeinsame Wohlergehen, für die wirtschaftliche Stärkung beider sozialistischen Länder. Sowjetische Fachkräfte leisten Vietnam unschätzbare Hilfe in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Zusammen mit vietnamesischen Arbeitern bauen sowjetische Ingenieure und Techniker die Zementfabrik in Bim Chon, die Brücke „Thang Long“ und die Eisenbahn Hanoi-Haiphong. Ein markanter Beweis unserer Freundschaft war der gemeinsame Flug eines sowjetischen und eines vietnamesischen Kosmonauten.

Nguyen Khiem  
Hoang Lok, Vietnam

Die verräterische Politik Sadats in Camp David hat den Zweck, die arabische Einheit angesichts des Zionismus zu untergraben und das palästinensische Volk in seinem Kampf gegen die israelische Aggression zu isolieren. Sadat wurde für diese Abmachung belohnt, er erhielt Geld von den USA. Diese ihrerseits erhielten, was sie wollten: die Unterstützung Kairos bei ihren imperialistischen Vorhaben. Jetzt hilft Sadat Israel bei der Annexion der okkupierten arabischen Territorien. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Sadat seine „Differenzen“ mit Tel Aviv im Hinblick auf die palästinensische Autonomie vergessen und vielleicht auch einen neuen Kuhhandel mit seinen Bossen treiben wird.

Der irakisch-iranische Konflikt würde das ermöglichen, da er die politischen Intrigen Washingtons in dieser Region begünstigt.

Nasir Khan  
Ski, Norwegen

# PARTEITAG DER KUBANISCHEN KP

Das 22. Jahr nach der Revolution ging auf Kuba mit einem wichtigen Ereignis zu Ende, dem II. Parteitag der kubanischen Kommunisten. Ihm wohnten 1772 Delegierten aus allen 14 kubanischen Provinzen bei. Weiter beteiligten sich 140 Delegationen kommunistischer und Arbeiterparteien, nationaler Befreiungsbewegungen, sozialistischer Parteien und fortschrittlicher politischer Organisationen aus vier Kontinenten. Herzlich wurde in Havanna die Delegation der KPdSU aufgenommen. Der sowjetische Delegationsleiter, das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, übermittelte von der Parteitagstribüne den Delegierten Leonid Breshnews Worte, in der historischen Arbeit der kubanischen Freunde beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft waren die sowjetischen Menschen stets mit ihnen, und werden es immer sein.

Das Forum der kubanischen Kommunisten war von echter revolutionärer Begeisterung in Verbindung mit einer sachlichen, selbstkritischen Bewertung der in den Jahren nach dem I. Parteitag der KP Kuras erzielten Resultate getragen.

Dies war eine bedeutsame Etappe im Leben des kubanischen Volkes, gekennzeichnet von großen Leistungen bei der Entwicklung der sozialistischen Staatlichkeit, der Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie. Die erste sozialistische Verfassung der Republik Kuba trat in Kraft. Durch Wahlen wurden die repräsentativen Organe der Volksmacht in den Gemeinden und Provinzen sowie auf nationaler Ebene und danach der Staatsrat und der Ministerrat der Republik Kuba gebildet.

In diesen Jahren wurde der erste kubanische Fünfjahrsplan verwirklicht. Eine seiner Hauptaufgaben hieß: beschleunigte industrielle Entwicklung. Sie wurde durchgesetzt. Zur Entwicklung der Industrie wurden 1976–1980 dreimal soviel Mittel bereitgestellt wie im vorangegangenen Planjahr fünf. Unter den in Betrieb genommenen Werken waren solche Industriegiganten wie die Fabrik zur Herstellung von Zuckerrohrerntekombines und Landwirtschaftsgeräten in der Stadt Holguin, Zementwerke in Cienfuegos und Mariel, ein Textilkombinat in Santa Clara, ein Stickstoffdüngerkombinat in Nuevitas und weitere.

Im ersten Planjahr fünf wurde auf Kuba ein neues System zur Lenkung und Planung der Wirtschaft

eingeführt. Dadurch erhöhten sich die Rentabilität der Produktion und die Arbeitsproduktivität.

Nicht alles aber ging glatt. Fidel Castro wies in seinem Rechenschaftsbericht auf dem II. Parteitag auf objektive und subjektive Ursachen sowie darauf hin, daß der ökonomische Entwicklungsplan nicht in den vom I. Parteitag festgelegten Ziffern und Größenordnungen der materiellen Produktion erfüllt werden konnte. Zu diesen Gründen gehören der starke Preisrückgang für Zucker und die Inflation in der Welt, die verschlechterten Bedingungen des Warenaustauschs und die Zuspritzung der Weltwirtschaftskrise. Störend für die Erfüllung der Pläne wirkte sich auch die dreijährige Dürre in den östlichen Landesbezirken aus.

„Bei der Ausarbeitung der Direktiven für die Wirtschaftsentwicklung des Landes im zweiten Planjahr fünf gingen wir von einer sehr realistischen Einschätzung der in diesem Zeitraum gemachten Erfahrungen aus und stützten uns auf zuverlässige Kennziffern“, sagte Fidel Castro. „Der Hauptsinn besteht darin, die gestellten Aufgaben überzuerfüllen, nicht aber sie unerfüllt zu lassen. Die Partei darf sich keine unerfüllbaren Aufgaben stellen. Das ist eine Angelegenheit unserer Verantwortung, unserer Ehre und unseres Prestiges. Das befreit uns keinesfalls von der Pflicht, alles nur mögliche zu tun. Wir wären keine Revolutionäre und ehrlichen Menschen, wenn wir anders handeln.“

Eine Bestätigung dieser Worte des kubanischen KP-Führers ist die ernsthafte Arbeit, die auf Kuba während der Vorbereitung und der volksweiten Diskussion des Entwurfs für die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Kubas 1981–1985, der dem II. Parteitag der KP vorgelegt wurde, geleistet wurde. An der Diskussion dieses Dokuments beteiligten sich 2 592 900 Personen, es wurden 7515 Vorschläge, Zusätze, Änderungen eingebracht, von denen viele in die endgültige Fassung des Entwurfs aufgenommen wurden.

Für das kommende Planjahr fünf ist ein Wachstum der Bruttoproduktion der kubanischen Volkswirtschaft um rund 5% jährlich vorgesehen (im vergangenen Planjahr fünf waren es 4%). Den Plan kennzeichnet die eindeutige Tendenz zur Hebung des Exports

und zur Ersetzung von Importgütern durch einheimische Produkte, um die Abhängigkeit vom äußeren Markt zu verringern. Neuinvestitionen werden vorwiegend in der Industrieproduktion vorgenommen.

Hauptzweck der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes, sagte Castro, sei es, den Aufbau der materiellen und technischen Basis des Sozialismus durch die sozialistischen Industrialisierung und die ständige Erhöhung der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion abzuschließen, wobei allmählich eine rationelle produktive Wirtschaftsstruktur geschaffen werden müsse, die das relativ hohe und stabile Wachstumstempo, die Entwicklung der inneren und internationalen Spezialisierung in der Wirtschaft, die Kooperation und Integration gewährleistet sowie die materiellen und geistigen Bedürfnisse des Volkes und die allseitige Erziehung des Menschen stärker befriedigt. Auf diesem Weg glaubt Kuba einen allmäßlichen Aufschwung seiner Wirtschaft bis zum Entwicklungsstand der europäischen RGW-Länder sichern zu können.

Zur Erreichung dieser Ziele ist die Vertiefung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Integration mit den RGW-Ländern, namentlich mit der Sowjetunion, von besonderer Bedeutung, betonte Fidel Castro. Er wies ferner auf die Notwendigkeit einer aktiven Beteiligung Kubas an der Spezialisierung und Kooperation in der Produktion und auf die Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen zu unterentwickelten Ländern, vor allem zu den Ländern Lateinamerikas und der Karibik, hin, unter Berücksichtigung der positiven Tendenzen in diesen Ländern, die nationale Kontrolle über ihre Naturressourcen wiederherzustellen. Das bietet Möglichkeiten für eine kubanische Beteiligung an Handels- und Wirtschaftsbündnissen, die in dieser Region entstehen könnten.

Der II. Parteitag bestätigte, Hauptziel der Außenpolitik Kubas war und bleibe, den Sozialismus, die Befreiung der Völker, Fortschritt und Frieden zu fördern. „Die Außenpolitik der kubanischen Revolution“, heißt es in einer Resolution des Parteitags, „verfolgt die feste und prinzipielle Linie, die sich auf die Lehre des Marxismus-Leninismus, den proletarischen Internationalismus, auf Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion

und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft, auf enge Solidarität mit der kommunistischen, Arbeiter- und revolutionären Bewegung in allen Weltteilen, auf die aktive Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen und der um ihre Entwicklung und den Schutz ihrer historischen, lebenswichtigen Interessen kämpfenden Völker stützt... Der Parteitag erklärt erneut im Namen aller kubanischen Kommunisten und des ganzen kubanischen Volkes, daß diese Politik unverändert bleiben wird. Wir waren dieser Politik stets treu und werden ihr treu sein."

In ihren Ansprachen hoben die ausländischen Delegationschefs das gestiegene internationale Ansehen Kubas — des Freiheitssymbols in der westlichen Hemisphäre — hervor, sowie die große Bedeutung der internationalen Hilfe, die dieses Land anderen Völkern erweist, wie auch seine Unterstützung für die fortschrittlichen Tendenzen in der Nichtpaktgebundenen-Bewegung.

Der Parteitag stellte fest, Unterfang für die erfolgreiche Realisierung der Pläne sei eine Stärkung der Reihen und des Ansehens des Vortrupps der kubanischen Werktäglichen, der KP Kubas. „Wir sind der Vortrupp nicht deshalb, weil wir uns selbst dafür halten, sondern weil uns gerade das Volk dafür ansieht“, sagte Fidel Castro.

In den vergangenen fünf Jahren hat sich die Mitgliederzahl der KP Kubas verdoppelt. Es wurde erreicht, daß die unmittelbar in der Produktion und im Dienstleistungsbereich Beschäftigten den Hauptkern der Partei bilden, wie das in der Resolution zum innerparteilichen Leben des I. Parteitags vorgesehen war. Der allgemeine Bildungsstand der Kommunisten hat sich erhöht. Noch vor fünf Jahren besaßen 60,3% nur Grundschulbildung, heute haben 80,7% der Parteimitglieder die Bildung der 8. Klasse und darüber hinaus.

Auf dem Parteitag wurden die Wichtigkeit der weiteren Verbesserung der ideologischen Arbeit sowie die Notwendigkeit betont, Erscheinungen wie Sorglosigkeit, verminderte Anforderungen an sich selbst, Streben nach persönlichem Vorteil zu bekämpfen.

Am ersten Tag des neuen Jahres begehen das kubanische Volk und alle seine Freunde den 23. Jahrestag der Revolution. Die Beschlüsse des Parteitags sind eine zuverlässige Richtschnur für die weiteren Schritte Kubas auf dem Weg des Sozialismus.

I. CHUSEMI

## SOZIALISTISCH ORIENTIERT

Am 23. Dezember schloß in der angolanischen Hauptstadt Luanda der I. außerordentliche Kongreß der MPLA—Partei der Arbeit, der drei Jahre nach dem Parteitag von 1977 einberufen worden war. In diesen drei Jahren sind in Angola wichtige Veränderungen sowohl in der politischen wie in der sozialen und wirtschaftlichen Struktur eingetreten.

Das wichtigste im politischen Bereich ist die Demokratisierung der Staatsmacht. Die Schaffung wahrhaft demokratischer Organe war eines der Ziele des Befreiungskampfes. 1980 gab es gleich nach den Wahlen in die Volksversammlungen der Provinzen die Wahlen der Deputierten in die Volksversammlung der VR Angola, also ins höchste Gesetzgebungsorgan.

Im sozialen und wirtschaftlichen Bereich ist vor allem die Errichtung der staatlichen Kontrolle über die führenden Wirtschaftszweige zu erwähnen, wodurch ein staatlicher Sektor entstand, der heute die beherrschende Stellung in der Industrieproduktion einnimmt.

Alle diese Umgestaltungen wurden unter Führung der MPLA—Partei der Arbeit vorgenommen, dem revolutionären Vortrupp des angolanischen Volkes. Sie wurde vor drei Jahren auf der Basis der Volksbefreiungsbewegung Angolas (MPLA) gebildet, die den bewaffneten Kampf des Volkes zum Sturz der Kolonialherrschaft angeführt hatte. Die Partei leitet den revolutionären Prozeß. Von der Kontinuität der revolutionären Traditionen zeugt die Tatsache, daß 48% der Delegierten des jetzigen außerordentlichen Kongresses Teilnehmer am bewaffneten und illegalen Kampf gegen die portugiesischen Kolonialherren waren.

Zur Einberufung des Kongresses zählte die regierende Partei über 31 000 Kandidaten und Mitglieder, wovon 51% Arbeiter und Bauern sind. Diese Zusammensetzung beweist, daß die Arbeiterklasse und die Bauernschaft die entscheidende Rolle bei der Lösung der Geschicke des Landes spielen.

Zu Beginn seiner Arbeit bestätigte der Kongreß den Beschuß des ZK der MPLA—Partei der Arbeit, im Zusammenhang mit dem Ableben Agostinho Netos Jose Eduardo dos Santos zum Parteivorsitzenden zu wählen, der gemäß der Verfassung ebenfalls Präsident der VR Angola und Oberkommandierender der Streitkräfte ist. In Eduardo dos Santos besitzt die Partei einen freuen und begabten Nachfolger Agostinho Netos.

Der Kampf für wirtschaftliche Unabhängigkeit wurde zur dringendsten Aufgabe des Landes erklärt, die ihrer erfolgreichen Lösung zugeführt wird. Infolge der Nationalisierung der Hauptproduktionsmittel wurden die Positionen des Auslandskapitals erschüttert. Der weitere Fortschritt in dieser Richtung ergibt sich aus der Entwicklung der bestehenden Wirtschaftszweige und der Schaffung neuer Produktionsarten zusammen. Diese Ziele wurden dem vom I. Kongreß beschlossenen Volkswirtschaftsplan zugrunde gelegt.

Der außerordentliche Kongreß konnte bei einer Bilanz der dreijährigen Entwicklung des Landes feststellen, daß die Wirtschaftslage trotz vieler objektiver und subjektiver Schwierigkeiten insgesamt wesentlich verbessert wurde, obwohl das Wachstumstempo der Industrieproduktion noch unzureichend war. Hier spielten die unausgesetzten Provokationen der RSA und der konterrevolutionären UNITA-Banden ihre Rolle, die der Wirtschaft des Landes starken Schaden zufügten.

Unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus den jüngsten drei Jahren bestätigte der Kongreß einen realistischen Plan der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung für die kommenden fünf Jahre. Er zielt auf die Hebung des Lebensstandards des Volkes sowie auf die Lösung von zwei wichtigen politischen Aufgaben ab: die Festigung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und das unwiderrufliche Voranschreiten des Landes auf dem Weg zum Sozialismus zu sichern.

Der außenpolitische Kurs der VR Angola, die aktiv für Frieden und Entspannung, gegen Imperialismus und Rassismus, für die endgültige Befreiung Afrikas von der Fremdherrschaft eintritt, findet weltweite Anerkennung. Dos Santos betonte in seinem Referat, die VR Angola werde auch künftig gemeinsam mit den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft für Frieden, Unabhängigkeit, Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt kämpfen.

Die KPdSU und die MPLA—Partei der Arbeit sind wie auch die Völker unserer Länder seit langem in brüderlicher Solidarität und Freundschaft verbunden. In einer Grußadresse des ZK der KPdSU an den I. außerordentlichen Kongreß der MPLA—Partei der Arbeit wird die große Aufbaurbeit gewürdigt, die die Partei und ihr ZK unter Eduardo dos Santos zur Festigung der revolutionären Errungenschaften und zur Durchsetzung des Programms leistet, in Angola die Grundlagen des Sozialismus zu schaffen.

L. SKURATOW

# DIE QUELLEN DER ZUSAMMENARBEIT

A. WOLKOW

In den sowjetisch-finnischen Beziehungen gibt es viele bemerkenswerte Daten und Ereignisse. Dazu gehören das Jahr 1917, Geburtsjahr Sowjetrußlands und Jahr der finnischen Unabhängigkeit. 1948 wurde der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe geschlossen, 1975 billigte in Helsinki die KSZE die Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen. Dieses Resümee der Grundlagen der zwischenstaatlichen Beziehungen, sagte Leonid Breschnew, „birgt in sich auch die großen Erfahrungen der guten Nachbarschaft Sowjetunion—Finnland.“

Am 31. Dezember 1917 hatte Lenin das Dekret über die Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit des bürgerlichen Finnland unterzeichnet. Schon 1903 wurde im Programm der SDAPR das Recht aller Nationen auf Selbstbestimmung, bis hin zur staatlichen Lostrennung, verkündet. Nach der bürgerlichen Februar-Revolution hatte Lenin mehrfach die Annexionspolitik der Provisorischen Regierung gegenüber Finnland entlarvt.

Die Anerkennung der Unabhängigkeit Finlands durch die Sowjetunion nach dem Sieg der Oktoberrevolution war ein deutlicher Ausdruck der freundschaftlichen Beziehungen der Völker unseres Landes zum finnischen Volk. Es bot sich die Möglichkeit zum Ausbau der Beziehungen zwischen Sowjetrußland und dem freien Finnland auf der Basis von Freundschaft und gegenseitigem Verständnis. Die finnischen Regierungskreise allerdings wichen damals dem Einfluß der imperialistischen Westmächte und der reaktionärsten Gruppierungen in Finnland selbst, denen die nationalen Interessen ihres Volkes fremd waren. Sie verzerrten das Wesen der Anerkennung der finnischen Unabhängigkeit und drängten das Land zur Konfrontation mit Sowjetrußland, zu feindlichen Aktionen. So zögerte sich die Umgestaltung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern lange hin.

Der hervorragende finnische Staatsmann Paasikivi sagte später in der Bewertung der Vorgänge jener Zeit: „Ich wollte mir die Zukunft Finlands vorstellen. Aber ich hatte

mich doch geirrt. Das war im Sommer 1918.“

Erst nach Inkrafttreten des Friedensvertrags von Juriw am 31. Dezember 1920 wurde zwischen der RSFSR und der Finnischen Republik diplomatische Beziehungen aufgenommen. Doch auch das könnte, — nicht durch Schuld der sowjetischen Seite — die Regierungskreise unseres nördlichen Nachbarn nicht zur Herstellung freundschaftlicher Kontakte zwischen unseren beiden Ländern bewegen.

In seiner Festrede in Helsinki anlässlich des 100. Geburtstags Lenins sagte der finnische Präsident Urho Kekkonen, „daß die von Lenin entwickelte marxistische Nationalitätenpolitik ein Eckpfeiler für die Geschichte des unabhängigen Finlands war“. Jedoch wurde infolge der ideologischen Haltung die Motive Lenins zur Anerkennung der Unabhängigkeit Finlands und seine folgende Tätigkeit bis in die jüngste Zeit einseitig beurteilt und ausgelegt und sogar verzerrt.“

Für die Politik der guten Nachbarschaft traten die demokratischen Kräfte Finlands, vor allem die Kommunisten aber auch die vorausschauendsten Vertreter der bürgerlichen Kreise ein. Dazu sind in erster Linie Paasikivi und Kekkonen zu zählen. In der Nachkriegszeit fand der Kurs auf Freundschaft zur Sowjetunion die breiteste Unterstützung des finnischen Volkes. Dieser Kurs, die „Linie Paasikivi—Kekkonen“, sichert die ständige Weiterentwicklung der gutnachbarlichen Beziehungen und der beiderseits vorteilhaften Zusammenarbeit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Die auf dieser Basis aufgebauten gegenseitigen Beziehungen wurden in vieler Hinsicht zu einem Vorbild für die Zusammenarbeit von Ländern mit unterschiedlichen sozialen Systemen.

Die UdSSR und Finnland haben ein so kompliziertes zwischenstaatliches Problem wie die Gewährleistung der gegenseitigen Sicherheit gelöst. Ein großer Erfolg ist das dauerhafte politische Verständnis und Vertrauen zwischen den Staatsmännern. Es äußert sich vor allem in den persönlichen Kontakten zwischen Leonid Breschnew und anderen sowjetischen Politikern und Urho Kekkonen.



Die sowjetisch-finnischen Beziehungen stehen auf einer breiten Vertragsbasis, zu der rund 100 Verträge, Abkommen und Protokolle gehören. Das gegenwärtige Programm der beiderseits vorteilhaften Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit ist bereits bis 1995 berechnet.

Das Handelsvolumen hat in den letzten fünf Jahren 12 Md. Rubel überstiegen. Während seines UdSSR-Besuchs im November stellte Urho Kekkonen fest, der Warenumschlag habe sich vor zwei Jahren auf über 2 Md. Rubel belaufen. Im vergangenen Jahr ist er auf 2,5 Md. gestiegen und hat in diesem Jahr bereits 3,5 Md. erreicht. Der Präsident hob besonders hervor, daß die Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit zwischen unseren Ländern nicht von äußeren Konjunktureinflüssen gestört werden könne, infolge der im Handel traditionell angewandten Praxis aber auch durch ihren organischen Bestandteil, das gegenseitige Verrechnungssystem. Vor kurzem errechnete die finnische Zeitung „Suomenmaa“: Finnland exportiert in die Sowjetunion rund 18% seiner Erzeugnisse und importiert rund 19% aller Einfuhrgüter.

Unsere Völker verbinden feste Kontakte in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Sport. Eine besondere Rolle spielen die Freundschaftsgesellschaften. Unter den Bewohnern unseres nördlichen Nachbarlandes gibt es 93 000 aktive Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft Finnland-Sowjetunion. Sie sind in 600 Grund- und 16 Bezirksorganisationen zusammengeschlossen. Mit ihrer Unterstützung finden in Finnland jährlich rund 20 000 unterschiedliche Veranstaltungen statt, an denen sich etwa 1,2 Millionen Menschen beteiligen. Und das bei einer Bevölkerung von 4,7 Millionen. Im Zentralvorstand der Freundschaftsgesellschaft „Finnland—Sowjetunion“ sind viele Minister, und die meisten Parlamentarier des Landes gehören zu ihren Mitgliedern.

Die Sowjetunion und Finnland entwickeln ihre Beziehungen auf der Grundlage weiter, die das Dekret über die Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit Finlands vor über 60 Jahren geschaffen hatte. ■



# DIE MEHRHEIT UND IHRE GEGNER

Von unserem ständigen Berichterstatter  
Juri GUDKOW

Anfang Dezember machte sich die „New-York Times“ an eine politische Aktion, die zweifellos schon lange geplant und ausführlich in Szene gesetzt war. Die Zeitung verdeutlichte, daß sie sich denen ange schlossen hatte, die dafür sind, das Schwungrad der Militärmaschinerie in Gang zu bringen.

Dazu brachte sie zwei Artikelse rien, die im Abstand von einem Mo nat erschienen. Die erste befaßte sich mit dem Zustand der US-Streitkräfte. Von den Ergebnissen der „New-York Times“-Untersuchung vermittelten die Überschriften der Artikel eine Vorstellung: „Die Besorg nis der Militärs wächst mit den Er folgen der Russen“, „Nukleare Er folge der Russen lösen US-Reaktion aus“, „Zweifel an der Bereitschaft der Armee für einen langen Kon flikt“, „Mängel und mangelnde Ef fektivität untergraben die indus trielle Basis der US-Streitkräfte“. Die zweite Serie, die den sowjeti schen Streitkräften galt, war im gleichen Geist der Panik gehalten: „Die Russen sind vorneweg“, „Die Russen kommen!“ Was die Zeitung dem Leser einreden will, daran be steht kein Zweifel.

Natürlich ist daran nichts Neues, genauso wenig wie an dem Propagandatrück. Man braucht sich nur an die Panik in den USA zu erinnern, die rund um die „Rückständigkeit bei den Bombern“ und danach um die „Kluft bei Raketen“ entfacht wurde. Später gestand man ein, daß da falscher Alarm geschlagen worden war, aber er hatte neue Militärbe willigungen und neue Militärpro grammme nach sich gezogen. Der jet zige „Rückstand“ der USA wird überall gesehen. Und wie sich leicht denken läßt, wird damit auf ein neues, heftiges Ansteigen der Mil tärausgaben gezielt.

In diesem Klima der militaristi schen und chauvinistischen Hoch saison gab Washington den neuen strategischen Raketen „MX“ grünes Licht, verkündete eine „neue Nu klearstrategie“, gab die Aufstellung der interventionistischen „Eingreif truppe“ bekannt und machte sich an die Schaffung neuer Militärstütz punkte im Ausland, entsandte AWACS-Flugzeuge zunächst nach

Saudi-Arabien und dann nach West europa. Jetzt, signalisiert die „New York Times“, ist die Hetzpropaganda nicht mehr nur den extremrechten Kreisen vorbehalten. Nicht zu fällig ist auch die Wahl des Augen blicks: Der Druck auf die neue Ad ministration wird verstärkt.

Ziemlich plötzlich jedoch wurde dieser ganze Rummel, der als letztes Wort staatlicher Weisheit hingestellt wird, in sein wahres Licht gerückt. Schuld daran sind nicht Fehlkalku lationen der Meister in öffentlicher Meinungsmache oder ihre unzuläng lichen Bemühungen. Die USA spielen die Rolle des Gastgeberlandes für das UNO-Hauptquartier, in dem heute 154 Staaten vertreten sind. In dieser Eigenschaft befinden sie sich in einer ziemlich heiklen Lage. Zu mindest vergleichen die „Gäste“ und die Amerikaner selbst unwillkürlich die Haltung Washingtons und der repräsentativsten internationalen Or ganisation in Fragen, die die Welt gemeinschaft tatsächlich bewegen.

Dieser Vergleich fällt nicht gerade zu Gunsten Washingtons aus. Die eben erst beendete Diskussion der Probleme Abrüstung, Naher Osten, Apartheid und anderer tatsächlich im Mittelpunkt der Weltpolitik stehender Fragen auf der 35. UNO Vollversammlung zeigte die zunehmende Isolierung Washingtons und das Unkonstruktive seines Kurses.

Im Hauptquartier der US-Dele gation mußte man die „delikate“ Stellung der USA in der UNO be rücksichtigen. Und man stellte Fragen zur Diskussion, die nicht mit der Hauptaufgabe dieses Weltfö rum, mit der Festigung von Sicher heit und gegenseitiger Verständigung, zu tun haben. Die US-Dele gation hat keinen einzigen Antrag ein gebracht, der auf die Erfüllung dieser Aufgabe gerichtet gewesen wäre. Schon vor der Tagung erklärte ein US-Vertreter vor Journalisten, Hauptziel Washingtons sei die De batte über die „Lage in Afghanistan und in Kampuchea“. Es ist der US Delegation tatsächlich gelungen, diese „Fragen“ auf die Tagesordnung der Vollversammlung zu bringen. Die USA haben erneut dafür ge stimmt, die Vollmacht der Pol-Pot Clique in der UNO zu bestätigen, wobei sie die Einschränkung mach

ten, sie verurteilten das ehemalige Regime und erkennen es nicht an (eine mehr als seltsame Position). Genauso wurde, entgegen dem er klärten Willen der legitimen Regie rung, die „Afghanistanfrage“ an geschnitten. Der Vertreter Moçambiques hob hervor, die Debatten zur „afghanischen Frage“ seien der Ne belschleier gewesen, der die impe rialistische Einmischung in die in neren Angelegenheiten Afghanistans und den unerklärten Krieg gegen Kräfte der nationalen Befreiungs be wegung in anderen Weltteilen ver decken sollte. Gleichzeitig ist hinter alldem leicht die Absicht zu erken ken, den Geist des kalten Krieges wieder aufleben zu lassen und die UNO auf einen Weg zu führen, der der US-Reaktion paßt. Dieser Versuch schlug allerdings fehl.

Offiziell hat die Vollversammlung ihre Arbeit noch nicht beendet. Am 15. Januar wird die 35. Tagung wieder zusammen treten, um die Debatte über die Weltwirtschaftsbeziehungen, das Namibia-Problem und einige andere fortzusetzen. Die Diskus sion der Hauptfragen der Tagesordnung ist jedoch abgeschlossen. Das Ergebnis dieser Arbeit stimmt nicht mit der Haltung der amerikanischen Delegation und der Vertreter einiger NATO-Länder überein, ja es kann sogar als ihre Verurteilung be trachtet werden.

In mehr als 40 Resolutionen zu Fragen der Festigung der Sicherheit hat sich die Vollversammlung deut lich für die Verhütung der Gefahr eines Weltkriegs, für die Eindäm mung des Wettrüstens sowie für konkrete Abrüstungsmaßnahmen ausgesprochen. Es ist bemerkens wert, daß diesen mit Stimmenmehr heit gefaßten Beschlüssen die neuen sowjetischen Initiativen zugrunde liegen, die in dem Antrag „Über einige unaufschiebbare Maßnahmen zur Verringerung der Kriegsgefahr“ und im Memorandum „Für Frieden und Abrüstung, für Sicherheitsgarantien“ enthalten sind. UdSSR Außenminister Andrej Gromyko sagte in seiner Rede auf der Tagung: „Bei allen Unterschieden in der sozialen Gesellschaftsordnung, im wirtschaftlichen Entwicklungs stand, in den nationalen Merkmalen und den historischen Geschicken der in der UNO repräsentierten Staaten wollen alle Völker in Zukunftsgewißheit leben.“ Diese Worte er läutern das Kräfteverhältnis auch auf der gegenwärtigen Tagung.

Die Vollversammlung verabschie dete eine vom Ersten Ausschuß empfohlene Resolution „Allgemeine und vollständige Abrüstung“. Darin wird die Notwendigkeit betont, eine Über einkunft über die weitere Reduzie rung der strategischen Rüstungen zu

erzielen. Ferner wird Washington gegenüber das Bedauern ausgesprochen, daß SALT II noch immer nicht ratifiziert ist. In der Resolution „Kernwaffen aller Arten“ werden ausführlich Maßnahmen zur Einstellung des nuklearen Wettrüsts und zur nuklearen Abrüstung analysiert. In einer weiteren Resolution wird die Gefahr des „Risikos einer Kernkatastrophe“ verdeutlicht, „die sowohl mit dem verstärkten Wettrüsten als auch mit der neuen Doktrin eines begrenzten Teileinsatzes von Kernwaffen“ zusammenhängt, „die die Illusion erweckt, ein nuklearer Konflikt sei zulässig oder annehmbar“. (Auch ohne Erwähnung der USA ist klar, an wen sich diese Worte richten.) Die sowjetischen Vorschläge fanden ihren Ausdruck auch in dem Aufruf der Vollversammlung, die militärischen Gruppierungen aufzulösen, auf die Erweiterung bestehender Militärbündnisse als ersten Schritt zu diesem Ziel zu verzichten, auf die Verstärkung von Armeen und konventionellen Rüstungen, beginnend von einem abgestimmten Datum, zu verzichten. Auf Initiative der Sowjetunion appellierte die Vollversammlung an die Nuklearmächte, eine Erklärung über die Nichtanwendung von Kernwaffen gegen Nichtnuklearstaaten, die sie nicht auf ihrem Territorium haben, abzugeben. Wichtigen Raum auf der Tagung nahm das vollständige und allgemeine Verbot von Kernwaffenversuchen ein. Während der Diskussionen fand der neue sowjetische Antrag zu einem Jahresmroratorium über alle diese Versuche breite Unterstützung. (Die von Peking während der Tagung ausgelöste Explosion unterstrich nur die Aktualität einer solchen Übereinkunft.) Bekräftigt wurde die Notwendigkeit einer Weltabrüstungskonferenz.

Diese Maßnahmen — und damit sind nicht alle UNO-Beschlüsse im Bereich der Festigung der Sicherheit erschöpft — beweisen die wahrhaft weltweite Anerkennung der sowjetischen Initiativen und weisen andererseits deutlich den Kurs Washingtons ab. Nicht zufällig stimmte die US-Delegation gegen etwa jede zweite Resolution zu Abrüstungsproblemen. Dabei befand sie sich jedesmal wenn schon nicht allein, so doch in einer absoluten Minderheit. Was bei den Waffenhändlern Erfolg hat, ist unannehbar für die Weltgemeinschaft. Deshalb kann man mit vollem Recht behaupten: Die Versuche, die 35. Tagung auf Konfrontationskurs zu bringen, erlitten eine Niederlage.

Während der 35. Tagung wurde feierlich der 20. Jahrestag der Verabschiedung der auf eine UdSSR-

Initiative zurückgehenden „Deklaration über die Unabhängigkeit für die Kolonialländer und -völker“ durch die Vollversammlung begangen, die zu den wichtigsten Erfolgen der UNO gehört. Die aus Anlaß dieses Jahrestags an die Tagungsteilnehmer gerichtete Botschaft Leonid Breshnew wurde im Saal der Vollversammlung verlesen und als offizielles Dokument verbreitet. Eine so starke Beachtung der Probleme des Kolonialismus ist nicht nur ein Tribut an die Geschichte. Sie erklärt sich aus der zugespitzten Situation im Süden Afrikas, wo das Apartheid-System noch immer existiert und die Prinzipien der UNO-Charta herausfordert. Die Ursache für die Langlebigkeit der Apartheid liegt in der Unterstützung der südafrikanischen Rassisten durch die Monopole und die Regierungen der USA, Großbritanniens und anderer kapitalistischer Staaten. Diese Unterstützung ist so weit gegangen, daß man von der Möglichkeit spricht, die Rassisten könnten Kernwaffen entwickeln.

Eine genauso kompromißlose Haltung nahm die Vollversammlung zum Nahost-Problem ein. Die Tagung erklärte die Unannehmbarkeit der Abkommen, in denen „die unveräußerlichen Rechte des Volkes von Palästina ignoriert, usurpiert, verletzt oder negiert werden“, einschließlich des Rechts auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität. Die Vollversammlung wandte sich gegen alle Teilabkommen und Separatarmachungen, die eine grobe Verletzung der Rechte des palästinensischen Volkes darstellen, und erklärte, sie besäßen keine Gesetzeskraft. Das ist die Ansicht der UNO über den Handel von Camp David.

Es ist deutlich erkennbar, daß die Haltung Washingtons zu den wichtigsten weltpolitischen Fragen im Gegensatz zu den internationalen Realitäten steht und wachsender Verurteilung ausgesetzt ist. Hier helfen weder pseudowissenschaftliche Auslassungen noch offene Lügen. Die „New-York Times“ übrigens bleibt sich selbst treu. Gleich nach der Abstimmung über die Nahost-Resolution erschien dort ein Inserat unter dem Titel „Ruf ans Gewissen“. Mit der gleichen Schamlosigkeit werden darin sowohl die Vereinten Nationen wie die „vom sowjetischen und arabischen Block konzertierte Offensive“ verurteilt, die „auf Isolierung und Diskreditierung Israels“ abziele. Nun steht eine Organisation als „schuldig“ da, die die ganze Welt von heute repräsentiert.

Wen will man morgen beschuldigen, wenn nicht sich selbst?  
New York

## VIETNAMS NEUE VERFASSUNG

Die Abgeordneten der Nationalversammlung der SR Vietnam nahmen nach einer einwöchigen Debatte die neue Verfassung des Landes an. Der Entwurf wurde von 20 Millionen, fast der ganzen erwachsenen Bevölkerung der SRV, erörtert. Die vietnamesischen Zeitungen brachten Hunderte Vorschläge und Hinweise der Werktäglichen.

Das Grundgesetz, das am 19. Dezember in Kraft getreten ist, verankert die Veränderungen, die in Vietnam eingetreten sind. Der Traum mehrerer Generationen der Vietnamesen ist nun Wirklichkeit: Das Land hat sich wiedervereinigt. Die Pekinger Aggression wurde zurückgeschlagen. Der Sozialismus festigt seine Positionen: 1980 sicherte der sozialistische Sektor fast 58 % des Bruttonationalproduktes und 49,2 % des Nationaleinkommens. In den letzten fünf Jahren, die alles andere als leicht waren, nahm die Industrieproduktion um 17,3 % und die Agrarproduktion um 18,7 % zu. Die Fach- und Hochschulen haben heute doppelt so viele Studenten.

Die Verfassung bekräftigt das Recht des werktäglichen Volkes, kollektiv über sein Land zu verfügen, legt die Rechte und Pflichten der Bürger fest und hebt die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei in der Gesellschaft hervor. Der ganze Grund und Boden gehört dem Volk und wird von Kollektiv- und Einzelwirtschaften genutzt.

Die SRV ist ein Staat der Diktatur des Proletariats. Die außenpolitischen Abschnitte der Verfassung widerspiegeln seinen Klassencharakter. Darin wird der Kurs auf maximale Festigung der Beziehungen zur UdSSR und zu den anderen sozialistischen Bruderstaaten, auf Festigung der Beziehungen der gegenseitigen Hilfe zu den benachbarten sozialistischen Ländern Laos und Kampuchea verbrieft. Die Prinzipien der friedlichen Koexistenz liegen der Politik gegenüber allen anderen Ländern Asiens, Afrikas, Europas und Amerikas zugrunde.

Vietnam lebt unter komplizierten Bedingungen. Die Gefahr einer erneuten Aggression aus dem Norden besteht weiter. Das Land muß viele Kräfte und Mittel aufwenden, um die Wühltätigkeit der imperialistischen und anderen reaktionären Kräfte zu neutralisieren. Auch in der Wirtschaft bestehen schwierige Probleme. Der Hauptgedanke, der sich durch die neue Verfassung der SRV zieht, lautet: das ganze Volk aufzubieten, um die Schwierigkeiten zu überwinden und im ganzen Lande den Sozialismus aufzubauen.

J. TAWROWSKI

# DAS KAPITAL VERTRAUEN

Die schwerste und langwierigste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit, die Vorbereitung auf die Präsidentschaftswahlen und die Besorgnis der meisten Franzosen über die Geschicke von Frieden und Entspannung bestimmen das politische Leben Frankreichs. Über viele aktuelle Welfragen — Kampf gegen die Kriegsgefahr, für Entspannung und Abrüstung, für die Festigung der europäischen Sicherheit — wird nach wie vor heftig diskutiert.

Zudem ist Frankreich neuerdings einem verstärkten Druck der NATO-Militaristen ausgesetzt. Sie möchten das Land „atlantistischer“ sehen und es dazu bringen, seine politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur UdSSR einzuschränken. In Frankreich selbst haben die proatlantischen Kreise erneut eine sowjetfeindliche Kampagne gestartet, wobei sie u. a. auf die Ereignisse in Afghanistan spekulieren. Die reaktionäre französische Presse zieht über das sozialistische Polen her, um die Lage dort labiler zu machen.

In dieser komplizierten politischen Situation verlief der Besuch einer Delegation der Auswärtigen Kommissionen des Obersten Sowjets der UdSSR (14.—19. Dezember). Die Delegation wurde von Boris Ponomarjow, Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Vorsitzender der Auswärtigen Kommission des Nationalitätensovjets des Obersten Sowjets der UdSSR, geleitet.

Das Programm war umfangreich. Die sowjetischen Parlamentarier hatten ausführliche Gespräche mit französischen Abgeordneten, darunter mit dem Vorsitzenden der Auswärtigen Kommission der Nationalversammlung Couve de Murville.

Boris Ponomarjow traf sich mit dem Vorsitzenden der Nationalversammlung Chaban-Delmas, dem Senatsvorsitzenden Poher, dem Außenminister François-Poncet und anderen Politikern.

All das wie auch der Besuch selbst war von besonderer Bedeutung für die sowjetisch-französischen Beziehungen, da er in einer verschärften internationalen Situation stattfand.

Unter diesen Umständen halfen offene, sachliche Gespräche den sowjetischen und französischen Parlamentariern, einander besser zu informieren und zu verstehen, was den politischen Dialog im Interesse des Friedens und der Entspannung förderte. Die Meinungen gingen zwar in bezug auf einzelne Fragen auseinander, aber die Hauptsache blieb: die Ähnlichkeit oder Nähe der Ansichten beider Länder, was die Wichtigkeit der Entspannung als Hauptrichtung in den internationalen Beziehungen und die

Notwendigkeit der politischen Regelung von Krisensituationen betrifft.

Die sowjetischen und französischen Parlamentarier äußerten ihre Besorgnis über das verstärkte Wettrüsten, besonders das nukleare, und die beispiellose Steigerung der Militärausgaben. Pierre Sudreau, Mitglied der französischen Delegation, sagte: „Jede Minute wird in der Welt eine Million Dollar für die Rüstungsproduktion ausgegeben, auf jeden Menschen kommen mehrere Tonnen Sprengstoff.“

Wie Boris Ponomarjow feststellte, tragen die Führer der USA und der NATO die Verantwortung für diese gefährliche Lage. Sie sind es, die die bestehende militärische Balance zu ihren Gunsten zu verändern und aus den westeuropäischen Ländern nukleare Geiseln zu machen suchen. Die sowjetischen Abgeordneten sagten mit Nachdruck, daß die Unterbringung neuer nuklearer US-Raketen in einigen westeuropäischen Ländern das ganze Gebäude von Frieden und Gleichgewicht in Europa ernstlich gefährden würde. Das betrifft die Interessen aller europäischen Länder, auch Frankreichs, welches, wie in den Gesprächen unterstrichen wurde, bei der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit auf dem Kontinent eine wichtige Rolle spielen kann. Und doch mußten die sowjetischen Abgeordneten bei der Diskussion über Abrüstung ihr Befremden darüber zum Ausdruck bringen, daß Frankreich entgegen den Interessen der Entspannung mit der Entwicklung neuer Kernwaffen begonnen, die Neutronenbombe getestet hat und sich zu besagten Fragen passiv verhält.

Die Gespräche zwischen den sowjetischen und den französischen Parlamentariern bekräftigten: In einer lebenswichtigen Frage — und das ist die Fortsetzung der Entspannungspolitik — stimmen die Hauptinteressen der UdSSR und Frankreichs im großen und ganzen überein. Das schafft Voraussetzungen für die Erweiterung der Zusammenarbeit auf verschiedensten Gebieten. Sowohl sowjetische als auch französische Abgeordnete sprachen sich dafür aus, auch in der gegenwärtigen gespannten Situation die Freundschaft und das Einvernehmen zwischen beiden Ländern weiterhin zu festigen, was, wie General de Gaulle seinerzeit sagte, den Erfordernissen der Geschichte, der Geographie und der gesunden Menschenvernunft entspricht. Der sowjetische Delegationsleiter forderte die französischen Abgeordneten auf, das Kapital des gegenseitigen Vertrauens zu bewahren und zu mehren, das in langjährigen historischen Erfahrungen und in beharrlichen

Anstrengungen der Völker beider Länder geschaffen wurde.

Gerade in jenen Tagen brachte der Verlag „Pygmalion“ (Paris) das Buch „Leonid Breshnew. Seiten eines Lebens“ heraus. Das Erscheinen dieses Buches, das im Zusammenhang mit dem Leben und Wirken Breshnews auch über die Innen- und Außenpolitik der UdSSR berichtet, ist ein bedeutsames Ereignis im politischen und kulturellen Leben Frankreichs. Die Öffentlichkeit zeigt lebhaftes Interesse für das Buch.

Wie aus den Gesprächen der Delegationsmitglieder des Obersten Sowjets der UdSSR mit Staatsmännern und anderen Politikern Frankreichs hervorgeht, glauben die verschiedensten politischen und sozialen Kreise des Landes nicht an die „sowjetische Bedrohung“, von der die Gegner der Entspannung und der sowjetisch-französischen Freundschaft reden. Trotz aller Umtriebe der Atlantisten haben die Ideen der französisch-sowjetischen Freundschaft festen Fuß gefaßt und finden in Frankreich bei den breitesten politischen Kräften Unterstützung. Besonders anschaulich zeigte sich das bei Treffen mit Mitgliedern der Gruppen für französisch-sowjetische Freundschaft in der Nationalversammlung und im Senat. Diesen Gruppen gehören viele Vertreter aller wichtigsten Parteien Frankreichs an. Beide Seiten sprachen sich dafür aus, die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit auf langfristiger Grundlage zu betreiben. Die sowjetische Delegation rief die französischen Kollegen u. a. dazu auf, sich darum zu bemühen, daß auf dem Madrider Treffen die Einberufung einer europäischen Konferenz über Fragen der militärischen Entspannung und Abrüstung beschlossen wird. Boris Ponomarjow sagte: „Wenn sich die Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Frankreich festigt, mehr noch, wenn sie eine solide, langfristige, juridisch verbrieft Grundlage bekommt, so wird das sehr günstige Bedingungen dafür ergeben, den Frieden in Europa zuverlässig zu garantieren.“

Bei den Zusammenkünften war die Rede auch von einigen neuralgischen Punkten der Erde, besonders in der Region des Persischen Golfs. In diesem Zusammenhang machte der sowjetische Delegationsleiter die französischen Abgeordneten auf die konstruktiven Vorschläge aufmerksam, die Leonid Breshnew während seines Indienbesuchs vorbrachte. Beide Delegationen sprachen sich dafür aus, die Herbeiführung von Bedingungen für die Normalisierung in der Golfregion zu fördern.

Die Kontakte zwischen sowjetischen und französischen Parlamentariern haben erneut gezeigt: In vielen wichtigen Bereichen des internationalen Lebens besteht eine Basis für fruchtbare Bemühungen beider Länder zwecks Erhaltung des Friedens und der Entspannung.

E. ARSENJEW

# BORSIG UND ANDERE

Das Haus in der Lepsiusstraße, in dem sich seit 1973 das Büro der sowjetischen Außenhandelsvereinigungen befindet, ist in der Geschäftswelt Westberlins gut bekannt.

„Sein Entstehen ist ein Beispiel dafür, wie das Viermächteabkommen in die Tat umgesetzt wird“, sagt der Leiter, Wladimir Beloussow. „Seit dessen Abschluß hat sich der Handel zwischen der UdSSR und Westberlin beinahe verzehnfacht. Jetzt beläuft er sich auf rund 750 Mio DM. Unter den westeuropäischen Handelspartnern unseres Landes nimmt es zur Zeit den dreizehnten Platz ein. Wir stehen mit 500 Westberliner Firmen in Geschäftsverbindung. Dieses Jahr allein haben wir mit 120 Firmen Kontrakte geschlossen.“

Die Lada-Wagen haben sich in Westberlin schon lange eingebürgert. Gern wird hier auch das neue Modell der Wolga-Autowerke, der Geländewagen „Niwa“, gekauft. Verkauft der Partner unserer Vereinigung Avtoexport, Berliner Lada, sowjetische Wagen früher über andere Firmen, so hat er jetzt in einigen Stadtbezirken Westberlins eigene Niederlassungen. Außer den Autos erfreuen sich hier Erdölprodukte, Nutzholz, Asbest, Foto- und Rundfunkartikel sowie Spielwaren aus der UdSSR großer Nachfrage. Westberlin wiederum liefert der UdSSR Schmiedepressen, Druckereimaschinen, Chemikalien und Textilien.

„Der Verkehr mit unseren Handelspartnern hat aber auch seine Schwierigkeiten“, sagt Beloussow. „Auf die Entwicklung der Handelsbeziehungen wirkt sich das Fehlen eines Handelsabkommens ungünstig aus. Wir müssen auch berücksichtigen, daß viele hiesige Firmen Zweigstellen bundesdeutscher Konzerne sind, die kein Interesse daran haben, daß Westberliner Firmen in Direktverbindung mit sowjetischen Außenhandelsvereinigungen stehen.“

Indessen wird das Interesse der hiesigen Geschäftskreise an einem Ausbau des Handels mit der UdSSR immer stärker. Davon konnte ich mich unlängst auf einer in Westberlin abgehaltenen gemeinsamen Ausstellung von 16 sowjetischen Außenhandelsvereinigungen überzeugen. In ihrem Rahmen kamen über 100 geschäftliche Zusammenkünfte zu stande. Nicht alle endeten mit Abschlüssen, aber die getätigten machen

die ansehnliche Summe von 15 Mio DM aus.

Auch bei der Bevölkerung erregte die Ausstellung lebhaftes Interesse. Ich zitiere eine Eintragung aus dem Gästebuch: „Die Sowjetunion ist ein guter Handelspartner, der Ausbau der Geschäftsverbindungen mit ihr liegt im Interesse der Westberliner.“

Ich wollte eine der Firmen, die mit unserem Lande handeln, besuchen. Deshalb fragte ich im Büro der sowjetischen Außenhandelsver-

Firma, deren Erzeugnisse in Rußland schon im vorigen Jahrhundert bekannt waren. Als eine der ersten durchbrach die Firma Borsig die Wirtschaftsblockade und knüpfte in den 20er Jahren erste Handelsbeziehungen zu sowjetischen Außenhandelsorganisationen an. Vom Krieg abgebrochen, wurden sie gegen Mitte der 50er Jahre wieder aufgenommen. Früher war Borsig für seine Lokomotiven bekannt. Die jetzigen Spezialitäten der Firma sind Ausrüstungen für die chemische Industrie, Kompressoren und Kühlanlagen. Uns liefert sie größtenteils Kugelhähne für den Pipelinebau. Der Handel mit der UdSSR dehnt sich unablässig aus. Wie mir ein Vertreter der Firma, Herr Gerhard Schultz, sagte, lag er in den letzten beiden Jahren über 400 Mio DM.

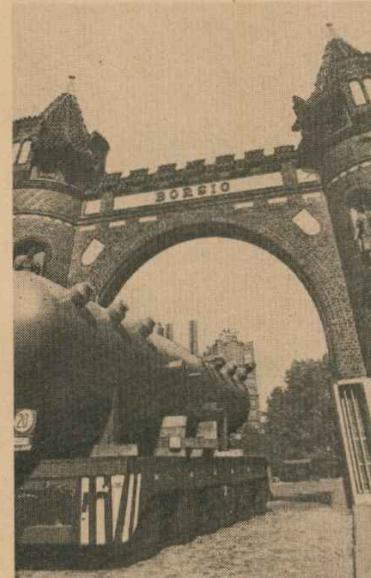
„Wie wirkte sich der Abschluß des Viermächteabkommens über Westberlin auf den Handel aus?“, frage ich ihn. In seinen politischen Beurteilungen vorsichtig, antwortet er: „Wir Geschäftsleute bemühen uns, die Geschäftsverbindungen unabhängig vom politischen Klima auszudehnen. Der Handel ist aber keine Einbahnstraße, wir verkaufen Ihnen unsere Erzeugnisse, und in unserem Betrieb stehen Maschinen aus der Sowjetunion, die in Qualität und Präzision Weltniveau haben. Sie fragen mich nach dem Viermächteabkommen? Wir sind froh, daß es existiert. Es hat sich für alle als nützlich erwiesen.“

„Ihre Bestellungen sind für die Beschäftigung bei unserer Firma wichtig“, schaltet sich Herr Walter Fieber, Mitglied des Betriebsrats, ins Gespräch ein. „Besonders wichtig sind uns die Lieferungen von Apparaturen für Pipelines, denn wir wissen, das ist eine Dauerbestellung, ein ständiger Posten in unserem Export.“

Beim Abschied gibt mir Herr Schultz die neueste Nummer der Betriebszeitung. Mir fällt die Schlagzeile ins Auge: „Kompressoren und Kugelhähne für die UdSSR“. Darunter die Mitteilung von einer neuen großen Bestellung aus der UdSSR.

M. PODWIGIN  
Eigenbericht

Westberlin, im Dezember



Borsig (Westberlin) ist schon lange ein Handelspartner unseres Landes

einigungen den Genossen Beloussow. Er sagte: „In unserem Lande gibt es eine Nachfrage nach Erzeugnissen der Firma „Schering“, darunter nach dem Pflanzenschutzmittel „Betanal“. Die Firma „Bauer und Syrsch“ kauft Nutzholz. Gut entwickelt sich auch der gegenseitige Handel mit „Borsig“...“

Die Firma Borsig ist ein alter Handelspartner unserer Außenhandelsstellen.

Auf das Gelände gelangt man durch einen Torbogen, dessen altes Gemäuer an das Tor einer mittelalterlichen Burg erinnert. Es versinnbildlicht sozusagen die Solidität der

# OPEC WIEDER IN AKTION

Ruben ANDREASSIAN

Nicht wenige westliche Beobachter bezweifelten, daß die OPEC ihre 59. Konferenz abhalten könnte. In den NATO-Hauptstädten hoffte man offenbar, der militärische Konflikt zwischen Irak und Iran werde die Organisation so tief spalten, daß sie lahmgelangt würde. Mit unverhüllter Genugtuung registrierte man dort, daß die für Oktober angesetzte Beratung der OPEC-Finanzminister nicht stattfand und es im November nicht gelang, den Jubiläumsgipfel einzuberufen, auf dem der 20. Jahrestag gefeiert und eine langfristige „Entwicklungsstrategie“ beschlossen werden sollte.

Irak und Iran haben ihre Kampfhandlungen bekanntlich nicht eingestellt. Dennoch wurde schon vor einiger Zeit klar, daß die 59. Konferenz in Indonesien stattfinden werde. Nun hoffte der Westen, die dortigen Teilnehmer würden es nicht zu gemeinsamen Beschlüssen bringen. Westliche Berichterstatter schmeckten die Schwierigkeiten, die bereits am Eröffnungstag, am 15. Dezember, im Sitzungssaal auf der Insel Bali auftraten, schon buchstäblich auf der Zunge. Man folgte der alphabetischen Reihenfolge nicht und setzte den indonesischen Vertreter zwischen die Delegationen Iraks und Irans. Der iranische Delegierte stellte einen unbesetzten Stuhl neben sich und darauf das Porträt des Erdöiministers Irans, Tondguyan, der Ende Oktober von irakischen Truppen gefangen genommen wurde. Noch nie war die OPEC-Konferenz in

einer so angespannten Situation zusammengetreten. Obendrein gab es bei den Teilnehmern erneut keine einheitliche Meinung über die Preiserhöhungen für Erdöl im kommenden Jahr. Algerien, Libyen und Irak waren für eine schroffe Heraufsetzung, Venezuela und Indonesien für einen gemäßigten Anstieg; Saudi-Arabien hatte seine Erdölpreise schon vor Konferenzbeginn von 30 auf 32 Dollar pro Barrel angehoben und wollte es dabei belassen. Die Vereinigten Arabischen Emirate aber wandten sich überhaupt gegen eine Erhöhung. Wie groß war das Erstaunen der westlichen Beobachter, als die Konferenz in Rekordfrist, nach nur anderthalb Tagen, zu Ende ging, und zwar mit einem gemeinsamen Beschuß!

Die neuen OPEC-Preise sehen so aus: 32 Dollar pro Barrel (235 pro Tonne) für das (leichte arabische) „Standard“-Erdöl. Maximaler Tiefstpreis für die OPEC-Mitglieder 36 Dollar pro Barrel (264 pro Tonne) und Höchstpreis 41 Dollar pro Barrel (301 pro Tonne). Berücksichtigt man, daß die Spanne zwischen dem Tiefst- und dem Höchstpreis auf der 57. Konferenz im Juni 1980 in Algier mit 32–37 Dollar je Barrel festgelegt wurde, dann bedeutet das eine Erhöhung von 10%. Das liegt unter der durchschnittlichen Inflationsrate der kapitalistischen Welt im auslaufenden Jahr (12%). Die Preiserhöhungen gleichen also nicht einmal vollständig den Preisauftrieb von Gütern aus, die die

OPEC-Mitglieder bei den kapitalistischen Industriestaaten beziehen. Was den Höchstpreis von 41 Dollar angeht, so ist das der Stand, der für Geschäfte auf der „freien Petrolbörse“ in Rotterdam gilt, wo die Erdölkonzern und Brookerfirmen ihr Rohöl umschlagen.

Die Marktsituation hat sich für die Erdöllieferanten in den letzten Monaten wieder günstiger gestaltet. Im Sommer und Anfang Herbst gab es dort Petrolüberhänge von 100–125 Mio t, berechnet für ein Jahr. Ein solches Übergewicht des Angebots über die Nachfrage war vor allem Ausdruck der Wirtschaftskrise in der kapitalistischen Welt, die zu einer Konsum- und Importminderung von Erdöl in den westlichen Staaten geführt hatte. In neun Monaten des Jahres 1980 waren die Erdölimporte in die USA um fast ein Drittel zurückgegangen. Die für die OPEC unvorteilhafte Marktlage erklärte sich auch aus der Einstellung der Erdölkäufe zur Erhöhung der strategischen und Handelsreserven durch diese Staaten. Sie reichten z. B. in den EG-Ländern durchschnittlich bereits für 120 Tage anstatt der ursprünglich vorgesehenen 90. In gewissem Maße machten sich auch die Energiesparmaßnahmen bemerkbar.

In dieser Situation brachte die Einstellung des Erdölexports aus Irak und Iran, der vor dem Konflikt 185 Mio t jährlich ausgemacht hatte, keinen wesentlichen Schaden für den Markt. Um so mehr, als Saudi-Arabien zum Ausgleich seine Förderung von 475 auf 525 Mio t jährlich erhöhte. Zusätzlich gefördert wurde auch in Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Die Erdölförderung stieg ferner in England und Mexiko. Auch die am Konflikt im Persischen Golf beteilig-

ZYPERN

## DER DIALOG GEHT WEITER

In Nikosia ging eine weitere Etappe der Gespräche zwischen den Gemeinden zu Ende. Der Sitzungssaal im Hotel im „Ledra-Palace“, in dem die Vertreter der griechischen und der türkischen Gemeinde im Rahmen des Dialogs, der zu einem festen Element des politischen Lebens der Republik Zypern wurde, zusammentrafen, ist leer.

Es war kein einfacher Weg zum Verhandlungstisch, beide Seiten legten jedoch Vernunft und guten Willen an den Tag und ließen die jüngste Runde des innerzyprischen Dialogs anlaufen. Man kam überein, die Verhandlungen unter der Schirmherrschaft des UNO-Generalsekretärs auf der Grundlage früher Vereinbarungen zwischen dem ehemaligen Präsidenten, Erzbischof Ma-

karios, und dem Führer der türkischen Gemeinde Denktaş, sowie zwischen dem jetzigen zyprischen Präsidenten Kyriakou und Denktaş abzuhalten. UNO-Generalsekretär Waldheim wies darauf hin, daß die Wiederaufnahme des Dialogs „beiden Seiten neue Möglichkeiten gegeben hat, eine gerechte und dauerhafte Regelung des Zypernproblems zu erzielen.“

Die neue Verhandlungsphase unterscheidet sich von den vorangegangenen vor allem dadurch, daß beide Seiten zum ersten Mal eine detaillierte Erörterung der Probleme aufnahmen, mit deren Lösung die vitalen Interessen des zyprischen Volkes und die Zukunft der Republik verbunden sind. Beide Seiten waren einverstanden, in die Ta-

gesordnung solche Fragen aufzunehmen, wie die Besiedlung von Varosha, des südlichen Bezirks von Famagusta, eines der größten Häfen der Insel; die Erörterung erster praktischer Maßnahmen zur Annäherung der Seiten und zur Festigung des gegenseitigen Vertrauens; konstitutionelle und territoriale Aspekte des Zypernproblems. An den Verhandlungen nahm der Sondervertreter des UNO-Generalsekretärs auf Zypern, Hugo Gobbi, unmittelbar teil.

Selbstverständlich ist es nicht leicht, einen Kompromiß in jeder Frage zu finden. Wie die bisherigen Erfahrungen zeigen, sind dazu Geduld, Zurückhaltung, nüchterne Betrachtungsweise und guter Wille vonnöten. Gleichzeitig lehren die Erfahrungen, daß die Schwierigkeiten und Komplikationen, die sich früher während solcher Verhandlungen ergaben, in erster Linie mit diplomatischen Kulisentricks des Westens ver-

ten Seiten wollen den Export teilweise wiederaufnehmen.

Dennoch lag die Förderung in den OPEC-Ländern insgesamt 1980 wegen des irakisch-iranischen Krieges wesentlich niedriger als 1979. Dazu kommt der Anbruch des Winters und damit der Heizsaison. Brennstoffüberhänge gibt es fast keine mehr, sogar ein Mangel macht sich spürbar. Die Preise auf der Rotterdamer Börse zogen wieder an.

Angesichts dieser Umstände griff der Westen zu seiner alten Taktik, die Exportländer einzuschüchtern. Vor der Bali-Konferenz gaben die kapitalistischen Industrieländer, die Mitglieder der Internationalen Energieagentur bekannt, sie wollten einen Teil dieser Reserven (100 Mio t im Jahr) für den laufenden Konsum nutzen und die Erdölimporte im kommenden Jahr senken. Gleichzeitig warnten sie die OPEC, eine wesentliche Preisheraufsetzung verhindere eine Belebung der westlichen Wirtschaft und einen Abbau der Inflation. In Washington glaubte man gar, man könne die Länder des Persischen Golfs durch die Verstärkung US-amerikanischer Marinegeschwader und das fieberhafte Zusammenziehen von Eingreiftruppen einschüchtern, was eindeutig auf die Okkupierung der Erdölfelder abzielte.

Doch die OPEC gab den imperialistischen Drohungen nicht nach. Wieder hielt die Organisation, und zwar unter recht komplizierten Bedingungen, die Zerreißprobe aus. Die gemeinsamen Interessen der Mitgliedsländer, zumindest im kommerziellen Bereich, waren stärker als die Gegensätze. Schon die Einberufung der Konferenz, die gemeinsame Beschußfassung und die Preisheraufsetzung lösten die deutliche Unzufriedenheit des Westens aus.

Ein Sprecher des US-Außenministeriums zeigte sich „besorgt“ und erklärte, für eine Preisheraufsetzung gäbe es „keinerlei wirtschaftliche Rechtfertigung“.

Das französische Fernsehen stellte fest, der Westen sei durch die Preiserhöhung stark alarmiert worden. Doch der Wahrheit die Ehre: Nicht nur der Westen. Auch die östlichimportierenden Entwicklungsländer zeigten Beunruhigung, da es ihnen sehr viel schwerer fällt, mit dem Preisauftrieb fertig zu werden als den kapitalistischen Industriestaaten. Die OPEC-Hilfe für sie nimmt zwar zu, aber sie reicht noch immer nicht, um die gesteigerten Ausgaben für den Brennstoffimport zu decken.

Die Widersprüche zwischen den Konferenzteilnehmern verhinderten eine Diskussion über einen Ausgleich für die Entwicklungsländer. Sie machten sich auch darin bemerkbar, daß die Preisdifferenz für saudiarabisches Erdöl und das Erdöl der anderen Mitgliedstaaten bestehen blieb. Obwohl die Konferenz an Irak und Iran appelliert, den militärischen Konflikt beizulegen, dauert er an und führt zum Tod von Menschen und zur Zerstörung materieller Werte. Dieser Konflikt hindert die OPEC, eine Reihe prinzipieller Fragen zu lösen, darunter die Entwicklungsstrategie der Förderländer festzulegen, und liefert dem Imperialismus eine günstige Möglichkeit, sich am Persischen Golf, dem Hauptwirkungsbereich der Organisation, festzusetzen und die Differenzen zwischen ihren Mitgliedern in seinem Interesse auszunutzen. Ob die OPEC daraus die richtigen Schlüssefolgerungen zieht, wird die Zeit zeigen.

knüpft waren, der Öl ins Feuer goß.

Die jüngste Verhandlungsrunde in Nikosia fand in einer sachlichen Diskussionsatmosphäre statt. Sie trug konfidenziellen Charakter. Nach Ansicht von Beobachtern konnten die Seiten eine Annäherung der Standpunkte zu einzelnen praktischen Fragen erzielen. Obwohl die Verhandlungen langsam vorankommen und es noch immer wesentliche Differenzen im Herangehen an die Beilegung einiger lebenswichtiger Probleme gibt, war die Begegnung konstruktiv. Auf diese Diskussionsatmosphäre machte der zypriotische Außenminister Rolandes die Journalisten auf einer Pressekonferenz in Nikosia aufmerksam.

Daß während der jüngsten Verhandlungsrunde diese gute, günstige Atmosphäre aufrechterhalten wurde, ist schon an und für sich ein bedeutender Erfolg. Dieser Umstand löste bei den Zyprioten — Griechen wie Türken —, die zu-

fest daran interessiert sind, daß der Dialog ohne Pausen abläuft, Optimismus aus. Sie möchten, daß die am Verhandlungstisch entstandene Atmosphäre der sachlichen Diskussion nicht nur verankert, sondern auch weiterentwickelt werde.

Die Verhandlungsteilnehmer kamen überwiegend Anfang Januar erneut zusammenzutreffen und während der kurzen Pause die eingebrachten Vorschläge aufmerksam zu prüfen. Noch ist es zu früh, von irgendwelchen Verhandlungsergebnissen zu reden. Schließlich ist man ja erst im Anfangsstadium, wurden lediglich erste Schritte getan. Die erfolgreiche Fortsetzung des Dialogs zwischen den Gemeinden und die Verwirklichung der entsprechenden UNO-Resolutionen wird zu einer baldigen gerechten und friedlichen Lösung dieses Problems beitragen.

B. WLADIMIROV

## DEKORATIONSWECHSEL

Das Regime in El Salvador hat sein Aushängeschild geändert. Das Mitglied der regierenden Militär- und Ziviljunta, der Chef des rechten Flügels der Christdemokratischen Partei, José Napoleon Duarte, wurde als Präsident der Republik vereidigt. Der faktische Juntachef Oberst Jaime Abdul Gutiérrez wurde zum Vizepräsidenten ernannt. Die Vollmachten der anderen Mitglieder — des rechten Christdemokraten Antonio Morales Erlich und des „Unabhängigen“ Ramón Ávalos Navarrete — beschränken sich auf Agrar- bzw. Gesundheitsfragen. Der ehemalige Kommandeur der Streitkräfte, Oberst Adolfo Arnoldo Majano, der unvorsichtigerweise erklärt hatte, an den Gewalttaten im Lande seien „Rechtsextremisten schuld“, wurde aus der Junta entfernt.

Der Hintergrund der eilig veranstandenen Umbesetzungen, die von Beobachtern als „schleichender Umsturz“ bezeichnet werden, ist eindeutig. Nach der Ermordung der vier amerikanischen Nonnen durch die Geheimpolizei, die die Empörung der Öffentlichkeit in den USA ausgelöst hatte, sah sich Washington zu der Geste gezwungen, die „zeitweilige Einstellung der militärischen und wirtschaftlichen Hilfe“ für das Regime in El Salvador zu verkünden. Gleichzeitig mit dieser publikumswirksamen Aktion wurde der Berater des US-Außenministers für Lateinamerika William Bowdler schmeichelhaft ausgeschickt, „die Schuldigen zu finden“. Tatsächlich hatte die von ihm geleitete Mission den Auftrag, die starke Krise zu beseitigen, eine Säuberung unter den „Gemäßigten“ durchzuführen, das militärisch-zivile Aushängeschild der Junta gegen ein zivil-militärisches auszuwechseln und das alles als „Demokratisierung“ auszugeben, die den Grund dazu bieten würde, die Hilfe fortzusetzen.

Zu diesem Zweck sollte auch Majano aus der Führung der Streitkräfte sowie aus der Junta entfernt werden, Gutiérrez, ein eingefleischter Reaktionär, der die Kontrolle über die Armee und die Repressionsorgane hatte, ein wenig zurückgenommen und der Marionette der einheimischen Oligarchie und Washingtons Duarte das Etikett des ersten Würdenträgers der Republik angeheftet werden.

All diese Tricks dürften kaum jemanden irritieren. Es ist ganz offensichtlich, daß sie nur dazu dienen, in El Salvador um jeden Preis, in jeder Form das reaktionäre pro-amerikanische Regime aufrechtzuerhalten.

A. BARYSCHEW

# REVOLUTION IN AKTION

Michail ILJINSKI

„Wir freuen uns, daß die Situation in Afghanistan jetzt in Ordnung kommt und das Leben allmählich in normale Bahnen gerät. So muß es auch sein.“ Diese Worte Leonid Breshnews, gesprochen bereits im Oktober während des UdSSR-Besuchs Babrak Karmals, werden täglich von den Realitäten bestätigt. Trotz vieler, von den Aktivitäten der äußeren und inneren Reaktion ausgelösten Schwierigkeiten, insbesondere während der zweiten Etappe der Aprilrevolution, vollzieht sich der unwiderrufliche Zusammenschluß der Volksmassen. Es werden örtliche Organe der Revolutionsmacht geschaffen, die sich erfolgreich betätigen, die Republik wird von Banden gesäubert, die Konterrevolutionäre werden aktiv bekämpft. Die Armee, die staatlichen Sicherheitsorgane und die Miliz werden weiter aufgebaut. Immer mehr Anträge, der Demokratischen Volkspartei beizutreten, werden gestellt.

In der zweiten Phase der Aprilrevolution ist in allen Lebensbereichen der Republik das zunehmende Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung Karmal deutlich spürbar. Gegenwärtig vollzieht sich eine angestrenzte und große Arbeit zur organisatorischen Formung einer breiten Nationalen Vaterländischen Front. Sie erfordert staatliche Weisheit, Flexibilität, Takt, Zielstrebigkeit und Konsequenz, Achtung der religiösen Sitten und Bräuche der Bevölkerung. Die im Entstehen begriffene Front soll wie ein mächtiger Strom alle patriotisch gesintneten Massenorganisationen und Vertreter aller Schichten der Gesellschaft aufnehmen und die Afghanen unter Führung der Demokratischen Volkspartei zur Bekämpfung der Konterrevolution, des Analphabetentums und der Rückständigkeit, zum wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung mobilisieren.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1980 gab es eine Reihe wichtiger gesellschaftspolitischer Maßnahmen. So eine Konferenz der Mullahs und Ulemas. Mehr als 600 Vertreter der afghanischen Geistlichkeit erklärten der DRA-Regierung ihre volle Unterstützung. Und das ist außerordentlich wichtig, wenn man berücksichtigt, daß es im Lande etwa 320 000 Mullahs gibt, die ihren Einfluß unter der Bevölkerung geltend machen. Ich hatte Gelegenheit, mich

mit einigen von ihnen zu unterhalten. Meine Gesprächspartner äußerten, die Freiheit des Glaubensbekennnisses werde von der Revolutionsmacht uneingeschränkt garantiert und unterstützt. Die Taten ihrer Feinde dagegen stehen im schreienden Widerspruch zu den Prinzipien des Islam. Übrigens hatten Konterrevolutionäre auf einen der an der Konferenz teilnehmenden Mullahs ein Attentat verübt. Der Mullah ließ sein Leben für die Sache der Revolution. Die Feinde des revolutionären Afghanistan glaubten, jenen Teil der Geistlichkeit einschüchtern zu können, der den Weg der aktiven Unterstützung der Regierung eingeschlagen hatte. Die Wirkung aber war konträr. Die Reaktionäre wurden als Feinde des Islam entlarvt. Als Antwort auf das Attentat riefen die Mullahs ihre Gläubigen auf, die Regierung im Kampf gegen den Terror der Banden zu unterstützen.

Zum ersten Mal in der Geschichte Afghanistans wurden Gründungskongresse von Verbänden der Journalisten, der Kunstschaftern und der Schriftsteller abgehalten. Es gab bereits Kongresse des medizinischen Personals und der Lehrer sowie gesamtationale Konferenzen der Jugend, der Frauen und der Genossenschaften. Am Vortag der Jugendkundgebung hatten konterrevolutionäre Söldner in Kabul Flugblätter verteilt, mit denen die Bevölkerung augerufen wurde, sich nicht daran zu beteiligen. Dennoch war das Stadion überfüllt. Viele Tausende Kabuler versammelten sich in den umliegenden Straßen und hörten eine Lautsprecherübertragung der Ansprachen. Studenten der TH von Kabul, denen ich dort begegnete, sagten mir, die Jugend Afghanistans werde eine zuverlässige Stütze der Partei und bereit sein, all ihre Kraft einzusetzen, die äußere Konterrevolution abzuwehren.

Die unter den ausländischen Gästen weilende Dänin Maj Clindt-Larsen sagte mir in einem Gespräch:

„Ich habe mich in Afghanistan mit eigenen Augen überzeugen können, daß die Nachrichten, die im Westen über dieses Land ausgetreut werden, entweder eindeutige Lügen oder ein Sammelsurium von erkennbar tendenziösen Angaben provokatorischen, diversiven Charakters sind.“

Sam Sun Doeun, ein Gast aus der

Volksrepublik Kampuchea meinte:

„Die Schicksale unserer Völker haben viel gemeinsames. Das Pol-Pot-Regime, das ein maoistisches Experiment im Lande der Khmer durchführte, hat Kampuchea mit Blut getränkt. Auch das afghanische Volk hatte harte Prüfungen zu bestehen. Wir haben gemeinsame Feinde: den US-Imperialismus und den chinesischen Hegemonismus. Wir haben auch gemeinsame Freunde. Der wichtigste ist die Sowjetunion, die wir als ein Bollwerk des Friedens, der nationalen Befreiungsbewegung und des sozialen Fortschritts der Völker betrachten.“

Im Frühjahr d. J. hatten die Feinde des afghanischen Volkes besonders die jungen Bürger der Republik zu regierungseindlichen Aktionen aufzutreten wollen. Doch nach Beginn des neuen Schuljahres verläuft an allen Schulen, Gymnasien und Hochschulen des Landes der Unterrichtsprozeß normal. Alle 16 000 afghanischen Studenten sind in den Hörsälen erschienen. Die größte Hochschule ist die Universität Kabul. An ihren 13 Fakultäten sind 12 000 Studenten immatrikuliert. Entgegen den Voraussagen der Westpresse kam es hier zu keiner einzigen regierungseindlichen Handlung. Nach der Aprilrevolution wurden im Lande mehr als 800 neue Schulen eröffnet.

Anfang Oktober saß man in Kabul über sieben Giftmörder zu Gericht. An Kabuler Gymnasien waren im Mai-Juni 1980 viele Schüler vergiftet worden. Insgesamt wurden 2069 Personen in Mitleidenschaft gezogen. Nun standen fünf Männer und zwei Frauen vor Gericht, die ihre Schuld öffentlich eingestanden. Die Drahtzieher des Verbrechens saßen außerhalb des Landes, und zwar in der sogenannten islamischen Allianz für die Befreiung Afghanistans, einer reaktionären Emigrantenorganisation, die von imperialistischen und chinesischen Geheimdiensten ausgehalten wird. Entdeckt wurde auch ein Versteck im Kabuler Viertel Wazir-Abad, in dem Röhrchen mit Tabletten amerikanischer und chinesischer Herkunft gelagert wurden. In Verbindung mit Wasser sondern diese Tabletten toxisches Gas ab, das die Nerven paralysiert. Dieses Gas hatte bei den Schülern der Kabuler Gymnasien die Vergiftungen ausgelöst.

Alle diese Greuelaten reißen den eingeschleusten Feinden der Revolution, die sich als „Retter“ des afghanischen Volkes ausgeben, die Maske vom Gesicht. Immer mehr afghanische Jungen und Mädchen nehmen den Kampf gegen diese „Retter“ auf. Sie schließen sich den Truppen zum Schutz der Revolution

an. Ich war Zeuge, als zwei solcher 1500 Mann starken Bataillone zusammengestellt und zum Kampf gegen Banditen, die sich in den Bergen festgesetzt hatten, geschickt wurden. Die Banditen wüteten noch immer in einzelnen Gruppen von zwei—fünf Personen. Der Feind streckt die Waffen noch nicht. Er wechselt nur die Taktik, greift zu blutigem Terror, zu Diversionsakten, untergräbt die Sicherheit und die öffentliche Ordnung. Im Kampf gegen die äußere Aggression, die Konterrevolution und die Hinterlassenschaft der feudalistischen Vergangenheit erblickt das afghanische

auf die Nutzung des Grund und Bodens und der Gewässer juristisch verankert. Auf dem Land bürgert sich immer mehr die neue Psychologie der kollektiven Arbeit ein. Es werden Versorgungs- und Absatzgenossenschaften gebildet.

Ich besuchte einige Dörfer in der Provinz Kabul, als die Bauern mit der Herbstsäaat begannen.

„Die Regierung unterstützt uns jetzt immer stärker mit Krediten, Fahrzeugen, Agrargeräten, Dünger und Saatgut“, erzählten die Bauern. „Das ist eine weise Staatspolitik, die das Vertrauen in den Bauernmassen festigt. In ihr kommt die Sorge um das Morgen zum Ausdruck.“

Man weiß, daß ausländische Gegner der afghanischen Revolution auf die Schankwirte und Kleinhändler gesetzt hatten, von denen es allein in Kabul rund 30 000 gibt. Sie wurden mehrfach zu Streiks und zum aktiven Widerstand gegen die Regierung aufgehetzt. Dennoch hat es in den letzten Monaten bekanntlich keinen einzigen Streik gegeben. Das beweist in erster Linie das wachsende Vertrauen der Händler

in die Politik der Regierung.

Der bekannte französische Journalist und Schriftsteller Henri Aleg, der sich als Tourist ausgab, befragte fünf Händler in verschiedenen Bezirken Kabuls, wie sie zur Regierung Karmal ständen und was sie von der Präsenz des begrenzten sowjetischen Truppenkontingents in Afghanistan hielten? Die Antworten lassen sich etwa folgendermaßen zusammenfassen: Die Regierung mischt sich nicht in unsere Angelegenheiten ein, erlegt uns keine Einschränkungen auf und hindert uns nicht an Reisen durch das Land. Im Gegenteil ist sie bemüht, den Binnenhandel zu fördern und die Außenhandelsschlüsse von Vertretern afghanischer Geschäftskreise zu intensivieren. Wenn uns jemand schadet, dann sind das die eingeschleusten Konterrevolutionäre, die Überfälle auf Handelskarawanen verüben und das Leben der Bevölkerung bedrohen. Die sowjetischen Soldaten aber helfen den Afghanen im Kampf gegen die Feinde, und wir sind ihnen dafür zutiefst dankbar. Je eher wir mit den Feinden abrechnen, desto besser für das ganze Volk und für uns selbst. Denn dann wird es mehr Kunden geben, werden ausländische Touristen kommen. Das aber bedeutet eine Steigerung unseres

Handelsumsatzes und infolgedessen der Einkünfte.

Auch die internationale Stellung der Republik erstärkt trotz aller Versuche, sie beispielsweise mit Hilfe von Intrigen in der UNO zu unterhöhlen. Welche Greuelgeschichten sich die westlichen Massenmedien auch ausdenken, sie werden das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen können. Immer häufiger entlarvt die Weltöffentlichkeit die Fälscher, sie haben es immer schwerer, den westlichen Spießbürger zu betrügen.

Der wichtigste Weg zur politischen Konsolidierung der Situation in Afghanistan könnten, so glauben alle realistisch denkenden Menschen, nur direkte Verhandlungen zwischen der DRA-Regierung und den Regierungen der Nachbarstaaten sein, gemäß den bekannten Kabuler Vorschlägen vom 14. Mai 1980.

Erinnern wir daran, daß die afghanische Regierung seinerzeit u. a. den Regierungen Pakistans und Irans die Ausarbeitung bilateraler Abkommen über die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und einer allseitig vorteilhaften Zusammenarbeit mit diesen Ländern angeboten hatte.

Die Sowjetunion hat diese Vorschläge bekanntlich unterstützt.

„Die afghanisch-sowjetischen Beziehungen trugen stets dauerhaften, prinzipiellen Charakter“, äußerte das Mitglied des ZK der DVP, der Leiter der Internationalen Abteilung im ZK und Chefredakteur der Zeitung „Wahrheit der Aprilrevolution“, M. Baryalay mir gegenüber. „Diese Beziehungen, deren Grundlage Lenin schuf, dienen den Interessen der Völker unserer Länder und dem Frieden in der Region. Mit sowjetischer Hilfe wurden in Afghanistan mehr als 100 Objekte der Großindustrie und der Landwirtschaft errichtet, die für die Wirtschaft der Republik lebenswichtige Bedeutung besitzen. Darunter Tausende Kilometer Landstraßen, Lehranstalten zur Ausbildung von Fachleuten. In der zweiten Phase der Aprilrevolution haben die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern eine qualitativ neue Ebene erreicht. Die internationale Hilfe der Sowjetunion wird vom afghanischen Volk sehr begrüßt und mit Dankbarkeit aufgenommen. Der kürzliche Besuch Babrak Karmals in der UdSSR gab der Entwicklung der brüderlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern und Völkern einen neuen Impuls.“

Der Kampf des afghanischen Volkes für den Triumph der Ideale der Aprilrevolution unter Führung der DVP wird immer dynamischer.

Kabul—Moskau



Neubau in Kabul

Foto: W. Budan (TASS)

Volk seine bedeutenden Aufgaben in der zweiten Phase der national-demokratischen Aprilrevolution.

Auch die Gewerkschaftsbewegung entwickelt sich. Den 255 Gewerkschaftsorganisationen gehören heute bereits mehr als 140 000 Arbeiter und Angestellte an. Zum ersten Mal entwickelt sich sowohl der innerbetriebliche Wettbewerb als auch der zwischen den verschiedenen Provinzen.

Namhafte afghanische Wirtschaftsfachleute, darunter der Handelsminister Djalalar, mit denen ich sprach, stellten mit Genugtuung fest, gegenwärtig arbeiteten praktisch alle Industriebetriebe des Landes mit ihrer vollen Kapazität. Und das, obwohl es nicht selten Schwierigkeiten mit der Rohstoffversorgung und wegen der immer wieder vorkommenden Anschläge der Konterrevolution gibt. Grundlage des staatlichen Sektors in der afghanischen Industrie bilden Volkswirtschaftsobjekte, die zu unterschiedlichen Zeiten mit technischem und wirtschaftlichem Beistand der UdSSR errichtet wurden.

Wesentliche Veränderungen vollziehen sich im afghanischen Dorf, wo die Agrarreform zielstrebig und unter Berücksichtigung der örtlichen Voraussetzungen fortgesetzt wird. Gegenwärtig wird an einem Gesetz gearbeitet, das das Recht der Bauern

## „EIN STÜCKCHEN LAND“

Auf dieser Karte Australiens finden Sie keine Vorkommen von Bodenschätzen, keine Gebirge und Niederungen. Die Melbourner „Age“ kennzeichnete hier US-Stützpunkte und Objekte auf australischem Territorium. Zu dieser Karte ist ein Kommentar keineswegs überflüssig.

Die US-Air-Force-Basis auf dem Nord-West-Kap ist die größte der drei US-Zentralen, die die Funkverbindung zwischen dem Oberkommando der US-Streitkräfte und den Atom-U-Booten in den verschiedenen Regionen der Weltmeere aufrechterhalten. Die Komplexe der Raumspionage in Pine Cape und der Raumkontakte in Nurrungar rüsten das Pentagon mit Informationen der US-Spiionage-Satelliten aus. Die gleiche Aufgabe können drei Satellitenbeobachtungsstationen im Raum Canberra ausüben.



In Alice Springs befindet sich die Zentrale zur Registrierung unterirdischer Kernexplosionen, in Smithfield das Flugleitzentrum für Satelliten zur Orientierung von raketentragenden U-Booten. In den australischen Gewässern vor der Küste der Weihnachtsinsel liegt die U-Boot-Erkennungszentrale. In der Stadt Learmonth ein Observatorium der US-Luftwaffe, das die Sonnenaktivität und ihren Einfluß auf das System der militärischen Funkkontakte beobachtet.

US-Militärobjecte gibt es sogar in der australischen Hauptstadt.

Die Zeitung zählt dazu auch — die US-Botschaft als Hauptzentrale, die die Arbeit der Nationalen Sicherheitsagentur in dieser Region koordiniert.

„Age“ hat da keine Entdeckung gemacht, sondern lediglich Angaben aus einem kürzlich in Australien erschienenen Buch Desmond Balls auf eine Karte übertragen, die „militärische Objekte der USA in Australien“ heißt. Das Buch trägt den Titel „Ein gutes Stückchen Land als Liegenschaft“.

Für Washington ist Australien nichts weiter als ein das Pentagon interessierendes „Stückchen Land“. Die Australier sehen das natürlich anders. Doch ist dem Kabinett in Canberra der US-Standpunkt offenbar wichtiger. Deshalb kommen auf der Karte immer neue Pentagon-Objekte hinzu.

A. PAWLOW

## ES IST SO SCHÖN...



## HANDELNDE PERSONEN UND IHRE INTERPRETEN

Dieser Tage läuft im Pekinger Arbeiterklub das Stück „Die Ereignisse des 13. September“. Die Aufzählung der handelnden Personen erinnert an die Liste der an offiziellen Maßnahmen Beteiligten in der Zeit der „Kulturrevolution“. Die Bühne betrafen Mao Zedong und seine Mitstreiter Jiang Qing, Zhou Enlai, Lin Biao, Kang Sheng.

Das Stück wird vor ausverkauftem Haus gespielt. Alle Eintrittskarten sind weit im voraus ausgebucht. Der Erfolg erklärt sich aus der politischen Aktualität der Inszenierung und dem Können der Darsteller. Doch nicht nur daraus. Der Text der Schauspieler bestätigt anscheinend die offizielle Version: Mao Zedong stand in keiner Beziehung zu den verbrecherischen Plänen Lin Biaos, Yang Quings und Konsorten. Sie und nicht Mao errichteten die Diktatur und roteten chinesische Kommunisten aus. Doch der Zu-

schauer sieht auch etwas anderes. Da besprechen Lin Biao, Kang Sheng und Jiang Qing, wer von ihren Gegnern hinter Gitter gehört und wen man dem „Gericht der Hongweibing“ preisgeben soll?

Was aber hat in jener Zeit der Vorsitzende Mao getan? Hat nicht er diese Politiker an die Macht gebracht? Hat nicht er die Hongweibing hochgehievt und KZs eingerichtet? Und war es schließlich nicht er, der die „Kulturrevolution“ einleitete? All diese Fragen stellt sich der Zuschauer unwillkürlich.

Wem es in Peking nicht gelang, die Aufführung im Arbeiterklub zu besuchen, kann im Fernsehen ein anderes „Spektakel“ verfolgen, den Prozeß gegen die Gruppierung Lin Biao und Jiang Qing. Auch hier spürt man die feste Hand

des erfahrenen Regisseur. Das Stück ist gut durchgeprobt. Genau ausgewählt wurden die Fragmente für das breite Publikum. Wenn einer der Angeklagten dem Richter widerspricht, wird der Ton abgedreht. Die Verteidigung zitiert nur die Anklageschrift, Argumente zugunsten der Angeklagten werden nicht vorgebracht. Beim Verhör von Jiang Qing wurde eine Aufzeichnung ihrer Rede mit der Verleumdung Lin Shaoqings abgespielt. (Das sollte ihr Schuld beweisen.) Wie aber steht es um ähnliche Äußerungen Mao Zedongs?

Die politische Inszenierung wirft ebenfalls viele Fragen auf. Die Antwort darauf lautet: Mao Zedong, Lin Biao, Jiang Qing und die politisch „kleinlizenzierten“ Geister“ gehören zu einer Gruppe, auf der Bühne, sichtbar vor Gericht.

W. NIKITSK

se Männer sind öf-  
ter Wasser als Sie im  
So ruft „Der Spie-  
as BRD-Jungvolk zu  
ahnens der Bundes-

sind Einzelkämpfer,  
taucher, Infanteri-  
Fallschirmspringer,  
gleiter... Das wären  
ukunftsaussichten für  
ndeswehrtaucher.

der Luftwaffe finden  
ute schon die Tech-  
on morgen". Damit  
eine Beilage von  
ers „Welt" um die,  
n die Luft gehen  
en.

sieht, die Werbe-  
der Bundeswehr  
sich allerhand ein-  
Aber sie bringen es  
h nicht dazu, daß  
ehrfreudigen vor den  
en Schlange ste-

N. SHOLKWER

## T BLOSSSEN FÄUSTEN

hat sich schon so eingebürgert, daß „U.S. News & World Report“ in jedem Heft Platz für Schauergeschichten findet. Vier-  
en Monat wird den Lesern beigegeben, was sie in den kom-  
en sieben Tagen zu fürchten haben. Fürchtet Verbrecher,  
tet die Inflation, fürchtet Betrügereien beim Autoservice...  
aber nur von Fall zu Fall. Grundsätzlich — rund um die  
— fürchte man die „Hand Moskaus“.  
aber ist — wie im Heft vom 8. Dezember verkündet wird  
die verfligte Hand. Da mit Amerika alles klar ist („militäri-  
Überlegenheit der Sowjets über die USA“ ist ein uraltes  
thee des Magazins), kommt nun Asien dran.

ssische Agenten“ finanzieren regierungsfeindliche Propan-  
Karachi...

rote Soldaten an der Grenze zu China konzentriert...

sowjetische Flotte verstärkt ihre Schlagkraft im Indischen  
und schwimmt, „ohne Amerika zu fragen“, wo sie will  
n: im südchinesischen Meer, im Atlantik...

ussische Flugzeuge sehr häufig in der SRV.

diese „Tatsachen“ sollen den Leser überzeugen, daß die  
R dabei ist, „eine für den Fall einer künftigen Konfronta-  
für den Westen schädliche Stellung zu beziehen“. Gekrönt  
das ganze von der wunderschönen Schlagzeile: „Schlag  
lands gegen den asiatischen Rahmen“. Ohne Einmischung der  
können die UdSSR das „blinde Asien“ mit bloßen Fäusten  
en, deutet das Magazin an. Offenbar genauso, wie seine Re-  
treure ihre Leser packen wollen.

V. GIBATSCHOW

## VOR EINEM JAHR UND HEUTE

Am 16. Dezember 1979 meldete die Sonntagsausgabe des „Figaro“, „Figaro-Magazine“: „Vietnam verübt in Kampuchea den größten Völkermord in der Geschichte“. Diese Lüge hatte kurze Beine, durchlief aber viele Pariser Presseorgane von der „Libération“ bis zu „Nouvel Observateur“ und „Point“.

Man sagt, Lügner müßten ein gutes Gedächtnis haben. Beim „Figaro“ hat man das vergessen. In der Ausgabe vom 6./7. Dezember 1980 brachte er eine Reportage seines Sonderkorrespondenten aus der Hauptstadt Kampuchea. Diesmal unter der Schlagzeile: „Wiedererstandenes Phnom Penh. Rascher Be-



völkerungszuwachs. Volle Märkte. Ver-  
kehrsstaub auf den Straßen“.

Ein interessanter Ausgang eines „Völ-  
kermords“. L. MAKAREWITSCH

## AUFGESESSEN!

Das Pferd ist prima und sein Reiter auch. Zusammen aber sind sie einfach großartig, mein „Newsweek“. Der Reiter heißt Qaboos. Er regiert Oman, und der Schimmel hilft ihm bei dieser schweren Arbeit.

Gebe Gott Ihnen Gesundheit, meint „Newsweek“. Weil Qaboos nämlich die Interessen des Westens über die des eigenen Volkes stellt.

Bei dem Sultan, meint „Newsweek“, gibt es nur einen Nachteil: seine Armee ist zu schlecht ausgerüstet, um die „Rolle des Gendarmen am Golf zu spielen“. Im Persischen Golf, präzisiert das Magazin. Der Nachteil läßt sich ausbügeln — die Amerikaner haben Qaboos bereits M-60-Panzer untergejubelt, werden vom Verkauf von F-4-Phantom-Maschinen, gaben einen 20-Millionen-Dollar-Kredit für die Rüstung.



Denn: Du sollst deine Freunde lieben (oder kaufen) wie deine Pferde. Die „Eingreiftruppe“, meint „Newsweek“, könne sich nicht so weit vom Persischen Golf — gar in Ägypten — tummeln.

Der Schimmel solle den Sultan aus allem Schlimmen herausführen, meint „Newsweek“. Man hat ihm schon amerikanisches Zaumzeug angelegt und mit Pentagon-Hufeisen beschlagen.

G. VIKTOROW

## KAYSERS KALTER KAFFEE

„Ihre Wohnung wird in eine Eigentumswohnung umgewandelt. Gemäß § 26 des Wohnungsbindungsgesetzes“

Geschenke vom Weihnachtsmann



Zeichnung: V. Tschakiridis

zes wird Ihnen 6 Monate Vorkaufsrecht gewährt. Sollten Sie von diesem Angebot keinen Gebrauch machen, werden wir nach Ablauf dieser Frist Ihre Wohnung auf dem freien Wohnungsmarkt zum Verkauf anbieten.“ Solche blauen Briefe erhielten die Bewohner von 189 Sozialwohnungen in der BRD-Stadt Gevelsberg. Sie trugen die Unterschrift des Hausbesitzers Kuno Kayser.

Warum sollen die Bewohner Wohnungen kaufen, in denen sie bereits 25 Jahre leben und für die sie immer pünktlich die Miete bezahlt haben? Die Häuser waren 1955 als Sozialwohnungen errichtet worden. Es sind unansehnliche Gebäude zu relativ geringen Mieten. Kayser hatte sie gekauft und will jetzt Geld aus ihnen herauszuschlagen. Er nimmt „nur“ 1500 DM für den m<sup>2</sup>, was ihm mindestens 17 bis 18 Millionen einbringen wird. Sollten die Bewohner auf die Straße fliegen, ist das nach Ansicht des „Hausherrn“ gar nicht so schlimm.

Sie gehören dann einfach zu der Million wohnungssuchender Bundesdeutscher. Das Gesetz weiß Kayser auf seiner Seite. Und das Gesetz wird in der BRD geehrt.

L. SMIRNOWA

# KONFRONTATION ODER GUTE NACHBARSCHAFT?

Igor BULAI

Es liegt eine gewisse Gesetzmäßigkeit darin, daß in Zonen amerikanischer „Lebensinteressen“ die Spannungen zunehmen. Konfliktsituationen sowie eine Atmosphäre des gegenseitigen Mißtrauens gehören zu jenem Milieu, das die imperialistische Politik „Teile und herrsche“ begünstigt.

In Südostasien bleibt die Lage gespannt. Die imperialistischen Kräfte und ihre Helfershelfer spielen die Staaten dieser Region gegeneinander aus und behindern die Herstellung von Beziehungen guter Nachbarschaft und Zusammenarbeit. Diese an natürlichen Ressourcen reiche Region liegt zwischen dem Stillen und dem Indischen Ozean, wo sich die wichtigsten internationalen Seewegen kreuzen. Sie ist seit langem Objekt der imperialistischen Expansion, auch der amerikanischen. Bereits 1952 hat die Nationale Sicherheitsagentur der USA Richtlinien unter der Bezeichnung „Ziele und Richtungen des Wirkens der Vereinigten Staaten in Südostasien“ angenommen. Darin heißt es: „Die gegebene Region stellt eine der wichtigsten Quellen von Rohkautschuk, Zinn, Treibstoff und anderen strategisch wichtigen Produkten in der Welt dar.“ Die in den Richtlinien vorgezeichnete Linie war ihrem Wesen nach kolonialistisch. Südostasien sollte mit allen Mitteln unter Kontrolle genommen werden.

Auch heute wollen sich die Vereinigten Staaten nicht damit abfinden, daß sie infolge ihrer langjährigen Aggression gegen Indochina einen bedeutenden Teil ihrer Positionen verloren haben. Sie setzen nach wie vor auf ein Anheizen der militärischen Spannungen.

Anstelle der zerfallenen SEATO möchte Washington einen neuen proimperialistischen Militärblock zusammenzimmern. Die USA sind hartnäckig bemüht, die Assoziation der Staaten Südostasiens (ASEAN), zu der Indonesien, Malaysia, Singapur, Thailand und die Philippinen gehören, unter ihren Einfluß zu bringen. Dabei versucht die amerikanische Diplomatie auf jede Weise, die ASEAN-Staaten in Gegenposition zur Sozialistischen Republik Vietnam und anderen Ländern in-

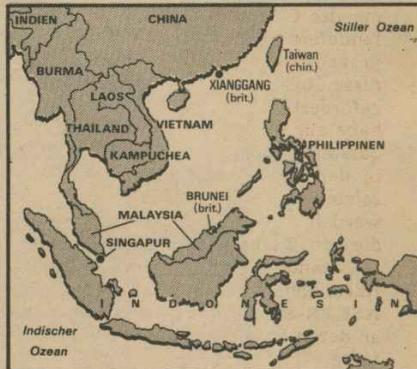
dochinas zu bringen. Nicht zufällig hat diese Assoziation, 1967 als regionale Organisation zur Entwicklung der ökonomischen, sozialen und kulturellen Zusammenarbeit gegründet, ausgerechnet nach dem Zerfall des aggressiven SEATO-Blocks erhöhtes Interesse der herrschenden Kreise in den USA erweckt.

„Die energische Unterstützung der ASEAN-Länder wird zu einem Eckpfeiler unserer Politik“, sagte in diesem Jahr der Berater des Staatssekretärs der USA für Angelegenheiten Südostasiens und des Stillen Ozeans, Richard Holbrooke. Hinter derartigen Deklarationen verbirgt sich das Bestreben Washingtons, diese Organisation in eine militärische umzuwandeln. Die Umgestaltung der ASEAN zu einer militärischen Gruppierung ist ein langfristiges Ziel der USA, in dessen Realisierung sie auch ihre Verbündeten immer aktiver einzubziehen suchen. So hat zum Beispiel Australien die Initiative zur Wiederaufnahme der regionalen militärischen Zusammenarbeit und zur Vorbereitung gemeinsamer Seekriegsmanöver ergriffen, die für Mitte 1981 angesetzt sind und an denen sich Neuseeland, England, Malaysia und Singapur beteiligen sollen.

Washington zwingt den Vertretern der ASEAN-Länder auf den verschiedensten internationalen Begegnungen, darunter auch im Rahmen des sogenannten „Dialogs“ zu ökonomischen Fragen, vor allem die Erörterung militärischer und politischer Probleme auf. Die fünf Länder selbst interessieren sich für die Gewährung von Hilfe bei der Industrialisierung und die Beseitigung der protektionistischen Handelschranken, mit denen die westlichen Staaten den Erzeugnissen der ASEAN-Länder den Weg versperren. Hier sind die USA jedoch keinesfalls geneigt, eine rasche Entscheidung zu treffen. Im vorigen Sommer fand eine Begegnung des US-Staatssekretärs mit den Außenministern dieser fünf Länder in Kuala Lumpur statt, über die „Washington Post“ schrieb, es sei die Taktik der Vertreter Washingtons gewesen, „eine bescheidende Anzahl ausweichender Versprechungen“ abzugeben.

Die Vereinigten Staaten sind weit großzügiger, wenn sie den ASEAN-Ländern Waffen und Munition zur Verfügung stellen. Die USA schlachten die Pekinger These von einer „regionalen Hegemonie“ Vietnams für sich aus, verstärken die Lügenkampagne gegen die „sowjetische Bedrohung“, erhöhen ihre Rüstungslieferungen an die Länder der ASEAN und fördern die Instabilität in dieser Region. In den letzten fünf Jahren stieg die amerikanische Militärhilfe für die Mitgliedstaaten der ASEAN im Vergleich zu den vorhergehenden fünf Jahren auf das 2,5fache.

Besonders rasch erhöhen sich die amerikanischen Waffenlieferungen nach Thailand. 1979 betragen sie das Vierfache im Vergleich zu 1978 und erreichten 400 Mio. Dollar. Gleichzeitig lange amerikanisches Personal an, zunächst zivile Fachleute und



dann Militärangehörige. In diesem Jahr fanden erstmals nach dem Abzug der amerikanischen Truppen aus Thailand (1977) gemeinsame Manöver der thailändischen Armee und amerikanischen Marineinfanterie statt.

Das Einlaufen amerikanischer Kriegsschiffe in Häfen der ASEAN-Länder ist zur Regel geworden. Im September besuchte der Befehlshaber der 7. Flotte der USA, Trost, einige dieser Länder. Diese Besuche hochgestellter Vertreter des Pentagon in den ASEAN-Staaten häufen sich in letzter Zeit. Sie haben das Ziel, diese Länder in die Verwirklichung der amerikanischen Strategie im Stillen und im Indischen Ozean

einzuzeichnen. Die amerikanischen Militärbasen auf den Philippinen — der Marinestützpunkt Subic Bay und der Luftstützpunkt Clark Field — werden gegenwärtig aktiv als Umschlagplätze für die Einheiten der Marineinfanterie und militärische Ausrüstung benutzt, die von den Hawaii-Inseln in den Raum des Persischen Golfs verlegt werden. Dem Pentagon sollen diese Basen auch als Stützpunkte für die geplanten „Eingreiftruppen“ dienen, die speziell für Südostasien vorgesehen sind.

Früher war die amerikanische Militärhilfe vorwiegend für die „Operationen gegen Aufständische“ in den ASEAN-Ländern bestimmt. Heute aber steht bezeichnenderweise der Verkauf von modernen Waffensystemen im Vordergrund.

Außerdem haben die amerikanischen Strategen vor, Singapur für ihre Ziele auszunutzen, das direkt im Zentrum Südostasiens gelegen ist. In diesem kleinen, industriell aber am höchsten entwickelten Land der Region können die Produktion und die Reparatur von Waffen organisiert werden. Dort besteht jetzt bereits eine eigene Flugzeugindustrie, die moderne Kampfflugzeuge in amerikanischer Lizenz produziert. Die Zeitschrift „Far Eastern Economic Review“ bezog sich in ihrer Nummer vom 24. Oktober auf ein Geheimdokument der CIA, in dem ein zunehmendes Gewicht Singapurs als Waffenlieferant für die ASEAN-Länder prognostiziert wird. Ferner könne diese Rolle, „wenn sie ausreichend gefördert wird, Singapur die Handhabe zur Einwirkung auf die Nachbarstaaten bieten, da diese von ihm in der Versorgung mit Waffen, Ersatzteilen und Munition abhängen werden“. Letzten Endes dient auch die von Washington aktiv propagierte „Standardisierung“ der ASEAN-Rüstungen der weiteren Bindung der ASEAN-Staaten an die USA sowie an deren Militärtechnik und Instrukturen.

Bei all diesen Vorhaben setzen die amerikanischen Politstrategen darauf, daß die USA und China in der gegebenen Etappe „parallele Ziele“ in Südostasien verfolgen. Nicht zufällig hat Zbigniew Brzezinski die militärisch-politische Annäherung zwischen Peking und Washington als Haupterrungenschaft der vierjährigen außenpolitischen Tätigkeit der Carter-Administration bezeichnet, einer Tätigkeit, die zur rapiden Zuspitzung der internationalen Spannungen geführt hat, darunter auch in Asien. Ein derartiger Kurs wird von der Pekinger Führung voll unterstützt. Deng Xiaoping hat in einem Interview für die Zeitung „Christian Science Monitor“, veröffentlicht am

3. Dezember, offen erklärt: „Wir waren stets für die amerikanische Präsenz im Raum des Stillen Ozeans.“ Die USA hätten in Asien „irgendeine Rolle zu spielen... insbesondere in Südostasien“.

Die Verwirklichung der vom Pentagon gehegten Pläne zur Militarisierung Südostasiens stößt jedoch auf ernste Hindernisse. In den ASEAN-Ländern kann einfach nicht übersehen werden, daß eine weitere Anheizung der Spannungen in Südostasien der eigenen Idee zur Schaffung einer Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität in diesem Raum widerspricht. Für wen also ist eine Militarisierung der ASEAN von Vorteil? Die Staaten Asiens stehen vor großen Aufgaben einer sozialen und ökonomischen Entwicklung. Die wachsenden Militärhaushalte aber bedeuten eine Reduzierung der Mittel für soziale Bedürfnisse und führen zu einer Senkung des Lebensniveaus der Bevölkerung.

Die Sowjetunion macht auf die Gefahr aufmerksam, die Südostasien durch die Umtriebe der imperialistischen und der mit diesen paktierenden Kräfte erwachsen. Sie tritt für eine Gesundung der Situation in dieser Region und in ganz Asien ein. „Wir sind überzeugt davon“, sagte L. I. Breschnew unlängst in seiner Rede vor dem indischen Parlament, „daß die Beziehungen des Friedens und der guten Nachbarschaft in Asien auf dem gemeinsamen Beitrag einer möglichst großen Anzahl, und noch besser aller asiatischen Staaten beruhen müssen“.

Eine gute Grundlage für die Normalisierung der Beziehungen zwischen den ASEAN-Ländern und den Indochinas sind die konstruktiven Vorschläge, die auf der Konferenz der Außenminister Vietnams, Laos' und Kampuchea im Juli in Vientiane formuliert wurden. Die drei Länder Indochinas haben konkrete und reale Wege zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Südostasien vorgeschlagen, darunter auch solche zur Normalisierung der Lage um Kampuchea.

Der Sieg der patriotischen Khmer wurde unter Führung der Einheitsfront für Nationale Rettung errungen und war ein Wendepunkt in der Geschichte Kampuchea. Er fegte das blutige Regime der Pekinger Stattthalter Pol Pot und Ieng Sary hinweg und schuf reale Bedingungen für die Wiedergeburt des Landes.

Heute vollziehen sich an den Ufern des Mekong trotz aller Schwierigkeiten tiefgreifende positive Umwälzungen. Die reale Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes ist die beste Antwort an alle Feinde Kampuchea. Der Beschuß, Anfang

kommenden Jahres Wahlen zu den obersten Staatsorganen durchzuführen, spiegelt den erfolgreichen Stabilisierungsprozeß in diesem Lande wider. Alle Versuche, ihm irgend eine internationale Kommission aufzudrängen, die angeblich den Verlauf der Wahlen beobachten soll, oder eine internationale Konferenz zur „Kampuchea-Frage“ einzuberufen, sind nichts anderes als Versuche, sich in die inneren Angelegenheiten dieses souveränen Staates einzumischen, der das uneingeschränkte Recht hat, seine Politik selbst zu bestimmen.

Die Außenminister Kampuchea, Laos' und Vietnams haben während ihres Treffens im Juli auf die Gefährlichkeit des amerikanisch-chinesischen Komplotts für die Völker Südostasiens hingewiesen und das Anheizen der Spannungen sowie das aufwendige zunehmende Wettrüsten in dieser Region verurteilt. Im gemeinsamen Communiqué wurde festgestellt: „Die ASEAN-Länder sind ebenfalls zum Objekt des Expansionismus und Hegemonismus Chinas geworden. Sie leisten fremden Interessen Vorschub und schaden ihren eigenen Interessen.“

Die drei Staaten Indochinas haben den ASEAN-Ländern den Abschluß von Verträgen über Nichtangriff und friedliche Koexistenz vorgeschlagen. An die Regierung Thailands wurde außerdem ein Vorschlag gerichtet, gemeinsam mit den Nachbarstaaten ein Abkommen über gegenseitigen Nichtangriff, Nichteinmischung und Unterbindung einer Benutzung des eingenommenen Territoriums zu Diversionsakten gegeneinander zu unterzeichnen. Sie erklärten sich auch bereit, in Verhandlungen mit den Regierungen der Länder dieser Region mit dem Ziel einzutreten, ein friedliches, unabhängiges, freies, neutrales, stabiles und aufblühendes Südostasien zu gewährleisten.

Der konstruktiven Politik der drei Länder Indochinas steht somit eine Politik der gegenseitigen Zwietracht, des Mißtrauens und der Konfrontation gegenüber, die den Völkern Südostasiens von Washington und Peking hartnäckig aufgedrängt wird. Es ist völlig offensichtlich, daß die ASEAN-Länder nicht weniger an einer Gesundung der Situation in diesem Raum interessiert sein müssen als Vietnam, Kampuchea und Laos. Der Dialog und nicht die Konfrontation, die Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen und nicht das Anheizen der Spannungen — das ist der einzige sichere Weg zur Schaffung eines wahrhaft friedlichen unabhängigen Südostasiens.

Ende November schrieb die „Financial Times“ (London) bekümmert: „Die zunehmende Mutlosigkeit, mit der die Industriellen der ganzen“ (kapitalistischen) „Welt in die Zukunft blicken, dürfte im Lichte der jüngsten Angaben nicht wundernehmen.“ Gründe für die Mutlosigkeit sind in der Tat da. Fünf Jahre nach der tiefsten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit, zwei bis drei Jahre nach einem langsamem Anwachsen ist die Produktion in den meisten kapitalistischen Ländern wieder stark zurückgegangen. Anders als die vorherige, ist die gegenwärtige Krise nicht gleichzeitig in verschiedenen westlichen Ländern ausgebrochen, weist jedoch die gleichen Züge wie die 1974/75 auf: Rückgang in der Industrie und Massenarbeitslosigkeit in Verbindung mit einem hohen Inflationstempo und der Verschlechterung der Lebensbedingungen der Werktätigen.

### Freier Fall

Die Wirtschaftsregulierer der USA gingen schon 1978 daran, die Wirtschaft „abzubremsen“, da sie nicht ohne Grund befürchteten, der Inflationsboom würde zu einem jähnen Rückschlag führen. Dieses „Abbremsen“ hatte auch einen politischen Hintergrund: Die Regierung Carter hoffte, daß der Rückschlag vor den Präsidentschaftswahlen im November 1980 beginnen und enden würde. Die Rechnung ging nicht auf, weder die Zeit noch die Tiefe der Rezession stimmten. Das zunächst langsame Hineinschlittern der USA-Wirtschaft in die neue Krise ging, wie die Zeitschrift „Business Week“ schrieb, in einen „abgrundtiefen, freien Fall“ über. In den ersten vier Monaten 1980 ging die Industrieproduktion um 10%, in nur drei Monaten des II. Quartals das innere Bruttoprodukt (Schätzung des USA-Handelsministeriums) um 9,6% zurück\*.

Die Heftigkeit des Produktionsrückganges war durch den bedeuten-

\* Das innere Bruttoprodukt ist die wichtigste Kennzahl, die gegenwärtig die UNO, andere internationale Organisationen und die meisten kapitalistischen Industriestaaten sowie Entwicklungsländer anwenden. Sie drückt das Gesamtvolumen des Endproduktes auf dem Territorium des jeweiligen Landes aus. In den USA und in einigen anderen Ländern wird zwar noch von Bruttozialprodukt gesprochen, aber sein Unterschied von inneren Bruttoprodukt ist unerheblich. Deshalb gebrauchen wir hier und im weiteren die universellere Kennzahl „inneres Bruttoprodukt“.

## FÜNF JAHRE DANACH

Felix GORJUNOW

den Abfall der Verbrauchernachfrage bedingt, und diese schrumpfte infolge der Teuerung zusammen. In erster Linie wirkte sich das auf die Produktion von Autos, anderen langlebigen Waren sowie auf den Wohnungsbau aus. Von Januar bis September sank die Pkw-Produktion um 36% gegenüber der gleichen Zeitspanne 1979. Da der Automobilbau einer der größten Stahlverbraucher ist, ging auch die Auslastung der Kapazitäten im Hüttenwesen von 88 auf 53% zurück.

Die Belebung der Konjunktur, die im III. Quartal einsetzte (s. Aufstellung), ergab sich nicht so sehr aus dem Abschluß der Krisenphase des Zyklus wie vielmehr aus dem weiteren Preisanstieg und der zeitweiligen Senkung der Bankkreditzinsen. Wie schon mehrmals früher, beeilten sich die amerikanischen Konsumenten, zu kaufen, und sei es auf Schulden, weil sie eine weitere Versteuerung von Waren und Krediten befürchteten. Ihre Befürchtungen trafen ein: Im Herbst setzte das Bundesreservesystem die Zinssätze erneut herauf, und im Dezember erreichten sie die Rekordhöhe von 21%. Aber auch dies konnte der Inflation nichts anhaben, insgesamt stiegen die Verbraucherpreise um 13% im Jahr.

Die Verbrauchernachfrage blieb im Verlaufe des Jahres nicht nur wegen der Inflation, sondern auch wegen der hohen Arbeitslosigkeit niedrig. Nach offiziellen Angaben

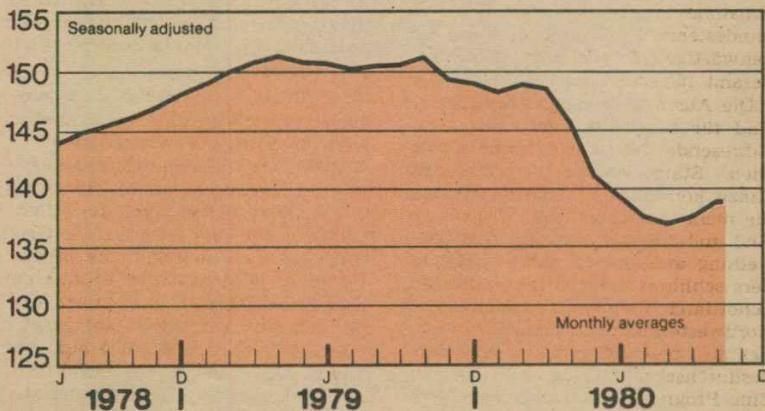
betrug sie 1980 etwa 7,5—7,8% der gesamten Arbeitskraft. Das bedeutet, daß rund 8 Millionen Amerikaner jeden Monat beschäftigungslos waren. Da aber viele von ihnen länger als einen Monat ohne Arbeit blieben, meinen mehrere USA-Ökonomen, daß fast 22 Millionen Personen über längere Zeit beschäftigungslos waren.

Die Arbeitslosigkeit war ungleichmäßig auf Industriezweige und Gebiete des Landes verteilt. Im Automobilbau verloren etwa 25% der Arbeiter ihre Stellen; in den Zwei gen, die andere langlebige Waren herstellen, waren es 13%. In Michigan und Illinois (Bundesstaaten mit hoher Zusammenballung von Maschinenfabriken) betrug der Anteil der Arbeitslosen 13,4% bzw. 9,2% der Arbeitskraft. Aber bei weitem nicht alle erhalten Arbeitslosenunterstützung: laut „Time“ von 8,2 Millionen Amerikanern, die im August beschäftigungslos waren, nur 4,2 Millionen.

Die Krise hat auch die Farmer nicht verschont. Die Verteuerung der Düngemittel und der Kredite ließ die Einkünfte der Farmwirtschaften um ein Drittel sinken, ihre Schulden erreichten insgesamt 160 Md. Dollar. Wie „Philadelphia Inquirer“ schrieb, erinnert die Situation in der Landwirtschaft an die Große Depression der 30er Jahre: Gegenwärtig machen über 25 000 Farmer jährlich Bankrott.

Dagegen verschonte die Krise in

## KRISENKURVE IN DER US-WIRTSCHAFT



*Aus. Business Week* (USA)

„NEUE ZEIT“

den USA den Erdöl anlagenbau, die Elektronik und die Raumfahrtindustrie, d. h. Zweige, die von der Hochkonjunktur auf dem Treibstoffmarkt und von den großzügigen Pentagonaufträgen profitieren. Aber die Produktionszunahme in den Zweigen, die am Wettrüsten fett werden, hat keinen merklichen Einfluß auf die gesamte Konjunktur: Der Jahresausstoß der Rüstungsindustrie hat das industrielle Zuwachstempo in den USA um nur 0,3% erhöht. Gegenüber den Dutzenden Milliarden Dollars, die der Militär-Industrie-Komplex dem Steuerzahler aus der Tasche zieht, zeugt dieser winzige Beitrag zur allgemeinen Produktionszunahme bereits von zunehmend parasitärem Charakter der amerikanischen Finanzoligarchie, die sich am Wettrüsten bereichert.

### Englische Krankheit

Die westlichen Wirtschaftsexperten faßten die Stagnation in der Industrie, die niedrige Arbeitsproduktivität und den raschen Preisanstieg als „englische Krankheit“ zusammen, weil solche unerfreulichen Züge Großbritanniens in den 70er Jahren kennzeichneten. Jetzt müßte man von einer „englischen Lähmung“ sprechen: Das beschreibt wohl am besten die Lage, in der sich 1980 die einstige erste Industriemacht der kapitalistischen Welt befindet.

Wie die britische Presse bezeugt, ist die gegenwärtige Wirtschaftskrise langwiger und tiefer als die von 1974/75 und sogar als die Große Depression der 30er Jahre. Schätzungsweise verminderte sich das innere Bruttoprodukt Großbritanniens 1980 um 3% und der Ausstoß der verarbeitenden Industrie um 10%. Der Britische Industrieverband errechnete eine Produktionsabnahme für 1981 von weiteren mindestens 4,7%. Im Zuge der gegenwärtigen Rezession wird sie insgesamt 15% betragen (1929/30: 11%).

Die Ausmaße der Arbeitslosigkeit sind für das Land beispiellos. Am Jahresende betrug sie nach amtlichen Statistiken 2,03 Millionen. Hinzu kommen die 225 000 Briten, die nicht als arbeitslos registriert sind und die Hoffnung auf eine Einstellung aufgegeben haben. Besonders schlimm sieht es in Nordirland, Schottland sowie im Norden und Nordwesten Englands aus, wo jeder Zehnte beschäftigungslos ist (Landesdurchschnitt: jeder Zwölftete). Eine Prognose von Cambridge-Wirtschaftsexperten läßt ihnen keine Hoffnung: In drei Jahren wird die

Arbeitslosigkeit auf 12% anwachsen. Das wären 3 Millionen „überschüssige“ Briten, von denen 600 000 länger als ein Jahr keine ständige Beschäftigung haben werden.

Die Gründe der lähmenden Krise in der britischen Wirtschaft sind nicht nur in einem zyklischen Produktionsrückgang zu suchen. Eine große Schuld daran trägt die Regierung der Tories, die „ein Paradies für das freie Unternehmertum zu schaffen“ wünschten („Labour Weekly“). Der Kurs der Tories darauf, die staatlichen Sozialausgaben zugunsten der Militärausgaben zu kürzen, die Beschränkungen für den Kapitalexport aufzuheben und gleichzeitig die Kreditzinsen heraufzusetzen, war eindeutig ein Klassenkurs. Unter dem Vorwand der Inflationsbekämpfung ritt die Regierung Thatcher eine Attacke gegen die britische Arbeiterklasse, die den Unternehmern im Streikkampf 1979 (damals fielen 29 Mio Arbeitertage aus, mehr als im Rekordjahr 1926) Lohnerhöhungen entriß.

Die wirtschaftliche „Lokomotive“ BRD kam im II. Quartal 1980 ebenfalls ins Stocken. Die Produktion in den führenden Industrien sank: im Pkw-Bau in den ersten 9 Monaten um 15%, beim Stahl ausstoß um 11%, in der Chemie um 9%. Der Zustrom neuer Aufträge in der Industrie ging um 8,8% zurück, die Bautätigkeit wies eine rückläufige Tendenz auf. Zwischen Januar und September machten in der BRD 6750 Firmen Bankrott, das sind 7,3% mehr als in der gleichen Zeitspanne 1979. Besonders schwer traf der Industrierückgang die Textilindustrie, in der in den letzten 10 Jahren 115 000 Personen entlassen wurden. Im ganzen Land stieg die amtliche Arbeitslosenzahl von 780 000 im Juni auf fast eine Million am Jahresende. Die Krise wirkt sich auch auf die Bauern aus: Nach Angaben westdeutscher Wirtschaftsfachleute gingen in der BRD 1969–1979 etwa 340 000 Bauern pleite, am Rande des Bankrotts stehen weitere rd. 100 000 Wirtschaften.

Ebenso wie in den anderen westlichen Ländern traf die Rezession in Frankreich vornehmlich die „alten“ Zweige: das Hüttenwesen, die Chemie, den Automobilbau, die Textilindustrie, während die Produktion im Flugzeugbau, in der Atom- und der Elektronikindustrie auf relativ hohem Niveau bleibt. Wie aus der Aufstellung auf S. 22 ersichtlich, hatte Frankreich 1980 eine relativ hohe Arbeitslosenzahl (über 1,6 Millionen) und Inflation. Noch akuter

waren diese Probleme in Italien, das nicht erst seit einem Jahr den westeuropäischen Rekord im Inflationstempo und im Ausmaß der Arbeitslosigkeit hält. In der EG insgesamt stiegen die Preise in einem Jahr um 12% und erreichte die Arbeitslosenzahl 7,6 Millionen.

### Herausforderer Japan

Der einzige „Hoffnungsstrahl“ in diesem düsteren Bild war Japan. Sein Wirtschaftswachstum verlangsamte sich zwar seit der zweiten Hälfte 1980 ebenfalls, aber der Jahresumfang des inneren Bruttoproduktes nahm um 4,8% zu. In Japan erhöhten sich die Investitionen in der Industrie und die Verbrauchernachfrage rasch. Der letzte Umstand war Ergebnis einer für dieses Land relativ niedrigen Arbeitslosenzahl (rd. eine Million). Aber die Teuerung machte die Erhöhung der Realeinkünfte der Bevölkerung zunichte. Laut amtlichen Angaben nahm die Kaufkraft der japanischen Familien in unveränderlichen Preisen 1980 erstmalig seit fünf Jahren ab.

Das Hauptmerkmal des japanischen Kapitalismus ist noch immer eine hohe Konkurrenzfähigkeit der Erzeugnisse. Wie die „Financial Times“ schrieb, „steht die Lohnstruktur in Japan in einem genauen Verhältnis zur aktuellen Leistung“: ein bourgeois Euphemismus für die hohe Ausbeutungsrate. Die Arbeitsproduktivität wächst in Japan fast doppelt so schnell wie die Löhne.

Das ist ein Vorteil für die japanischen Exporteure, und sie verdrängen allmählich durch ihre billigeren Erzeugnisse die Konkurrenten selbst von den Märkten, die als Domäne westlicher Monopole galten. Kennzeichnend: Erstmals in der Geschichte des Automobilbaus hat Japan 1980 die USA in der Pkw-Produktion überholt. Die japanischen Wagen, die in der Qualität den westlichen Modellen nicht nachstehen und billiger sind, konkurrieren die amerikanischen und westeuropäischen Konzerne nieder. Im Jahre 1980 erreichte der Anteil der japanischen Firmen am Gesamtabatz von Pkws in den Niederlanden und in Dänemark 31%, in Großbritannien 20%, in der BRD 13% und in Frankreich 4%.

### Handel und Währung unausgeglichen

Der Automarkt ist nicht der einzige Bereich, in dem die kommerziellen Gegensätze zwischen den imperialistischen Rivalen deutlich zutage treten. Der übliche krisenbedingte

Handelsprotektionismus war 1980 „schlimmer als früher, nicht zuletzt deshalb, weil er sich von einem bereits sehr hohen Niveau von Schutzzöllen ausbreitet“ („Wall Street Journal“). Nach Schätzungen des britischen Nationalen Instituts für wirtschaftliche und soziale Studien wird der kapitalistische Handel gegenwärtig zu mehr als 46% von den Regierungen mittels Zölle, Quoten u. ä. kontrolliert.

Nach allem zu urteilen, wird die protektionistische Politik nach dem Motto „Dem anderen eine Grube graben“ 1981 noch intensiver sein, weil der Handel zwischen den sieben führenden kapitalistischen Ländern noch weniger ausgeglichen als früher ist. Die meisten davon schließen das Jahr mit einer defizitären Handelsbilanz ab. In den USA beträgt das Defizit über 30 Md., in Italien 18 Md., in Frankreich 12 Md. Dollar. Selbst Japan, das aktiv die Handelsexpansion betrieb, kann eine Ausfuhrspitze schon das zweite Jahr nicht erreichen. Gegenüber 1979 hat das Defizit der EG im Handel mit den USA erheblich zugenommen: Die Senkung des Dollarkurses 1978 und 1979 erhöhte die Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Erzeugnisse.

Während der Wirtschaftskrisen vermindert sich gewöhnlich der Import im Vergleich zum Export, was die internationalen Positionen der jeweiligen Währung festigt. Ein anschauliches Beispiel ist das britische Pfund Sterling, dessen Wechselkurs sich im Laufe des Jahres gegenüber anderen Währungen nicht nur stabilisierte, sondern noch anstieg. Dasselbe geschah mit dem US-Dollar, dessen Kurserhöhung den Abfall der D-Mark gegenüber den Währungskursen der anderen Teilnehmer des Europäischen Währungssystems nach sich zog. Von der Labilität der Währungen zeugten auch die sprunghaften Veränderungen des Goldpreises: Im Laufe des Jahres schwankten sie in einem bisher nie dagewesenen Bereich, von 600 bis 800 Dollar je Feinunze (31,1 g).

### Zweifel am „Wohlfahrtsstaat“

Die Krise von 1980 zeigt erneut: Das kapitalistische Weltwirtschaftssystem ist unfähig, die Produktivkräfte des letzten Viertels des 20. Jahrhunderts im Interesse des Menschen zu nutzen. Welchen Schluß ziehen hieraus die kapitalistischen Industriekapitäne?

### ÖKONOMISCHE KENNZIFFERN DER SIEBEN FÜHRENDE KAPITALISTISCHE LÄNDER (die ersten 10 Monate 1980 in % zu 1979)

	Industrie- produktion	Arbeitslose im Verhältnis zur Anzahl der Arbeitskräfte	Jährliche Inflationsrate
USA	—4,5	7,6	13
BRD	—3	4,1	5,5
Japan	+4	2,2	8
England	—10	8,4	15,5
Frankreich	—6	7,1	13,5
Italien	+0,5	8,3	21
Kanada	—5,5	7,6	11

Nach Einschätzung des Londoner „Economist“

„Es wäre ein schwerer Fehler, die feste Budget- und Steuerpolitik aufzuweichen, solange der heutige Aufschwung der Inflation nicht unter Kontrolle genommen und die negativen Auswirkungen der erhöhten Erdölpreise auf die Realeinkünfte nicht völlig wettgemacht sind.“ Diesen Auszug aus dem Communiqué der Juni-Konferenz der Wirtschafts- und Finanzminister der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der 24 kapitalistische Industrieländer angehören, servierte die westliche Presse den Lesern als einen Beweis für die „einheitliche Wirtschaftsstrategie des Westens“.

Es handelt sich nicht nur um die Einheit, sondern auch um die Kontinuität der Klassenstrategie. Die Weisungen der OECD, die für den Zusammenhang zwischen den nationalen Wirtschaftskursen und der „einheitlichen Strategie des Westens“ zu sorgen hat, aus den Jahren 1974—1976 unterscheiden sich kaum von den diesjährigen. Obwohl die Krise ausbrach und Millionen Werkstätte leiden ließ, betrieben die bürgerlichen Regierungen im scheidenden Jahr die „Deflationsspolitik“, d. h., sie dämpften künstlich die Geschäftsaktivität, und zwar unter gleichen Vorwänden wie vor 5—6 Jahren: hohe Inflation, hohe Erdölpreise, die an der Senkung der Realeinkünfte der Bevölkerung schuld seien. Um all dem einen Riegel vorschieben und die Einkünfte erhöhen zu können, müsse man, so die westlichen Propagandamacher, den Riemen vorläufig enger schnallen.

Wie verlogen die Berufungen auf die „überhöhten OPEC-Preise“ sind, zeigte sich klar 1980 in Großbritannien, dessen Wirtschaft durch die

„harte Restriktionspolitik“ um mindestens drei Jahre zurückgeworfen wurde. Dank der Erschließung der Vorkommen in der Nordsee konnte Großbritannien im August 1980 die volle Selbstversorgung mit Erdöl erreichen, aber das hat der Inflation keinen Dämpfer aufgesetzt.

Haltlos sind die Behauptungen der bürgerlichen Ideologen, die Inflation sei hauptsächlich durch die Lohnerhöhungen und zu hohen Sozialausgaben des Staates verursacht worden. In ausnahmslos allen kapitalistischen Ländern liegt der wahre Grund für die Inflation nicht in Lohnerhöhungen, sondern im Hinaufschrauben der Preise durch die Monopole, die auf diese Weise die wachsenden Produktionskosten wettmachen. Gerade das senkt die realen Einkünfte der Bevölkerung, und das nahm auch 1980 seinen Fortgang. Nach Schätzungen selbst bürgerlicher Ökonomen sind die Einkünfte der USA-Arbeiter 1973—1979 in unveränderlichen Preisen schon um 16% zurückgegangen. Zwischen Oktober 1979 und Oktober 1980 betrug die Abnahme ihrer Realeinkünfte nach amtlichen Angaben rd. 6%.

Die Werktätigen der kapitalistischen Länder verlieren unweigerlich im Wettrennen zwischen den Verbraucherpreisen und Löhnen. In Japan belief sich diese Differenz 1980 auf 10%, in den USA und den Niederlanden auf 3,5%, in Kanada auf 3%, in Italien auf 13% und in Schweden auf 5%. Die Preise werden ferner durch das von der NATO für die 80er Jahre geplante Wettrüsten in die Höhe getrieben: Nach Ansicht der „New York Daily News“ wird die Erhöhung der Militärausgaben dazu führen, daß 1981 die Inflationsrate

in den USA auf 18% steigen kann. Noch teurer kommt die „einheitliche Strategie des Westens“ die Werk-tätigen zu stehen, denn sie verlieren Arbeit. Die Zahl der Beschäftigungslosen in allen 24 OECD-Mitgliedsländern erreichte am Jahresende 24 Millionen, das sind 6 Millionen mehr als im Krisenjahr 1975. Nach OECD-Prognosen wird sie im nächsten Jahr 27 Millionen erreichen.

### Frontalangriff

Kein Wunder, daß die bürgerlichen Ideologen heute die den Werk-tätigen noch in den 60er Jahren versprochene „allgemeine Wohlfahrt“ nicht mehr erwähnen. Anstatt der „liberalen“ Wirtschaftsexperten, die sich für eine Antikrisenregulierung der Wirtschaft einsetzen, sind nun bei den herrschenden Kreisen des Westens unverhohlene Verfechter des „freien Unternehmertums“ beliebt. Neuerdings haben die bürgerlichen Propagandisten den vergessenen österreichischen Ökonomen Friedrich von Hayek aus der Versenkung geholt. Dieser kündet: „Die Politikmacher der Industrieländer müssen mit dem tödlichen System der mächtigen Gewerkschaften englischen Typs Schluss machen... Die einzige Arznei gegen die Inflation ist, die Wirtschaft durch eine tiefe Rezession oder Depression zu treiben.“

Das tut denn auch die Regierung Thatcher: Frau Ministerpräsidentin hat von ihrer Partei den Auftrag, „die Bewegung Großbritanniens zum demokratischen Sozialismus, die die Labour Party 1945 einleitete, zum Rückzug zu zwingen“ und „etwas im Hinblick auf die Gewerkschaften zu unternehmen“ („Economist“, London). Gerade eine solche Wirtschaftspolitik wird von R. Reagan seitens des Big Business der USA erwartet. Die Liste der Forderungen, die die USA-Geschäftsleute neuen Präsidenten stellen, enthält, wie „Business Week“ berichtet, gewerkschaftsfeindliche Gesetze, die Aufhebung der Monopolbesteuerung und der Auflagen gegen die Umweltverschmutzung.

Dieser Frontalangriff der Monopole und konservativen Politiker stößt auf immer stärkeren Widerstand der Werk-tätigen der kapitalistischen Länder. Sie erkennen immer besser: Rein wirtschaftliche Forderungen genügen noch nicht, wenn sie ihre Klasseninteressen verteidigen wollen. Aus eigener Erfahrung wissen sie nun, welch großen Schaden der Arbeiterbewegung z.B. die Gewerk-

schaftsbonzen der amerikanischen Vereinigung AFL/CIO zufügen. Jahrzehntelang redeten diese „eingefleischten und hartnäckigen Antikommunisten“ den USA-Gewerkschaften ein, daß „man um den wirtschaftlichen Vorteil ihrer Mitglieder feilschen und nicht politische Organisationen für die Revolutionierung der Gesellschaft schaffen muß“ („Business Week“).

Nicht von ungefähr schwindet das Ansehen der AFL/CIO-Führer bei den einfachen Arbeitern. Mehrere Fachverbände der USA fordern nun aktiver die Preiskontrolle, und protestieren gegen die Vergeudung staatlicher Mittel für das Wettrüsten. Die britischen Trade-Unions traten entschieden gegen die arbeiterfeindliche Politik des Tory-Kabinetts auf. Einige Fachgewerkschaften der EG-Länder koordinierten ihr Vorgehen: Die Textilarbeiter, Hüttenarbeiter und Angestellten des Bildungswesens einigten sich 1980 über den Informationsaustausch und über gemeinsame Aktionen gegen die von den Regierungen betriebene „Sparsamkeitspolitik“ und „Rationalisierung der Produktion“ auf Kosten der Werk-tätigen. An den Klassenkämpfen beteiligte sich nicht nur das Industrieproletariat. Die Streiks der französischen Fischer, der Lehrer in der BRD, der italienischen Flughafenangestellten und viele ähnliche Aktionen zeugen von der Erweiterung der Basis des antimonopolistischen Kampfes.

Die kommunistischen und Ar-

beiterparteien schlagen ein konkretes Programm zum Schutz der Interessen der breiten Bevölkerungsschichten in den kapitalistischen Ländern vor. Die französischen Kommunisten setzen sich in den 80er Jahren das Ziel, zu erreichen, daß volle Beschäftigung gewährleistet, die Ungleichheit zwischen der privilegierten Minderheit und der werk-tätigen Mehrheit beseitigt wird, daß die persönlichen Freiheiten garantiert werden. Die FKP schlägt u.a. vor, jährlich bis zu 500 000 neuen Arbeitsplätzen zu schaffen, die Besteuerung des Großkapitals und der Profite der Monopole zu erhöhen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, die Mindestlöhne und die Renten zu erhöhen. Die demokratischen Kräfte des Westens kämpfen entschieden auch gegen das von den NATO-Chefs entfesselte Wettrüsten, diese gefährlichste Richtung in der Offensive des Imperialismus auf die Interessen der Arbeiterklasse.

Das internationale Kapital unterläßt nichts in seinem großangelegten Kampf gegen die Arbeiterklasse, wirft Millionen Arbeiter auf die Straße, powert die Bevölkerung mittels der Inflation aus, kürzt die ohnehin niedrigen staatlichen Sozialausgaben und zwingt den Völkern Kanonen statt Butter auf. Das hat das scheidende Jahr vor Augen geführt. Zweifellos werden die Werk-tätigen der kapitalistischen Länder seine harten Lehren beherzigen und bei der Verteidigung ihrer Lebensinteressen auswerten.

### BIOGRAPHISCHES



Edward Philip George Seaga wurde am 28. Mai 1930 in Boston (USA) als Sohn des Besitzers eines

### MINISTERPRÄSIDENT JAMAIKAS EDWARD SEAGA

der größten Reisebüros von Jamaika geboren. 1952 absolvierte er die Harvard-Universität (Soziologie).

Seine politische Laufbahn begann 1959. Er war Senator von der Labour Party, beteiligte sich an der Ausarbeitung der Unabhängigkeitserfassung (1962) und wurde als Abgeordneter West-Kingstons ins Parlament gewählt.

1962—1972, zur Zeit der Labour-Regierung auf Jamaika, war E. Seaga Minister für Entwicklung und Sozialfürsorge, dann Finanz- und Planungsminister, gehörte zum Vorstand

des Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

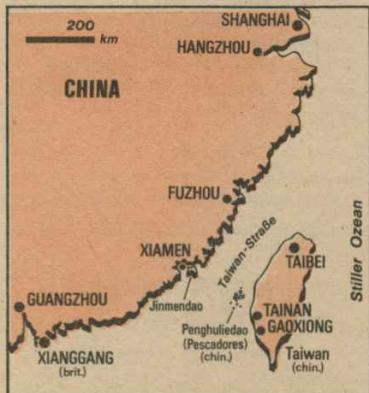
Seit 1974 ist Seaga Vorsitzender der Labour Party von Jamaika. Nach ihrem Wahlsieg vom 30. Oktober steht er der Regierung vor. Zugleich ist er Finanz- und Planungsminister, Minister für Energiewirtschaft, Naturreichtümer und Bergbau. Zu den vorrangigen Aufgaben seiner Regierung zählt Edward Seaga den wirtschaftlichen Aufbau und eine „ausgeglichene Außenpolitik“.

# WIEDER STREIT UM „ZWEI CHINAS“?

Juri DIMOW

In den USA und in China strengt man sich aus Leibeskräften an, der Welt weiszumachen, daß das Schiff ihrer Beziehungen zueinander mit vollen Segeln voraus fahre und auf keinerlei Hemmnisse stoße. Gewiß, dieses Schiff — wir entnehmen das hochtrabende Gleichnis einer chinesischen Zeitung — hat, die Segel vom Antisowjetismus geschwellt, seit zehn Jahren eine ganz schöne Strecke zurückgelegt. Über die großen Stromschnellen auf dieser Strecke hat er es aber nicht hinwegtragen können. Eine davon ist die Taiwan-Frage.

Diese besteht schon gut 30 Jahre. Die aus China verjagte Guomindang-clique setzte 1949 mit amerikanischen Schiffen auf die Insel über, die erst 1945 nach 50jähriger japanischer Besetzung wieder eine chinesische Provinz geworden war.



Taiwan wurde in einen unver- senkbaren Flugzeugträger, einen Stützpunkt der 7. US-Flotte, in einen Brückenkopf für endlose Provokationen gegen das chinesische Volk umgewandelt. In den USA sah man im Chang-Kaishi-Regime den zuverlässigsten Verbündeten im Kampf für eine „Eindämmung des chinesischen Kommunismus“. Washington und Taiwan schlossen 1954 einen „Vertrag über gemeinsame Sicherheit“. Die USA bekamen das Recht, auf Taiwan und den Inseln der Taiwanstraße (Penghuiliao) Truppen zu stationieren, und garantierten Taiwan ein bewaffnetes Ein-

greifen für den Fall, daß die Armee der VR China versuchen sollte, die Insel zu entsetzen.

Die Chang-Kaishi-Clique bekam neueste Waffen und Ausrüstungen. Reges Interesse erweckte Taiwan bei ausländischen Monopolen durch seine billigen, „disziplinierten“ Arbeitskräfte und die festen Garantien für investierte Gelder. Dank den großen Investitionen aus den USA, aus Japan und Staaten Westeuropas konnte die Industrie Taiwans aufs modernste ausgerüstet werden und ein hohes Entwicklungstempo anschlagen.

Manche dachten, das Regime auf Taiwan werde so schweren Stößen nicht standhalten wie der Tatsache, daß die VR China 1971 in der UNO in ihre legitimen Rechte wiedereingesetzt wurde, daß Nixon Peking besuchte, daß das Schanghaier Communiqué von 1972 zustande kam und daß Peking und Washington Verbindungsmissionen austauschten. Beim Taiwaner Regime löste das selbstverständlich Unmut aus, ebenso wie die nachfolgende Aufnahme diplomatischer Beziehungen der VR China zu Japan und einigen anderen Staaten. Aber sowohl das Regime als auch die Wirtschaft Taiwans kam ohne besondere Schwierigkeiten über das alles hinweg. Der Zufluß amerikanischer Investitionen nahm ja nicht ab, im Gegenteil, er wuchs noch an, und zugleich mit der sukzessiven Zurücknahme ihrer Truppen unternahmen die USA Schritte von ausreichender Effektivität zur Vervollkommnung der Armee Taiwans. Von einem Abschiedsgeschenk Onkel Sams war nicht die Rede. Bis Anfang 1979 brachte das Regime mit amerikanischer Hilfe seine regulären Truppen auf 500 000 Mann und legte Waffendepots für eine Million Reservisten an, von denen die Hälfte binnen 48 Stunden unter Waffen gestellt werden könnte. Das „Armed Forces Journal International“ — das Organ des US-Verteidigungsministeriums — schrieb, daß das Rüstzeug der Armee Taiwans 1100 Panzer und Schützenpanzerwagen sowie 1000 schwere und mittelschwere Geschütze umfasse.

Seine Luftstreitkräfte hätten etwa 500 mit Luft-Luft-Raketen bestückte Kampfflugzeuge und könnten sich durchaus mit der Luftwaffe der VR Chinas messen. Was die Kriegsmarine betreffe, so seien die ihren Kern bildenden 22 mit Raketen und elektronischen Waffen bestückten Torpedobootzerstörer amerikanischen Fabrikats durchaus imstande, gegen Landungsoperationen vom Festland her aufzukommen.

Zwischen 1950 und 1978 verausgabten die USA für militärische Hilfe an Taiwan 2,7 Md. Dollar und verkauften ihm außerdem technische Kampfmittel für 196 Mio. Dollar. Im Rechnungsjahr 1978 lieferten die USA Waffen für 138 Mio. Dollar an Taiwan. Diese Angaben entnehmen wir dem „Armed Forces Journal International“.

Ein hochgestellter Repräsentant des Regimes von Taiwan erklärte 1979: „Wir könnten in sechs Monaten durchaus eine einfache nukleare Anlage herstellen.“ Als im Oktober 1978 bei der Truppenparade in der Hauptstadt, Taipeh, die eigenen Raketen Hornisse und Arbeitsbiene 4 vorgestellt wurden, sollte das bedeuten, daß, wie die Hongkonger „Far Eastern Economic Review“ schrieb, Taiwan „das achte Strahltriebengeschosse bauende Land“ geworden war. Damit nicht genug, werden dort auf Hochtouren Raketen mit einem Aktionsradius von etwa 1000 km entwickelt, mit denen chinesische Großstädte wie Guangzhou, Fuzhou, Schanghai und Nanking getroffen werden könnten. Changdong, „stellvertretender Verteidigungsminister“ von Taiwan, sagt, in Taipeh denke man schon an den Start eines künstlichen Erdtrabanten.

Als der „Taifun Carter“ über Taiwan hereinbrach, der Washingtons offizielle Verbindungen mit Taipeh abriß, war nicht nur das militärische Oberkommando gut vorbereitet. Wie die Zeitschrift „Fortune“ Anfang 1979 feststellte, hatte sich Taiwan wirtschaftlich „mindestens sieben Jahre auf den Abbruch der diplomatischen Beziehungen vorbereitet“. Und weiter: „Jetzt sitzen die 17 Millionen Bewohner Taiwans auf einem weichen 7-Md.-Dollar-Kissen“, womit Gold- und Valutarücklagen gemeint sind. Der bilaterale Handel mit den USA belief sich 1978 auf 7,4 Md. Dollar bei einem Übergewicht Taiwans von 2,6 Md. Und das war durchaus nicht das einzige Jahr, das Taiwan mit einem ansehnlichen Aktivsaldo den USA gegenüber abschloß. Vom Export Taiwans — Textilien, Farbfernseher, Kühlschränke u. a. m. — finden 40% nicht nur wegen der guten Qualität und der billigen Preise Absatz in den USA. Es liegt auch daran, daß viele Taiwaner Firmen ganz oder

teilweise Amerikanern gehören. Die Direktinvestitionen von US-Konzernen auf Taiwan werden auf 600 Mio Dollar und zusammen mit allen anderen Formen der Beteiligung auf 5 Md. Dollar geschätzt.

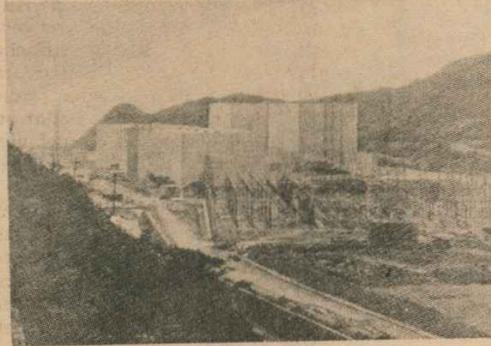
Seitdem die chinesisch-amerikanischen Beziehungen am 1. Januar 1979 normalisiert wurden, änderte sich auch kaum etwas daran. Die „Newsweek“ schrieb, daß voriges Jahr 14 amerikanische Großfirmen neue Betriebe auf Taiwan eröffnet

Kampftechnik ausgerüstet. Manches ist aber doch anders geworden, z. B. die Namen der US-Botschaft in Taipeh und der Taiwaner Botschaft in Washington. Sie heißen jetzt Amerikanisches Institut in Taiwan bzw. Taiwaner Koordinationsausschuß für nordamerikanische Angelegenheiten. Ihre Funktionen und die Stärke ihres Personals sind unverändert geblieben, und am 2. Oktober haben ihnen beide Seiten wieder die diplomatischen Prärogativen eingeräumt.

Und wie reagiert Peking darauf? Es hat tausendemal geschworen, Taiwan befreien zu wollen, und denjenigen geflucht, die schuld daran sind, daß es „zwei Chinas“ gibt. Aber die bis zum Überdruß bekannten „ernsten Warnungen“ hat Washington nie ernst genommen, um so weniger, als sie mit dem fortschreitenden „Brückenschlag“ zwischen Washington und den Maoisten immer kleilauter wurden. Nach dem Austausch von Botschaftern ist von Taiwan überhaupt nicht mehr

die Rede.

Natürlich haben die USA Peking möglichst wenig Zugeständnisse gemacht. Nun ja, der Vertrag über „gemeinsame Sicherheit“ von 1954 mit Taiwan ist gekündigt worden, wie aber die „Washington Post“ zugibt, „bieten die vom Kongreß bestätigten neuen Gesetze über die Beziehungen zu Taiwan diesem sogar eine einigermaßen festere Sicherheitsgarantie“. Und die Streit-



Eines der Kernkraftwerke, die auf Taiwan mit finanzieller und technischer US-Hilfe gebaut werden  
Aus: „Far Eastern Economic Revue“ (Hongkong)

und Banken ihm 0,75 Md. Dollar Kredit eingeräumt haben. Die von der US-Regierung kontrollierte Export-Import-Bank und die große private Bank of America haben außerdem je 100 Mio Dollar für den Bau zusätzlicher Atomkraftwerke bereitgestellt. Wie Staatssekretärassistent Richard Holbrooke erklärt hat, stiegen die Investitionen der USA in der Wirtschaft Taiwans im selben Jahr dem Vorjahr gegenüber um 15 und wuchs der Handel um 23%. In den ersten 9 Monaten dieses Jahres belief sich der Handel zwischen den USA und Taiwan schätzungsweise auf 8,6 Md. Dollar bei einem Aktivsaldo Taipeis von 1,5 Md. Rekordhöhe erreichten 1979 mit 800 Mio Dollar die Waffenlieferungen. Damit nicht genug, beantragte die Regierung Carter im Kongreß 280 Mio Dollar für zusätzliche Waffenlieferungen. Einen großen Teil von diesen hat der Kongreß schon bewilligt, darunter Fla-Raketen- und elektronische Feuerleitsysteme. Die US-Regierung hat General Dynamics und Northrop die Befugnis erteilt, mit Vertretern Taipeis über den Verkauf der modernen Mittelstreckenjäger FX zu verhandeln, und hat den Verkauf von Tow-Panzerabwehraketen, Hawk-Flaraketen und Ferngeschützen erlaubt.

Taiwan ist also nach wie vor ein bevorzugter Geschäftspartner, und seine Truppen werden noch immer mit den neuesten amerikanischen

kräften der USA haben Taiwan geräumt, aber in dessen Gewässern bleiben Schiffe der 7. US-Flotte, darunter mit Kernwaffen bestückte. Bis auf den heutigen Tag wird in dem Flecken Lingku, sieben Meilen nordwestlich Taipeis, ein die Fernmeldemittel Kontinentalchinas belauschender Horchposten von „Zivilpersonal“ eines Spionageamtes der USA — der Nationalen Sicherheitsagentur — bedient. Noch immer betätigt sich auch die „Armeegruppe für Technik“ der amerikanischen CIA.

Die nur rein symbolischen Zugeständnisse Washingtons an Peking wurden nach den zwischen Politikern beider Länder vereinbarten Spielregeln gemacht. Peking hat zugesagt, den von Übersee aus diktierten Bedingungen sehr weit entgegenzukommen, auch denen hinsichtlich Taiwans. Die USA haben sich ihrerseits verpflichtet, einige geringfügige Veränderungen an ihren Beziehungen zu Taipeh vorzunehmen und wegen der faktischen Anerkennung des Bestehens „zweier Chinas“ von Seiten Pekings nicht viel Aufhebens zu machen.

Peking, das mit seiner Innenpolitik ohnehin auf Unmut stößt, hat sich Mühe gegeben, außenpolitisch sein „Gesicht zu wahren“. Millionen Chinesen wissen ja noch, daß die Verpflichtung, Taiwan „unbedingt zu befreien“, in der Landesverfassung steht. Sie haben nicht vergessen, daß nicht nur Mao, sondern auch seine Erben versprochen haben, sich der von den Imperialisten geplanten Bildung „zweier Chinas“ zu widersetzen. China vergibt nicht. Davon zeugen auch die noch jetzt in der Provinz-

## BIOGRAPHISCHES



1925 in Beirut geboren.  
1947 absolvierte er dort

## MINISTERPRÄSIDENT DES LIBANON IST CHAFIC WAZZAN

die Rechtsfakultät der St. Joseph-Universität. Danach hatte er eine Anwaltspraxis. Gehörte der Führung der Nationalen Organisation an, einer Partei, die in den 50er Jahren bestand.

1968 Wahl ins Parlament, 1969 (Januar—Oktober) Justizminister in der Regierung Karame. Wazzan ist Sunnit. 1973 trat er an die Spitze des Ober-

sten Islamrates, der die Führer der libanesischen Sunnitengemeinde erfaßt.

Am 25. Oktober bildete er im Auftrag von Präsident Sarkis die neue Regierung, in der er auch Innenminister ist. Er hat erklärt, seine Regierung werde auf eine Wiederherstellung des Friedens und der Sicherheit im Libanon sowie auf den Schutz seiner Souveränität und territorialen Integrität hinwirken.

Presse aufscheinenden antiamerikanischen Äußerungen und die bis in die letzten Zeit hinein erscheinenden Wandzeitungen mit Kritiken am Scharwenzeln vor den USA. Derartige Stimmungen kann weder Washington noch erst recht Peking in den Wind schlagen.

Anfangs waren beide mit der Abmachung zufrieden. Bald darauf begann jedoch in den USA der Wahlkampf, und der Regierung Carter wurde vorgeworfen, sie habe „einen alten Bündnispartner im Stich gelassen“. Auch wurde angezweifelt, daß die Bedingungen für die Normalisierung des Verhältnisses mit China für die USA von Vorteil seien. Selbst der Senatausschuß für auswärtige Angelegenheiten warf der Regierung Carter vor, sie fasse das Inoffizielle der Beziehungen zu Taiwan allzu eng, und verlangte, daß der Guomindangclique neue Waffenpartien verkaufen werden. Auf diese Kritiken hin ging Carter dazu über, die Beziehungen zu Taipeh offen auszuweiten und immer offizieller zu gestalten. Zunächst schwieg Peking weiter und tat, als sei nichts Besonderes los. Es erhob nur zaghaftige Einwände gegen die beispiellos umfangreichen Waffenlieferungen an Taiwan. In Washington ließ man sie unbeachtet. Die chinesische Führung drückte ein Auge zu, als Japan, die Länder Westeuropas und Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gleichzeitig mit dem Ausbau der offiziellen Beziehungen zur VR China die kurz unterbrochenen mannigfaltigen Verbindungen mit Taipeh wiederaufnahmen und so die Situation wiederherstellten, in der „zwei Chinas“ bestanden hatten. Die Länder Westeuropas allein steigerten ihren Handel mit Taipeh 1979 um 37%.

Mehr noch, Peking selbst gestattete den Handelsverkehr über die Taiwan-Straße hinweg. Der Handel zwischen China und Taiwan, der noch 2–3 Jahre vorher mit Vermittlung Hongkonger Firmen beinahe geheim gehandhabt worden war, wurde nunmehr direkt und offen. Im ersten Viertel des laufenden Jahres belief sich dieser Handel schon auf 46 Mio. Dollar, es liegt aber Grund zu der Annahme vor, daß das nur die Spitze des Eisbergs ist. Es ist so weit gekommen, daß Deng Xiaoping, der „Newsweek“ zufolge, dem Sohn Chang Kaishis, dem jetzigen „Präsidenten“ Taiwans, Jiang Jingguo, geschrieben und ihm angeboten hat, Chang Kai-shi, diesem Erzfeind der chinesischen Volksrevolution, in China ein Denkmal zu setzen. Peking liebäugelt mit Taipeh in der Hoffnung, einerseits beim eigenen Volk den Eindruck zu erwecken, daß Taiwan

nicht vergessen sei und daß man es mit anderen, friedlichen Mitteln in den Schoß Chinas zurückzuführen suche; anderseits hoffen die Pekinger Strategen, Washington früher oder später einen derartigen Dienst erweisen zu können, daß es Taiwan fallen lassen und dessen Führung unter gehörigen Druck setzen wird — dann könnten ihnen die über die Taiwan-Straße geschlagenen schwankenden Brücken gut zu stehen kommen.

Man kann also nicht gerade sagen, daß sich Peking wegen der Situation mit den „beiden Chinas“ in Verlegenheit bringen läßt. Es wäre bereit, auch weiter zu schweigen, wenn Washington die Dinge nicht beim Namen nennen und eine Wiederaufnahme der offiziellen Beziehungen zu Taipeh nicht zur Sprache bringen würde. Plötzlich aber wurde die Spielregel verletzt, daß man sich über Taiwan auszuschweigen habe. Am 20. August erklärte Reagan, damals noch Präsidentschaftskandidat, wieder einmal, man müsse die offiziellen Beziehungen zu Taiwan wiederaufnehmen. Es folgten noch einige derartige Erklärungen. Sie wurden in der Welt bekannt, so daß Peking auf sie reagieren mußte. Über die Xinhua-Agentur, in der „Remin ribao“ und dann auch durch die diplomatischen Kanäle wurden Proteste laut. Die Xinhua z. B. nannte Reagans Äußerungen absurd und irrig. Die USA wurden auch an den wahren Zweck der Annäherung an Peking erinnert — sie sei dem Kampf gegen die UdSSR „förderlich“.

Die USA ließen sich von den Protesten Pekings nicht aus der Ruhe bringen. Amerikanische China-Experten folgerten aus der Art, wie dieses reagierte, daß die Proteste nur für den „inneren Gebrauch“ gemeint waren, als Pillen gegen die zunehmende Besorgnis über das Schicksal einer Provinz der VR China und mehrerer Millionen Mitbürger. Die „Newsweek“ schrieb unverblümt, Reagan habe „bildlich gesprochen, einen Mechanismus angeleuchtet, der nur im Schatten funktionieren kann“, und das Blatt riet ihm an, das in Zukunft zu unterlassen. Wenn die US-Führung den empfindlichen Mechanismus nicht ohne Not ans Licht brächte, dann brauchten die Chinesen nicht zu protestieren und würden die Dinge in aller Stille ins Lot kommen. Es sei ja bisher noch immer so gewesen.



Blick auf die Stadt

Viele Länder sieht man, wenn man sie anfliegt, aus dem Meer aufsteigen, Mexiko dagegen aus den Wolken. Erst erscheinen zwischen deren weißschimmernder Watte dunkle Flecke. Beim Näherkommen erkennt man, daß das Berggrücken und Täler sind. Es werden immer mehr, die Wolken bleiben zurück, und schon liegt unter uns in bräunlichem Dunst das mexikanische Hochland.

Nennen wir Kuba, wo wir vor etwas mehr als zwei Stunden starteten, immer die grüne Insel, so kommen uns jetzt andere Worte auf die Lippen: „sonnengedörrte Erde“. Die Sonne glüht unbarmherzig den ganzen Sommer auf das Plateau herab. Die seltenen Regenfälle und die nächtliche Kühle im Spätherbst können nichts an diesem Bild ändern.

Vorn zerfließt eine graublaue Wolke. Man errät nicht gleich, daß wir auf Mexico City zu halten und daß die Wolke, in die unsere Maschine eindringt, aus Smog, dieser Geißel vieler Großstädte, besteht.

Fast zwangsläufig wechselt das Gespräch zu den Gebrechen einer solchen kapitalistischen Riesenstadt über, von denen es nicht wenige gibt. In einigen Jahren ist die Einwohnerschaft auf 14 Millionen angewachsen, und damit hat Mexico City New York und Tokio überflügelt. Nur Schanghai soll noch größer sein, was aber niemand genau sagen kann. Bei einem derart rasenden Anwachsen der Einwohnerschaft ist es natürlich eng in den Straßen und in vielen Wohnvierteln. Es herrscht Wohnungsnot. Wie man uns sagte, wohnen mindestens 25%, d. h. über 3 Millionen, ausgesprochen schlecht.

Aber nicht daran denkt man in

# MEXIKO - EIN LAND DER HOFFNUNG

Pawel NAUMOW

den ersten Stunden. Vor allem sieht man gigantische Werke von Menschenhand, eine Riesenstadt mit modernen Wolkenkratzern, mit Straßen, in denen der Verkehr äußerst intensiv, aber verhältnismäßig straff geregelt ist, und mit vielen Geschäften. Ferner mit Parks und Alleen, Überführungen und Weggabelungen. Vergleicht man das damit, wie Mexico City vor etwa 20 Jahren beschrieben wurde, dann muß man daran denken, daß all das Große von einem Volk geschaffen worden ist, das vor noch gar nicht langer Zeit als rückständig und unfähig hingestellt wurde!

## Die Revolution

Man staunt über die vielen Denkmäler, von denen die meisten den Helden des Volkskampfes gegen die spanischen Kolonisatoren und gegen die verschiedenen Interventen gesetzt sind, die schon in Mexiko einfielen, als es im ersten Viertel dieses Jahrhunderts unabhängig wurde. Kaum ein anderes Land hat so viele Kleinkriege durchgemacht. Das Volk kämpfte gegen die Willkür der katholischen Kirche unter den spanischen Kolonisatoren, gegen die einheimischen Feudalherren um Grund und Boden, gegen die Plünderung der Naturschätze durch Fremde, für soziale Gerechtigkeit. In den Kämpfen entstand die Nation, bildete sich und erstarkte der souveräne Staat, die Vereinigten Mexikanischen Staaten.

Der Verfassungsplatz am 20. November. Wir stehen auf dem Balkon des Rathauses. Rechts das Schloß des Präsidenten, geradeaus die Kathedrale, links in ganzer Breite des Platzes speziell gebaute Tribünen. Darauf Tausende junge Menschen. Bald werden sie auf Kommando verschiedenfarbige Tücher schwenken, und diese werden bald Zeichnungen, bald Blumen oder die Tageslösungen bilden.

Heute wird hier der 70. Jahrestag der mexikanischen Revolution gefeiert.

ert. Sie begann 1910 und endete 1917. Man rechnet von ihrem Anfang. Sozial gesehen eine bürgerlich-demokratische Revolution, hat sie im Leben von Volk und Staat radikale Veränderungen herbeigeführt. Zwar ist die Einstellung zu ihren Folgen in Mexiko selbst recht verschieden und reicht von Begeisterung bis zu schonungsloser Kritik, aber fast alle Mexikaner stehen, besonders an diesem Nationalfeiertag, zu ihr.

Die offizielle Lösung der Regierungspartei — der Institutionell-Revolutionären — lautet: „Die Revolution geht weiter!“ In ihrem Zeichen stand die offizielle Kundgebung beim Denkmal der Revolution. Danach erschien Präsident José López Portillo, begleitet von anderen Staatsmännern, auf dem Verfassungsplatz, auf der Tribüne beim Präsidentenschloß.



Mexico City. Bei den Festlichkeiten zum 70. Jahrestag der mexikanischen Revolution

Fotos des Verfassers

Das Fest begann. Ein bunter Zug von Leuten in Nationaltrachten, sportliche Vorführungen ganzer Gruppen und einzelner Spitzensportler, die berühmten mexikanischen Reiter, die Charros, mit glänzenden Sombreros und Pistolen am Gürtel. Tänze und Lieder, und die aus bunten Tüchern gebildeten wechselnden Darstellungen auf der Tribüne rühmten bald die Revolution, bald riefen sie das Volk zu neuen Taten. So ging es viele Stunden.

Das war ein eindrucksvolles Volksfest, eine Manifestation des

Stolzes auf alles, was Mexiko erreicht hat.

## Gespräch am Alltag

Gustavo Carvajal Moreno ist Vorsitzender der Regierungspartei, die vor gut 50 Jahren aus Gruppen entstand, die die Revolution gemacht hatten. Er ist wortkarg, aber freundlich und aufgeschlossen. Er war so liebenswürdig, uns einige Tage nach den Festlichkeiten zu empfangen. Wir unterhalten uns gemächlich, doch sachlich. Señor Carvajal sagt:

„In großen und ganzen vertreten wir noch die Ideen aus der Zeit der revolutionären Bewegung. Sie sind national, antiimperialistisch, antikolonialistisch, Ideen der Revolution und des Fortschritts.“

Auf die Frage, wie sich die Partei sozial zusammensetzt, sagt er: „Die meisten Mitglieder gehören drei Schichten an: der Arbeiter-, der Bauern- und der Volkssehicht.“ Zur letzteren zählt er wohl alle, die nicht zu den beiden ersten gezählt werden können.

Mexiko ist kapitalistisch und hat auch die Widersprüche des Kapitalismus. Nach amtlichen Angaben können über 9 Millionen keine Arbeit finden oder sind nur teilweise beschäftigt. Es gibt noch mehr Probleme aber die jetzige Regierung hat ein Programm zu ihrer Lösung: einen Entwicklungsplan für das ganze Land und Einzelpläne, z. B. einen für die Energiewirtschaft, in dem Ziele und Formen für die Nutzung der Landesressourcen in Stadien bis zum Jahre 2000 festgesetzt sind. Ferner besteht ein Entwicklungsplan für die Nahrungsmittelerzeugung bis zur Selbstversorgung. Hier spielt, so betont Carvajal, die Organisiertheit der Landbevölkerung die Hauptrolle.

Wir erkundigen uns nach der Effektivität der Pläne im Kapitalismus. Unser Gegenüber antwortet bereitwillig:

„Unsere Partei ist immer von der Notwendigkeit einer staatlichen Regie in Politik und Wirtschaft ausgegangen. Daher die Bestimmungen in den Parteidokumenten, die darauf ausgerichtet sind, daß sich die Staatsorgane immer reger an der Wirtschaft beteiligen und das ausschließliche Recht haben sollen, nicht nur die Innenpolitik zu bestimmen, sondern auch über die wichtigsten wirtschaftlichen Fragen zu entscheiden und dabei ein immer größeres Gleichgewicht zwischen den sozialen Gruppen anzustreben und diejenigen Klassen zu unterstützen, die am unzulänglichsten versorgt sind.“

„Wie wird das besagte Gleichgewicht erzielt?“

„Am einfachsten durch wirtschaft-

liche und finanzielle Maßnahmen, durch höhere Besteuerung der Wohlhabenderen; durch Wahl gesellschaftlicher Maßnahmen seitens des Schatzamtes, die es ermöglichen, die gesellschaftliche, gemeinschaftliche Initiative zu fördern. Oft bewilligen wir Subsidien, um die wichtigsten Nahrungsmittel verbilligt an die Bevölkerung abgeben zu können. Die Fahrgelder sind bei uns billig. Wir bemühen uns sehr darum, neue Arbeitsplätze zu schaffen."

Wir sprechen nicht nur über Pläne, sondern auch über das schon Erreichte, das sich sehen lassen kann. Verglichen mit den Zuständen vor 50 Jahren sind die Veränderungen frappant, ganz besonders im Schulwesen. Es gibt 1000mal mehr Schulen. Auch mehr Universitäten und andere Hochschulen. Vor 50 Jahren hatte Mexiko nur 10 000 Studenten, jetzt fast eine Million. Eine besondere Rolle spielen zwei große Hochschulen: die Nationale Autonome Universität und das Nationale Polytechnikum, die beide nach dem Sieg der Revolution gegründet wurden. Der Hochschulbesuch ist so gut wie kostenlos, eine rein symbolische Gebühr von nur 200 Peso im Jahr wird erhoben.

Auch die Errungenschaften im Gesundheitswesen sind nicht zu erkennen. Viele Krankheiten kommen nicht mehr vor. Die medizinischen Einrichtungen in Stadt und Land sind wesentlich perfektioniert worden.

Man hat viele Chausseen, Staudämme, Flugplätze, Brücken usw. gebaut.

Schließlich kommt Carvajal auf das zu sprechen, was er als die wichtigsten revolutionären Errungenschaften ansieht: auf den erfolgreichen Ausgang des Kampfes dafür, daß die Bodenschätze dem Volk gehören und der Staat ihre Nutzung leitet. Er meint das Erdöl und die anderen Energieträger. Der Staat beteiligt sich sehr ausgiebig an der Wirtschaft. Er hat Anteile an der extraktiven Industrie und Petrochemie. Ferner besitzt er die Düngemittelbetriebe. Die zweitwichtigste Errungenschaft sei die völlige Freiheit im Land.

Das zu kommentieren, fällt mir schwer, denn die Zeit reicht nicht, um Mexiko genauer kennenzulernen. Aber ich habe auch entgegengesetzte Ansichten gehört und in der Presse gelesen. Erwähnt werden Zusammenstöße, zum Teil blutige, mit der Polizei aus jüngster Zeit. Weiter haben wir, gerade als wir dort waren, von einem Lehrerstreik gehört. Ich kann nicht beurteilen, ob das kleine, zufällige Vorfälle waren, oder ob ernste Probleme dahinterstecken.

## Das Öl Mexikos

Die Ölproduktion kann man gewiß ein mexikanisches Phänomen nennen,

Davon hörten wir nicht nur von Señor Carvajal, sondern auch in den Zeitungsredaktionen, die wir besuchten. Man sprach verschieden davon. Manche streiten sich sogar darüber, ob das Öl für Mexiko ein Glück oder ein Unglück ist, wobei vieles mit spricht: sowohl die ständigen begierigen Blicke des Nachbarn im Norden auf diesen Schatz als auch der Umstand, daß viele Bauern der Landwirtschaft entzogen und bei der Ölproduktion und -verarbeitung beschäftigt werden. Ein mexikanischer Kollege von uns behauptete sogar: „Am Öl werden wir zugrunde gehen, es gewöhnt den Mexikanern das Arbeiten ab.“

In der Straße der Nationalflotte, in einem einfachen Blockhaus denkt man anders darüber. Es beherbergt die Direktion der Pemex, der staatlichen Organisation für Ölproduktion.

Hier die kurze Vorgeschichte. Die Mexikaner kämpften lange dagegen, daß ihre Ölschätze Fremden zufallen. Erst 1938, unter Präsident Lázaro Cárdenas, füllten die Ölsonden mexikanische Reservoirs. Ihre früheren, ausländischen Besitzer wüteten. Sie boykottierten und blockierten das Land und drohten ihm ein militärisches Vorgehen an, mußten später aber mit einer Entschädigung vorliebnehmen. Seitdem gehört das mexikanische Erdöl den Mexikanern.

Der Generaldirektor für die Foreign Relations der Pemex, Reinaldo Jauregui, antwortet uns bereitwillig auf unsere Fragen, es macht ihm sogar merklich Vergnügen, weil wir aus der UdSSR sind, wo man weiß, was Erdölgewinnen heißt.

Zu den Diskussionen über das Öl sagt er:

„Einem Teil unserer Landesbevölkerung sind die Götter noch nicht hold. Wir hoffen, daß das mit dem Öl anders werden wird.“

Der Erlös der Pemex geht an den Staat, und er verwendet ihn zur Verbesserung der Infrastruktur sowie für Sozial- und Produktionsprogramme, durch die die Inflation gemildert, die indirekten Steuern auf Massenbedarfsartikel überflüssig gemacht und die anderen Wirtschaftsbranchen harmonisch entwickelt werden sollen.“

Wir fragen nach Zahlen. Das Öl erbringt 60% vom Exporterlös. Die Regierung gedenkt, 1982 20% ihrer Ausgaben mit den Einnahmen für Öl zu decken. Im Land herrscht kein Mangel an Benzin und anderen Ölprodukten. Fast die Hälfte des gewonnenen Rohöls wird im Lande verbraucht.

Wieviel wird gewonnen? Unser Gespräch findet um ungefähr 9 Uhr abends statt, und Señor Jauregui nennt die Tagesausbeute, er hat sie sofort gegenwärtig. Durchschnittlich

werden jetzt 2,4 Mio Barrel täglich gewonnen.

Weiter erfahren wir, daß die Ölproduktion Mexikos von Dezember 1976 bis November 1980, also in nicht ganz vier Jahren, fast auf das Dreifache angewachsen ist. Noch vor einem Jahr gingen 90% des mexikanischen Ölexports nach den USA, jetzt nur 54%, und bis Juni 1981 sollen es nur noch 51% sein.

„Ist das Ihre grundsätzliche Absicht?“

„Ja, die Regierung will es so.“

„Die Lieferungen nach den USA gehen also zurück?“

„Das nicht, sie nehmen sogar etwas zu, aber unsere Ausbeute wächst, während der Prozentsatz, der nach den USA geliefert wird, sinkt. Unsere Regierung bemüht sich um eine Ausweitung des Marktes.“

Früher hörten wir vom Kurs der Regierung Portillo darauf, die Handelsbeziehungen möglichst vielseitig zu gestalten. Das bedeutet, daß die Wirtschaft nicht mehr an die USA gebunden, daß für eine größere Streuung der außenwirtschaftlichen Betätigung gesorgt werden soll. Das Öl dient dabei als Stimulator neuer Verbindungen: Zu den bevorzugten Ländern gehören die Republiken Lateinamerikas einschließlich Nicaragua, Kostarikas, Panamas und Brasiliens. Señor Jauregui nennt ferner die Philippinen, Spanien, Japan, Kanada und Schweden.

Wie es in der UdSSR mit Öl und Gas bestellt ist, weiß er genau. Wie zu Sachverständigen sagt er mit einem verständnisinnigen Lächeln, Mexiko nutzt jetzt nur 90% des geförderten Gases, denn die neu angelegten Ölreviere auf See seien noch nicht restlos ausgestattet, ein Teil des Gases müsse in Fackeln verbrannt werden. Bis zum kommenden April würde man aber schon 96–97% nutzbar machen können.

Zu Hause in Moskau habe ich unter den Andenken aus Ländern, in denen ich war, neuerdings auch einen schönen Kunstglasport, in dem ein großer Tropfen mexikanisches Erdöl eingesprengt ist.

## Die „lieben“ Nachbarn

Eine kleine, zarte Frau, braun wie viele Bewohnerinnen der Halbinsel Yucatán, führt uns durch die unlängst ausgegrabenen Paläste und Pyramiden der Maya, Zeugen einer uralten Zivilisation. Sie weiß ausgezeichnet Bescheid, aber von all dem Wissenswerten, das uns María Rosso erzählte, war mir Tage später in Mexico City am besten ein wie nebenbei hingeworfener und von ihr wahrscheinlich gleich wieder vergessener Satz in Erinnerung.

Das war so: Bei einer Pyramide in der ausgegrabenen Ortschaft Tulum

lief uns eine Gruppe herausgeputzter, laut plaudernder alter Damen und Herren über den Weg.

„Nachbarn aus dem Norden?“ fragte ich.

„Ja, unsere lieben Nachbarn“, antwortete María und führte uns zum nächsten Stein.

Der Chefredakteur eines führenden Blattes in Mexico City erzählte uns amüsiert, wie er dem US-Botschafter einmal eine Lehre erteilt hatte. Die Botschaft hatte der mexikanischen Zeitung ihr Nachrichtenblatt — sicher irrtümlich — in englischer statt in spanischer Sprache geschickt. Darauf rückte der Chefredakteur in der nächsten Zeitungsausgabe in englischer Sprache die Mitteilung an den Botschafter ein, daß in Mexiko spanisch und nicht englisch gesprochen werde, was ihm bekannt sein sollte. Der Botschafter mußte sich bei der Redaktion entschuldigen.

„Die Amerikaner haben es jetzt nicht leicht“, sagte uns der Chefredakteur der größten mexikanischen sozialpolitischen Zeitschrift, „Siempre“. „Früher wußte jeder Amerikaner genau, daß er nur zu rufen brauchte, da kam sofort ein Torpedobootzerstörer der USA, um die ‚Frechlinge‘ zu bestrafen. Jetzt können sie nicht mehr darauf rechnen. Das behagt ihnen natürlich nicht.“

Ein Journalist, ein typischer tem-

Poren der Wirtschaft seines Landes eindringen.

Das ist sozusagen der psychologische Faktor. Und hier die politische Praxis.

Im Zentrum von Mexico City steht ein Denkmal, das dem Neuling besonders auffällt. Sieben von Fackeln gekrönte hohe Säulen als Sinnbilder von sieben kleinen Kadetten, die sich von der Festung Chapultepec in die Tiefe stürzten, als diese im September 1847 von den nordamerikanischen Eroberern belagert wurde. In dem damaligen Eroberungskrieg entrissen die USA den Mexikanern die Hälfte ihres Landesgebiets, darunter die jetzigen US-Bundesstaaten Texas und Kalifornien. Mit ihrem Sprung wollten die Jungen sagen: Wir sterben, aber wir ergeben uns nicht.

Die sieben Säulen rufen aber auch: Ergebt euch nicht! Jetzt werden hier offizielle politische Festakte abgehalten und Kränze niedergelegt. Wir waren gerade dort, als die Regierungsdelegation eines europäischen Staates beim Denkmal dieser Helden des Widerstandes gegen den überheblichen Nachbarn einen Kranz niedergelegt.

### Audienz beim Präsidenten

Der Präsident der Vereinigten Mexikanischen Staaten, José López Portillo, lud uns am letzten Tag zu sich ein. Er ist in der UdSSR gut bekannt. Im Jahre 1978 besuchte er sie. Der bedeutende Staatsmann ist zugleich ein Dichter, Forscher und Philosoph. Vor kurzem erschien bei uns in russischer Übersetzung sein Buch „Saga vom Coal Quetzal“, die hochinteressante moderne Interpretation einer uralten Legende mexikanischer Indianer.

Luis Javier Solana, Pressechef in der Präsidentenkanzlei, sagt folgendes über Portillo:

„Er macht alles gern: Fotografieren, Filme drehen, Tennis spielen, Speerwerfen, Bogenschießen und Reiten. Dabei ist er Landespräsident und 60 Jahre alt.“

Portillo nimmt uns freundlich auf. In lakonischen Sätzen schildert er, wie seine Regierung die Welt von heute sieht.

Die Weltlage sei gespannt, ihm mache es Sorge, daß die beiden Großmächte keinen Kontakt hätten und daß der Entspannungsprozeß abgebremst worden sei. Man könne

die Klippen aber im Sinne des Völkerrechts umschiffen.

Die Außenpolitik seiner Regierung beruht auf den Grundsätzen der nationalen Unabhängigkeit, auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer und der friedlichen Bereinigung von Streitfragen. Der Präsident sagt: „Unsere Erfahrung lehrt, daß es nicht ausreicht, im Friedenskampf Verteidigungsstellung zu beziehen. Man muß energisch auf eine gesunde Weltlage hinwirken, dann werden sich die Völker gut entwickeln können.“

Wir verurteilen das Wettrüsten. Die Großmächte stellen für die Rüstungsproduktion Mittel bereit, die für die Erzeugung von Nahrungsmitteln verwendet werden könnten. Noch absurd ist es, daß schwache Länder einen großen Teil ihres Etats für Waffenankäufe vergeuden und sich damit eine produktive Entwicklung unmöglich machen. Deshalb setzt sich Mexiko in allen internationalen Gremien für eine Intensivierung des Abrüstungsprozesses ein.“

Der mexikanische Staatschef schätzt die Beziehungen zwischen Mexiko und der UdSSR sehr. Er hat betont, daß der Standpunkt beider zu grundsätzlichen Fragen weitgehend übereinstimmt. Befriedigt hat er festgestellt, daß die Kontakte und Verhandlungen der beiden Länder auf verschiedenen Ebenen reger werden. Weiter sagte er: „Aus mehreren Ursachen werden die Möglichkeiten zum Ausbau der Beziehungen unserer Länder nicht restlos genutzt, wir sind aber überzeugt, daß der politische Wille dazu besteht.“

\* \* \*

Für einen Europäer ist ein Besuch in Mexiko sehr lohnend. Er bekommt eine genauere Vorstellung von dem Kräftegleichgewicht, auf dem der Weltfrieden heute beruht. Man entdeckt ein Land, das seinen eigenen Weg geht. Gewiß, es ist ein kapitalistischer Weg, aber ein Kapitalismus, gewitzt durch geschichtliche Erfahrungen und fähig, die inner- und außenpolitischen Dinge realistisch zu sehen. Vor allem entdeckt man aber ein talentiertes, herzenswarmes und arbeitsfreudiges Volk, das für sich einzustehen weiß. Mexiko hat rund 70 Millionen Einwohner, und es werden mit jedem Jahr mehr.

In internationalen Angelegenheiten übt Mexiko einen merklichen Einfluß aus. Ist man aber dort gewesen, so hat man die Überzeugung gewonnen, daß es zu mehr fähig wäre.

Wir wünschen Mexiko viel Erfolg. Mexiko City—Moskau, im Dezember 1980



Präsident José López Portillo (rechts) im Gespräch mit dem Verfasser

Foto der Präsidentenkanzlei

peramentvoller Mexikaner, erzählte entrüstet, wie er an der Grenze von nordamerikanischen Zollbeamten an dem Tag schikaniert wurde, als Präsident Portillo bekanntgab, daß die USA kein Barrel mexikanisches Öl mehr bekämen.

Jemand anders rechnete uns empört vor, daß noch immer enorm viel Kapital von den nordamerikanischen Konzernen aus Mexiko hinausgepumpt wird, die seinerzeit in alle

# BILDHAUERIN KLÁRA PATAKI

Bratislava erwacht früh. Die Leute scherzen, daß man es ihnen in Österreich-Ungarn angewöhnt hat, den Arbeitstag in aller Herrgottsfrühe anzufangen. Kaiser Franz-Joseph habe unter Schlaflosigkeit gelitten und schon im Morgengrauen die Minister zu sich kommen lassen. Diese wiederum hätten die Untertanen aus den Federn geholt, und am Ende sei das ganze Reich schon um 3 oder 4 Uhr morgens auf den Beinen gewesen. Vielleicht stimmt die Legende nicht ganz, aber in den meisten Häusern Bratislavas steht man sogar im Sommer noch in der Finsternis auf und macht hell.

Zu früher Morgenstunde war ich auch im Atelier der bekannten slowakischen Bildhauerin Klára Pataki verabredet.

Das Atelier befindet sich auf einer Anhöhe. Nicht weit vom höchsten Punkt der Stadt sieht der Slavin, das Ehrenmal der sowjetischen Soldaten, die für die Befreiung der slowakischen Hauptstadt gefallen sind, auf sie hinunter. Vom Fenster des Ateliers aus erkennt man, wie Bratislava lebendig wird. „Zu dieser frühen Stunde fühlt man besonders deutlich den Rhythmus unseres jetzigen Lebens“, sagt Frau Pataki. „Ich kann gar nicht anders, ich muß nach einem Stück Holz oder Ton greifen und zu arbeiten anfangen, damit auch dieses Material erwacht.“

Gewiß war es der Wunsch, Holz zum Sprechen zu bringen, der für ihre Berufswahl bestimmend gewesen war. Sie sagt:

„Ich bin im Gebirge, in dem Flecken Sáhy, geboren. Vater hat mich gelehrt, dem Wald und überhaupt der Natur, der Stimme der Erde zu lauschen. Zu meinem Staunen erkannte ich, daß Holz geformt werden kann. Ich schnitzte kleine Säckchen. An meinen jetzigen Beruf dachte ich damals nicht.“

Beim Zuhören stellte ich mir unwillkürlich die Tatra vor, mit ihren Wäldern und der gewaltigen Vielzahl dessen, was da lebt, blüht, kreucht und fleucht. Die Harmonie der Natur hat nicht ihresgleichen.

Ich blicke um mich. Die Holzskulpturen sehen uns schweigend an. Besonders ausdrucksvoll ist ein Mädchenkopf und eine Mutter mit Kind, die für eine Ausstellung zum Jahr des Kindes angefertigt wurde. Die weichen Linien sind angedeutet, aber sehr ex-

pressiv. Diese Skulptur entspricht ganz dem einmaligen Stil dieser Bildhauerin.

„Mit 14 Jahren sah ich, wie abgrundtief das Leid war, das der Krieg in unsere Gegend brachte“, fährt sie fort. „Da begriff ich zum ersten Mal, daß ich mich mitteilen möchte, daß ich zeigen möchte, wie ich die Welt sehe und empfinde.“

Als sie nach dem Krieg ihren Beruf wählen sollte, ging sie an die Universität Bratislava und studierte Pädagogik. Sicher wäre eine hervorragende Zeichenlehrerin aus ihr geworden, aber nach zwei Jahren Studium entschied

sie überzeugt. „Der Mensch mit seinen Zweifeln und Leiden, mit seiner Suche nach der Wahrheit. Ich hatte mit meinen Skulpturen immer kaum merkliche Regungen ausdrücken wollen.“

Seit ihren ersten Schritten in der Kunst sind viele Jahre vergangen. Manches ist ihr gelungen, anderes mißlungen. Ihre Arbeiten waren ausgestellt, sie hatte sogar sieben eigene Ausstellungen. Mit Werken der Bildhauerin, die den Titel einer Verdienten Künstlerin der Slowakei trägt, hat man sich in Bulgarien, Ungarn, der DDR, Kuba, Polen, der UdSSR, Österreich und der BRD bekannt gemacht.

„Besonders gern nehme ich an Wettbewerben teil, da sieht man das Beste vom Besten und hofft immer, den Sieg davonzutragen. Das kommt allerdings nicht oft vor“, gesteht sie.

Ein Wettbewerb ist ihr besonders erinnerlich. Es ging um die Gestaltung eines Denkmals für die im Slowakischen Nationalaufstand im Dorfe Némecká Gefallenen. Die Faschisten wüteten hier unter den Partisanen und verbrannten die friedlichen Dorfbewohner. Klára Patakis Entwurf trug den ersten Preis davon. Er stellt eine kniende Frau dar, die die Fäuste zum Himmel hebt — ein Mensch im Gebet, im Zorn und Aufbegehren. Immer liegen hier frische Blumen.

Patriotismus spricht überhaupt aus den Werken Klára Patakis. Ihre Themen sind der Kampf gegen den Faschismus, der Slowakische Nationalaufstand und der Friedenskampf.

„Ich arbeite auch in Stein, Gips und Ton, am liebsten aber in Holz“, sagte sie. Sie zeigt mir zwei gerade fertiggestellte Mädchengestalten, die, wie an einem heißen Sommertag rastend, dasitzen. „Das ist für einen Erholungspark. Ich glaube, ich stelle sie ohne Sockel auf. Ich mag nichts Überhöhtes.“

G. SIDOROWA

Bratislava—Moskau



Klára Pataki in ihrem Atelier.

sie sich für die Bildhauerei. Im Jahre 1949 trat sie in Bratislava in die Hochschule für bildende Kunst ein.

„Ich hatte Glück. Ich fing zu einer Zeit an, als in der Tschechoslowakei das neue Leben keimte. Es hatte einen anderen Rhythmus und war von anderer Art. Themen gab es ringsum die Menge, und lauter wichtige. Man brauchte nur eins zu finden, das einem liegt.“

Und sie fand eins. „Am wichtigsten ist mir der Mensch“, sagt

# DISKUSSION MIT DEM LESER

In Ihrer Zeitschrift wird die moderne Gesellschaft im Westen dafür kritisiert, daß sie den Menschen eine Verbrauchermentalität beibringt. Der Sozialismus lehnt eine solche ab, doch das Problem der Dinge im menschlichen Leben macht, soviel ich weiß, auch Ihnen Sorgen. Ich glaube, Sie sagen das manchmal auch ganz offen, oder etwa nicht?

Michel SABLON  
Lyon, Frankreich



Es diskutiert  
das Mitglied  
des NZ-Redaktions-  
kollegiums  
Albert PIN

Gäste aus dem Ausland, die erstmals vor etwa 15 Jahren bei uns waren, stellen heute gewöhnlich fest, daß man sich hier besser kleidet, daß viel gebaut worden ist und daß in den Straßen mehr Autos fahren. Das bestätigt auch die Statistik. In der UdSSR ziehen jedes Jahr 10-11 Millionen Personen in Neubauwohnungen ein, und wenn 1965 bei uns 64 000 PKWs verkauft wurden, so im jüngsten Planjahr fünf jedes Jahr über eine Million.

Das höchste Ziel unserer Partei ist es, den Volkswohlstand zu heben. In den nächsten Jahren beabsichtigen wir, große Summen für ein Ernährungsprogramm bereitzustellen, durch das die Bevölkerung besser mit Nahrungsmitteln versorgt werden wird. Unsere Fünfjahrräume sehen eine schnelle Zunahme der Erzeugung von Gebrauchsgütern und eine bevorzugte Förderung dieser Branchen gegenüber der Produktion von Produktionsmitteln vor.

Es ist nur natürlich, daß die Menschen besser und komfortabler leben möchten. Unsere Sittenbegriffe sind jedoch so, daß wir in der Konsumtion und im Besitz von Sachen nicht Sinn und Hauptzweck des Lebens sehen. Nach unserer Überzeugung machen die Dinge nicht den Lebensinhalt aus, und die sozialistische Gesellschaft bemüht sich darum, daß die Menschen nicht nur materiell, sondern auch geistig reicher werden.

Es ist eine alte Wahrheit, daß der Mensch nicht von Brot allein lebt. Aber nicht viele hatten die Möglichkeit, ihre Schöpferkräfte anzuwenden und zu fördern. Wir wollen, daß das alle können. Deshalb legt der sozialistische Staat, während er für das materielle Wohlergehen der Menschen sorgt, viel Gewicht

darauf, Bildung, Kultur und Freizeitgestaltung der Werktätigen zu fördern.

Die kapitalistische Konsumgesellschaft berücksichtigt die geistigen Bedürfnisse des Menschen so gut wie gar nicht. Schon Marx hielt es für möglich, daß eine Situation eintritt, in der der Kapitalist auf der Jagd nach Gewinn genötigt sein wird, immer neue Stimulanten für den Verbrauch der Arbeiter ausfindig zu machen und ihnen neue materielle Bedürfnisse aufzutragen. Wird dadurch aber das tägliche Leben der Menschen gehaltvoller?

In unserer Gesellschaft wird das ganze System der Lebenswerte, werden die Vorstellungen von Glück und Wohlergehen in der Praxis umgestaltet. Das ist ein komplizierter, widersprüchsvoller und manchmal auch schmerzhafter Vorgang, weil er an die tiefsten Tiefen der menschlichen Psyche röhrt. Es ist nicht so leicht, jahrhundertealte Begriffe aufzugeben.

Natürlich gibt es bei uns keine Raffer, aber man trifft noch Menschen, die den Sinn ihres Lebens im materiellen Wohlergehen erblicken und denen der Besitz bestimmter Dinge Prestigesache ist. Selbstverständlich sind ein Auto und modische Kleidung für die Annehmlichkeit und Bequemlichkeit da, nur darf der Mensch sich nicht zum Sklaven solcher Dinge machen.

Nach unserer Überzeugung darf zwischen der materiellen und der geistigen

Entwicklung keine Spanne bestehen. Die Zunahme der materiellen Möglichkeiten muß von einer Hebung des ideo-logischen, sittlichen und kulturellen Niveaus der Menschen begleitet sein. „Sonst können wir Rückfälle in die philisterhafte, kleinbürgerliche Denkweise erleben“, warnte Leonid Breschnew. Wir sind dafür, daß die Menschen verstehen, ihre Bedürfnisse mit den Möglichkeiten der Gesellschaft und mit der eigenen Arbeitsleistung in Einklang zu bringen. Vernünftige Bedürfnisse und eine Verbrauchskultur sind ein wichtiges Moment der Kultur überhaupt.

Diese Probleme werden bei uns in der Allgemeinheit und in der Presse erörtert, Schriftsteller schreiben über sie. Solche Diskussionen widerspiegeln die Schwierigkeiten und Widersprüche beim Entstehen der neuen Moral und laufen im Grunde genommen auf die Stärkung und Entwicklung der sozialistischen Lebensweise sowie darauf hin aus, daß sich alle Mitglieder unserer Gesellschaft das neue sittliche Ideal bilden.

Ich habe hier nur auf einige der Probleme eingehen können, die Sie, werter Herr Sablon, interessieren. Sie sind kompliziert und vielschichtig, aber unsere Gesellschaft bemüht sich folgerichtig um ihre Lösung. Wir sind überzeugt, daß sie die in Wahrheit historischen sozialistischen, sittlichen und ethischen Aufgaben, die sie sich stellt, erfüllen wird.



Vor kurzem las ich in der Presse von einer Organisation mit Namen Opus dei. Womit beschäftigt sie sich?

J. OLENEWA  
Chabarowsk, RSFSR

Diese katholische Gruppierung (ihr Name bedeutet Werk Gottes) entstand 1928 als rein religiöse Organisation mit ausgeprägt antikommunistischem Einschlag. Jetzt hat sie über 70 000 Mitglieder. Besonders einflußreich ist sie in Spanien und in den anderen Ländern Europas, in denen der Katholizismus starke Positionen inne hat. Obwohl sich das Opus dei seit seiner Gründung völlig legal betätigt hat (nur während des Bürgerkriegs in Spanien war es illegal), hat es seine Zielsetzung immer sorgfältig geheimgehalten. Allerdings weiß man, daß es nach dem Krieg versucht hat, sich in alle Bereiche des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens Einlaß zu ver-

schaffen. Mitglieder des Opus dei traten in die Leitungen von Universitäten, Banken und Industrie-Konzernen sowie in den Staatsapparat ein.

Seine Zeitschrift „Studi cattolici“ hat einen eigenen Verlag. Er heißt Ares. Ein führender Theoretiker des Opus dei, Calvo Serer (Spanien), hat das ideologische Programm der Organisation so formuliert: Verschmelzung von Katholizismus, Monarchismus, christlicher Kultur, freiem Unternehmertum und technokratischen Anschauungen. Das Opus dei verfügt eine „starke Macht“ von der Art des Franco-Regimes. Es erkennt die USA als Führer des Westens beim Schutz vor der „kommunistischen Bedrohung“ an.

# PS

## Es wäre zum Lachen...

Im Pekinger Prozeß gegen die „Viererbande“ und die Gruppe Lin Biaos kommen Dinge ans Licht, die zeigen, mit welch mittelalterlichen Verfolgungsmethoden die Urheber der „Kulturrevolution“ den Machtkampf gegen ihre Rivalen führten. So schwärzten sie Liu Shaoqi als Revisionisten an, der entartet sei, weil er einen zu guten Koch gehabt habe. Dieser, ein Mann namens Hao Miao, hat für seine Kochkünste schon sechs Jahre sitzen müssen.

## Fröhlicher Totentanz



Auf Empfehlung des Unterrichtsministeriums der kanadischen Provinz Ontario ist ein Büchlein mit der ausführlichen Schilderung eines „fröhlichen Schulspiels“ herausgegeben worden. Dabei nehmen die Schulkinder in zwei Reihen einander gegenüber Aufstellung. Sie sind Gegner. Die eine Reihe tut nicht, was die andere verlangt, sie verweigert ihr beispielsweise „Speis und Trank“, worauf diese folgenden Kriegsgesang anstimmt: „Wir lassen auf euch Katzen los, die können sehr gut kratzen. Wir lassen auf euch Hunde los, die können so schön beißen. Auf in den Kampf!“ Mit dem Geschrei: „Los! Feuer! Piff-paff!“ raufen sie miteinander, und zum Schluß drehen sie sich in einem „fröhlichen Totentanz“ und singen dazu:

„Wir haben alle nur eine Hand, wir haben alle nur ein Auge, wir sind alle schon tot.“

## Despot wider Willen?



Die arabischen Bürger Israels wollten in Nazareth im Rahmen der Woche der Solidarität mit Palästina einen Kongreß abhalten, aber die Regierung Begin verbot ihn im Widerspruch zu den elementarsten demokratischen Rechten. Natürlich erfolgten Proteste, und in der Knesset wurde eine Aufhebung des Verbots beantragt. Zur Rechtfertigung der drakonischen Maßnahme erklärte Justizminister Nissim, die Regierung habe das Verbot „keineswegs leichten Herzens ausgesprochen“. Das genügte, damit eine Mehrheit den Antrag ablehnte.

## Liebesnest unterm Hammer

Nach Haaren und Socken Napoleons (s. PS in Heft 44/80) kam neuerdings sein Ehebett in Genf unter den Hammer. Es wurde angefertigt, als der Kaiser Marie-Louise von Österreich ehelichte. Es besteht aus Mahagoni und Bronze und trägt den napoleonischen Adler und eine Darstellung der Venus und des Amor. Das denkwürdige Stück brachte 210 000 Schweizer Franken.

## Geduld, Geduld!

In Rom wohnende Eltern brachten ihren neunjährigen Jungen zum Zahnarzt. Die Sprechstundenhilfe trug den Jungen ein und sagte zu den Eltern: „Kommen Sie in acht Jahren wieder.“ Auf die befreimte Frage, wieso, erfolgte der Bescheid, der Junge habe die Nummer 8165, und am Tag empfange der Zahnarzt nicht mehr als drei Krankenkassenpatienten.

## Wenn das nicht zieht!

New Yorker Werbefachleute verwenden immer öfter Tiere. So hat der Ford-Konzern im Fernsehen mit Hilfe zweier Luchse Reklame für seinen neuen Wagen gemacht. Die Raubkatzen hatten ihn 40 000 Dollar gekostet. Der Brauerei Schlitz waren 30 000 Dollar nicht zu schade für Stiere, die die Mauer einer Kneipe einzurinnen hatten, um an das „herrliche“ Schlitz-Bier heranzukommen.

## Daher ihr Patriotismus

Die belgische Armee hat rund 2000 Soldatinnen. Von einem Korrespondenten der türkischen Zeitung „Milliyet“ gefragt, worauf ihr hoher Patriotismus beruhe, für den sie den schweren Dienst ertragen, antworteten die meisten: Auf der Arbeitslosigkeit.

## Achtbeinige Einbruchssicherung



Ein englischer Juwelier wollte in Übersee für seine Kunst werben und stellte in Cobham in einem Schaukasten kostbaren Schmuck mit Edelsteinen aus. Um vor Einbrechern und Gangstern sicher zu

sein, hatte er sich aus Afrika einige besonders giftige Skorpione kommen lassen, deren Biß tödlich ist, und hatte sie mit in den Schaukasten gesteckt.

## Bumerang

Eine Abordnung des Internationalen Währungsfonds kam mit der Empfehlung nach Ankara, striktere Sparmaßnahmen zu treffen, damit die Türkei aus der chronischen Krise herauskomme, und stieg im Luxushotel Büyük ab. Abends kamen die Experten und Berater in die Bar herunter und bestellten Whisky. Es war aber keiner da, und auf die erstaunte Frage, warum nicht, antwortete der Barkeeper Mustafa, der Zeitung „Hürriyet“ zufolge: „Wir sollen doch sparen! Da haben wir eben beim Whisky den Anfang gemacht.“

## Auch Rekorde



Der Westberliner Eckhard Lehmann brach im Laufe von 11 Jahren 11mal aus Haftanstalten verschiedener Länder aus, das letzte Mal aus dem als besonders sicher geltenden Zuchthaus in Kumla (Schweden). Er tauchte in Dänemark unter und wurde dort gefaßt. Er hatte nämlich seine Hotelrechnung nicht bezahlt, wurde deshalb festgenommen und bei der Polizei erkannt.

In England wurden im Jahre 1979 629 Morde, mehr denn je, verübt. Verglichen mit dem Jahrzehnt 1960–1969 hat sich die Zahl der Morde im Jahrzehnt 1970–1979 verdoppelt.

Zeichnungen:  
V. Trintschenko



Lesen Sie  
den illustrierten  
monatlichen Digest  
der sowjetischen Presse  
und Literatur  
„Sputnik“!

# Sputnik

Wenn Sie mehr über Leben und Probleme des Sowjetvolkes wissen, über den neuesten Stand der sowjetischen Wissenschaft, Technik und Medizin auf dem laufenden sein, die Prominenz des sowjetischen Films, Theaters und Sports kennenlernen und Reisen durch das größte Land der Erde unternehmen möchten, dann abonnieren Sie die Zeitschrift SPUTNIK.

Bestellungen nehmen alle Firmen entgegen, die mit „Meshdu-narodnaja kniga“ [121200 Moskau, UdSSR] zusammenarbeiten und sowjetische Periodika vertreiben.



Diese Fotos erinnern nur an einige internationale Ausstellungen, die 1980 in Moskau, Leningrad, Alma-Ata, Kischinjow, Tallinn und anderen Städten der UdSSR stattgefunden haben. Es ist unmöglich, alle Ausstellungen aufzuzählen, die die Besucher mit Leistungen in Wissenschaft, Kultur und Technik bekannt gemacht haben, auf denen für beide Seiten vorteilhafte Kontrakte geschlossen wurden und Fachleute einen Erfahrungsaustausch pflogen.

Am 13. Oktober sagte Leonid Breschnew im Kreml anlässlich seiner Auszeichnung mit dem



## IM ZEICHEN DES MERKUR



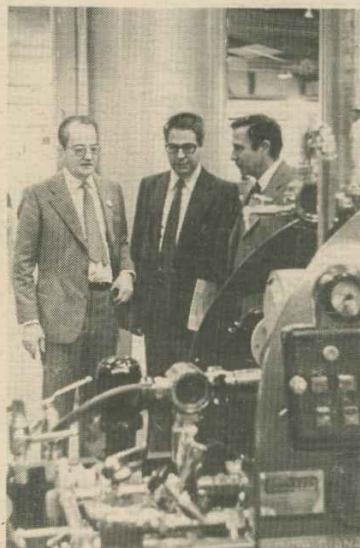
Die Metallverarbeitende Industrie der BRD hatte zum dritten Mal in unserem Land ausgestellt

Goldenen Merkur: „Wir in der Sowjetunion haben in einem rechtsgleichen und freien internationalen Handel immer nicht nur ein gutes Mittel zur Befriedigung der materiellen Interessen der Beteiligten gesehen, sondern auch und vor allem einen mächtigen Faktor zur Festigung des Friedens und der guten Beziehungen unter den Völkern.“ Diese Auszeichnung ist über 100 sowjetischen und 125 anderen Organisationen, Firmen, Staatsmännern und im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten verliehen worden.

Im Zeichen des Merkur — des Schutzherrn des Handels — sind in der UdSSR große Ausstellungen mit vielen Teilnehmern veranstaltet worden. Im Januar stehen weitere bevor. Die von 1980 haben für den Ausbau des Außenhandels ein solides Fundament gelegt: „Analytische Geräte“ in Tallinn, „Wissenschaft“ in Alma-Ata, die traditionelle Ausstellung von Maschinen und Anlagen für die Viehfuttererzeugung und -beschaffung

„Kormoproiswodstwo“ in Kiew. Natürlich war Leningrad der Schauplatz der Ausstellung „Sudodel“; u. zw. eine Halle des Ausstellungskomplexes auf der Wassiljewski Insel. Erfolgreich verlief in Moldawien, wo Tabak gepflanzt wird, eine Ausstellung von Mechanismen und Automaten dafür.

Das ist eine denkbar kurze Aufzählung. Dabei haben außerdem Ausstellungen einzelner Firmen und Körperschaften, Symposien und die traditionellen Tage der Wirtschaft und Technik der sozialistischen Bruderländer stattgefunden. Ferner Nationalausstellungen kapitalistischer Staaten und Vorführungen.

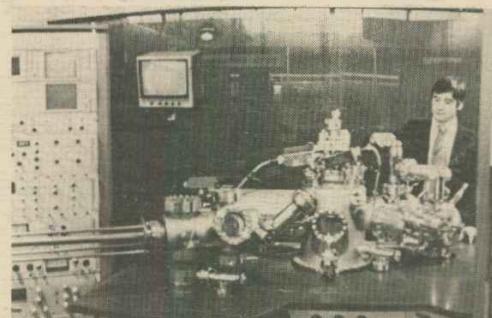


Festakt anlässlich der Überreichung der Auszeichnungen Goldener Merkur

„Weine Italiens 80“ hieß diese Ausstellung am Jahresende in Moskau.

Sehr anziehend für Fachleute war die Ausstellung „Geologorasweda 80“

Diese Fotos wurden bei den Ständen Frankreichs und Ungarns gemacht.



„Finnische Möbel“ haben unsere Handelspartner ihre Ausstellung genannt.



Fotos:  
A. Motschalin